

# hlz



C 3428

Zeitschrift der GEW Hamburg  
Juli-August 7-8/2022

**BILDUNGSPLÄNE 2022:  
> DIE NEUE LEISTUNGSKLASSE <**





"Moin! Hat heute schon jemand gelebt, gelacht oder geliebt?"

→ ∪ E 8

...wünschen wir der neuen HLZ Redaktion. Auf dem Gewerkschaftstag wurde sie mit großer Mehrheit gewählt, nachdem Joachim Geffers und die alte Redaktion würdig und mit ›standing ovations‹ verabschiedet wurden. Der ehemaligen Redaktion noch einmal ein dickes **Dankeschön** für ihr jahrzehntelanges engagiertes Arbeiten und der neuen Redaktion ein Dankeschön für die Bereitschaft das Ruder der Redaktionsleitung zu übernehmen!

Einen guten Start wünschen wir auch den vielen neu- und wiedergewählten Personal- und Betriebsräten. Durch die engagierte Arbeit der GEW Fraktion in den letzten vier Jahren und einer in vielen Schulen gut

**Sven Quiring, Yvonne Heimbüchel, Bodo Haß**

## Einen guten Start...

geführten Wahlkampagne ist es der GEW gelungen, noch ein weiteres Mandat im Gesamtpersonalrat für die Hamburger Schulen dazu zu gewinnen. Das ist eine gute Voraussetzung, die engagierte Arbeit fortsetzen zu können. In den Schulen sind viele GEW Personalräte in ihren Ämtern bestätigt oder neu gewählt worden, in den Betriebsräten der großen Kitaträger ist die GEW wieder stark vertreten wie auch im Personalrat der BSB. Zwar hat die von der GEW unterstützte ›Die offene Liste (DOL)‹ im Betriebsrat der Elbkinder vier Plätze verloren, doch bleibt die GEW auch hier weiterhin stark! Allen gewählten Mitgliedern der Gremien auch ein Dank für Euer Engagement, wir freuen uns auf die Zusammenarbeit!

Nach langen Verhandlungen sind die Tarifaufinandersetzungen im SuE-Bereich für den TVÖD mit einem guten Ergebnis abgeschlossen worden. Die GEW-Hamburg und ihre Mitglieder waren bei den drei Warnstreiktagen sehr aktiv und auf der Straße gut sichtbar, vielen Dank für Euer Engagement. Leider ist bei

Redaktionsschluss noch nicht klar, wie das Ergebnis genau in Hamburg umgesetzt wird, die Geschäftsstelle wird unsere Mitglieder zügig informieren. Die Nachwirkungen des Tarifabschlusses im TVL im Winter beschäftigen uns auch weiterhin, die GEW-Hamburg will immer noch die Besserstellung der Vorschullehrkräfte der schulischen Therapeut\*innen erreichen, am

16.6. gibt es eine Aktion auf dem Rathausmarkt zu den Forderungen unserer Therapie-Kolleg\*innen.

Die Beschlüsse des GEW-Gewerkschaftstages zeigen bereits Wirkungen: Beim Thema Vocation konnte die GEW zu einem großen Erfolg für die betroffenen Kolleg\*innen beitragen: Alle Kolleg\*innen, die über eine Fakultas für das Fach Evangelische Religion (2. Staatsexamen) verfügen und vor dem 01.08.2018 in den Hamburger Schuldienst eingetreten sind, können sie i. d. R. auch nach dem 01.08.2023 das Fach evangelische Religion erteilen – auch

dann, wenn sie nicht Mitglied einer evangelischen Kirche sind. Grundsätzlich

gilt das auch für fachfremde Lehrkräfte, die vor dem 01.08.2018 an einem Qualifizierungskurs des PTI/LI teilgenommen haben.

Einen nicht so guten Start hatte die Schulbehörde mit der Veröffentlichung der neuen Bildungspläne im Frühjahr. Trotz des immensen Umfangs von mehreren tausenden Seiten gaben Gremien wie die Eltern- und Lehrerkammern, Verbände und natürlich die GEW Hamburg schnell kritische Rückmeldungen,



Foto: hlz

u.a. zu der Höherbewertung von schriftlichen Leistungen, der massiven Verdichtung der inhaltlichen Vorgaben sowie der Nichtberücksichtigung der inklusiven Bildung. Alle Kritiker\*innen sind sich einig: Es braucht dringend mehr Zeit und Dialog für notwendige Änderungen an den Entwürfen! Inzwischen hat sich Senator Rabe gegenüber der lautstarken Kritik aller Seiten gerechtfertigt; den Kern der Bildungspläne beschreibt er mit dem

Satz: »Leistung macht glücklich.« Ein Schlag ins Gesicht aller, die für Bildungsgerechtigkeit eintreten. Das wird uns sicherlich weiter beschäftigen!

Liebe Kolleg\*innen, wieder nähert sich ein Schuljahr dem Ende. Auch dieses war kein leichtes, denn neben den hier genannten Themen wurde es (wieder) von Corona und vom Krieg in der Ukraine geprägt. Die schockierenden Ereignisse lassen uns nicht in Schockstarre verfallen – tatkräftig werden wir uns auch weiter in vieler Hinsicht dem Thema Frieden sowie unseren ukrainischen Schüler\*innen, Student\*innen und Kolleg\*innen widmen.

Wir wünschen Euch allen bei all der Fülle an Themen einen guten erholsamen Sommer mit möglichst wenig Einschränkungen, so dass wir danach wieder engagiert starten können. Von der Politik erwarten wir, dass alles getan wird, damit Bildung allen gerecht und gesunderhaltend zugutekommt!

Vorher möchten wir Euch aber ganz herzlich zur lang geplanten und jetzt endlich möglichen »Langen Nacht der GEW« am 1. Juli im Curio-Haus einladen. Wir freuen uns auf viele alte und neue Gesichter und einen schönen gemeinsamen Abend!

## TITELTHEMA: BILDUNGSPLÄNE 2022 – »DIE NEUE LEISTUNGSKLASSE«

### **40 Weniger Lust, mehr Stress, mehr Arbeit**

Eine kritische Stellungnahme der Betriebsgruppe des Gymnasiums Oldenfelde

### **41 Nicht bestanden, überarbeiten!**

Das Positionspapier des Bildungsplan-Ausschusses der Lehrerkammer fordert eine grundlegende Überarbeitung der neuen Bildungspläne

### **43 Gendersensible Bildung, Geschlechterdiversität, sexuelle Vielfalt? – Fehlanzeige!**

Die AG Queere Lehrer\*innen zu den verheerenden Leerstellen der Bildungsplanentwürfe

### **44 Möglichkeiten erweitern, statt verengen!**

Das Positionspapier der GEW Hamburg problematisiert die Leistungsorientierung, den verkürzten Bildungs- und Gerechtigkeitsbegriff sowie die unrealistischen Implementierungsvorstellungen der neuen Bildungspläne

## GEW

### **12 Die Offene Liste**

Sabine Lafrentz über das Ende bei den Elbkindern und ihre neuen Aufgaben in der GEW

### **13 Hamburger Extrawurst**

Jens Kastner über die Aufwertung des Sozial- und Erziehungsdienstes im Jahr 2022

### **20 Volle Hütte**

Joachim Geffers über die erhitzten Debatten und verschobenen Anträge des Hamburger Gewerkschaftstags

### **15 Aufruf: Kundgebung der VHS-Dozent\*innen!**

### **16 gb@: Zu Wasser und unter Palmen**

### **19 Meldungen/Termine**

### **31 Gesund in den Ruhestand**

### **82 Termine Geschäftsstelle**

## GEWERKSCHAFTS- POLITIK: 22. DGB- BUNDESKONGRESS

### **32 Inhaltlich – Unerheblich**

Die AG Kongressbeobachtung des express:  
kritisch

### **35 Antifa, Diversität und das kürzeste Gesetz der Welt**

Jürgen Kiontke über die Interventionen  
der DGB-Jugend

## BILDUNGSPOLITIK

### **36 Schöner Rechnen**

Kai Beiderwieden zeigt, wie das Schönmalen  
von Zahlen das Scheitern der Hamburger  
Berufsbildungspolitik kaschiert

### **46 Thor Heyerdahl (4): So viel mehr geleistet als ›Leistung‹...**

Yvonne Heimbüchel über die letzte Etappe ihrer  
Atlantiküberquerung mit Schüler\*innen

## SERIE: BERUFSVERBOTE UND GEWERKSCHAFTS- AUSSCHLÜSSE

### **48 »Die rote Bürger«**

Christa Bürger über die Stimmung zur Zeit des  
sogenannten Radikalenerlasses

### **51 Der Verfassungsschutz war immer dabei!**

Hans-Peter de Lorent über die Spitzel- und  
Sammelwut des Hamburger Landesamtes für  
Verfassungsschutz – mit Anleitung zur eigenen  
Recherche!

### **58 Exakt neutral?**

Mark Lückhof über die politisch-pädagogischen  
Probleme des ›Neutralitätsgebots‹

## STADTTEIL- UND MIETER\*INNENKÄMPFE IN HAMBURG

### **68 Wohnen als Privileg?**

Hermann Kaienburg über Hamburger Initiativen  
gegen unsoziale Wohnungspolitik

### **72 Knockout für Adler – Hoffnung für das Holstenareal**

Theo Bruns über die Wendungen im Kampf um  
eine solidarische Stadtentwicklung in Hamburg

## INTERNATIONALES

### **74 Die polizeiliche Eskalation der Migrationspolitik**

Burkhard Plemper interviewt den Rechtsanwalt  
du Aktivist Achim Rollhäuser zur  
›Pushback‹-Praxis an den EU-Außengrenzen

### **78 Lichtblicke im zunehmenden Dunkel**

Tanja Khorrami über Schulprojekte, die sich  
von den Taliban nicht unterkriegen lassen

### **80 Geduld gefordert**

Bruni Römer über die Schwierigkeiten, nach-  
haltige Strukturen gegen Kinderarbeit zu schaffen

## LESEN!

### **60 Dem Döner verfallen**

Antje Géra über Eberhard Seidels türkisch-  
deutsche Kulturgeschichte des Döners, mit  
Grafiken von Laura Fronterré

## RUBRIKEN

### **3 hlz-Notiz**

### **6 Aus dem Übergang...**

### **10 Leser\*innenbriefe I**

### **28 Leser\*innenbriefe II/Debatte**

### **66 Rätsel: Sommeredition!**

### **82 Impressum**

# Aus dem Übergang...

»Na, was macht sie jetzt, die neue Redaktion, wie macht sie sich?« – Soll diese erste Ausgabe wirklich die Last einer Antwort auf solche Fragen tragen? Lag es doch von vornherein nicht in unserer Absicht, mit ihr ein Feuerwerk der Neuerungen zu zünden. Das hat zunächst ganz pragmatische Gründe: Galt es doch, in wenigen Wochen ein Heft auf die Beine zu stellen, uns dabei alle Redaktionsprozesse anzueignen, unseren nicht auf deren Abläufe angepassten Lohnarbeits- und Lebensalltag mit ihnen in Einklang zu bringen. Ehrenamtlich schreibende Autor\*innen waren aufzufinden – einen großen Dank an alle, die uns schreibend unterstützt haben und unterstützen werden! Es war ganz antiquiert mit Schere und Klebstoff ein Cover zu collagieren, aber auch ganz couragiert mithilfe modernster Datenübertragungstechnik die Druckfahnenübermittlung der hlz-Redaktion zu »revolutionieren« – sehr zur Freude von Christian, unserem Setzer, der sonst bei Wind und Wetter, durch Nacht und Nebel Papierstapelkurier sein musste. Auch all diese Verästelungen der lokalen Gewerkschaftsarbeit waren erst einmal zu verstehen, mitsamt der dieser Institution eigenen formalen Regelungen (diese Anträge!) und Sprachspiele (diese Abkürzungen!). Überfordernd? Auf jeden Fall!

»Aber wie ist es denn nun, hlz-Redaktion zu sein?« – Auch für eine Antwort auf diese Frage ist es noch zu früh. Aber wer diese enorme Jubiläumsausgabe zum 100jährigen Bestehen der hlz (5-6/2022) ein wenig durchblättert hat, findet hierauf ja durchaus Antworten: Nach intensiven Diskussionen spätnachts aus dem Curio-Haus taumeln, erschöpft, aber irgendwie auch erfüllt dann noch »beim Griechen« einkehren, das trifft es ganz gut, aber in unserem Fall (noch) nicht ganz: Wenn wir heraustaumelten, waren alle Küchen schon geschlossen. Anfänger\*innenfehler kosten Zeit. Und was waren das zeitweise noch für Redaktionsgrößen! 20 Personen und mehr – unvorstellbar!

## **Gewerkschaft muss darum streiten, dass die Arbeitskräfte entlastet werden, wir mehr Teilhabe erkämpfen und freie Zeit haben. Natürlich: freie Zeit auch für Muße und Sinnlichkeit**

Eine Frage aber gibt es, die sich schon beantworten lässt: »Wie träumt es sich als Redaktionsleitung?« – Na, bei all der Verantwortung? Selbstverständlich komisch: Wenige Tage vor Redaktionsschluss findet die Redaktionsleiterin eine hlz im Briefkasten – obwohl doch der Erstellungsprozess der ersten »großen« Ausgabe noch läuft. Eine Geisterausgabe! Die (reale) Coveridee schon so halb, aber etwas schludrig umgesetzt, die Überschriften dagegen wirken schon recht passabel ... aber der Text! »Lorem ipsum dolor sit amet« – im ganzen Heft nichts als Platzhalter, und einige seltsame Symbolbilder. Die erste Ausgabe der hlz – der Kontrolle der Redaktion entglitten, ohne wirkliche Inhalte... Das sind jetzt also unsere neuen Alpträume. Ob die zusammenhängen mit der Lektüre der gewichtigen Jubiläumsausgabe, dem Vermächtnis aller vorangegangenen Redaktionen?

### **Die Erblasten**

Das Erbe der ehemaligen Redaktion wiegt schwer: Dem Widerstreit eine Bühne bieten, Meinungen zu drucken, die im Vorstand oder vielleicht auch in Teilen der Basis unbeliebt sind, die vielleicht einen Konsens auflockern oder irritieren? Wie weit kann da gegangen werden, was wirkt ausgetreten, was war ein Holzweg oder welcher Pfad muss unbedingt weiterverfolgt werden? Gab es diese eine Generallinie überhaupt in der alten Redaktion, der wir anhand dieser Spuren folgen könnten? Das größtenteils ehrenamtlich geleistete Werk der alten Generation schafft einen Anspruch, dem wir erst einmal gerecht werden müssen. Ein bloßes »Wir machen jetzt mal alles anders!« wäre hemdsärmelig und kein guter Stil. Wir behalten also Vieles erst einmal bei, bis wir all die Abläufe, Fristen und rechtlichen Fragen so verstanden haben, dass möglichst wenig scheitert. Das muss doch zu machen sein. Vielleicht ein klein wenig anders.

Hier und da werden wir langsam und bedächtig, in wohl abgewogenen Dosen die Neuerungen ein-

fließen, sprießen lassen, getreu der Abbildung des traditionellen Logos der h/z: Mit einer Gießkanne die jungen Knospen und Sprossen der Bildung nährend, pflegend. Vielleicht könnte diese Vorstellung von Bildung schon veraltet sein, die mit der Metapher des Gärtners einhergeht? Reicht heute noch das Bild der sanften Gärtner\*in aus, um den Dschungel dort draußen, ob nun in KiTa, Schule oder der Universität, gewachsen zu sein? Brauchen wir nicht eher eine Machete oder das Mikroskop, um das alles zu verstehen? Ginge nicht als Bild heute eher eine Mischung aus Orchideenzüchter\*in und Axt im Walde? Unfassbar individualisiert unterrichtend, vielseitig inklusiv und mit einer yogahaften Gelassenheit, die durch den Alltag nur noch so schwebt?

### Wie schreiben wir eine Tradition fort?

Aber bevor dieser Sturm der Entrüstung über uns hinwegfegt, müssen wir noch einmal Joachim, Manni, Wolfgang und Susanne für Ihr Erbe danken, für Ihre Überstunden und unendlich geduldigen Korrekturen, für Ihre liebevolle Gestaltung all der kleinklebeklebten Rechtecke, die dann mal zu einer Druckseite werden sollten; die stundenlangen Diskussionen um das Coverbild oder eine Überschrift erst! Und das Stressmanagement all der enttäuschten Autor\*innen, denen ein Kapitel geraubt wurde, oder die Sortierung der wütenden Leser\*innenbriefe! Ihr habt die Autonomie der Redaktion hochgehalten, galte manchen als »traditionsmarxistisch«, manchen als zu »sozialdemokratisch«, andere nahmen Joachim das Precht-Zitat zum russischen Angriffskrieg übel, wieder anderen war der kritische Abdruck einer russischen Unterrichtsempfehlung schon zu sehr auf »NATO-Kurs«. Wie wart Ihr denn nun? Wir sind uns da nicht einig.

Die *h/z* ist eine Zeitschrift nicht nur für die, sondern wesentlich von den Mitgliedern der GEW Hamburg – d.h., sie ist ein Organ ihrer Basis. Sie muss also eine bestimmte Pluralität und Diversität aushalten, muss ein Forum des Streitigen sein, aber eben auch eine Arena für Konsensbildung, die punktuell und situativ gelingen muss (sonst gibt es weder Aktion noch Flugblatt). Ein bisschen Einheit muss schon sein. Eine Mitgliederzeitung einer Gewerkschaft wiederholt in sich nicht nur die Grabenkämpfe eines linken Milieus, welches von rechtssozialdemokratischen, grünalternativen bis hin zu marxistischen, eher autonomen Kreisen reichen mag (zumindest in den Redaktionen, in der Basis mag es da noch »bunter« zugehen). Bestimmt wird

auch dieses Editorial danach gelesen werden, wie wir uns verorten, was zu befürchten oder zu erhoffen ist. Hoffentlich enttäuschen wir die Vorurteile und irritieren die Identifikationsangebote! Sollte eine Mitgliederzeitung denn nicht dynamisch sein, ohne zum »Blättchen« im Wind zu werden? Sagen wir es so: diese Einheit im Streit zu finden, ist eine Aufgabe. Konkret heißt das erst einmal für uns, wenn wir diese Aufgabe mal genauer spezifizieren, dreierlei:

### Bewegliche Ziele

Die *Diskussion um die Arbeitszeit* muss fortgeführt werden, die die alte Redaktion schon begonnen hat. Wenn sich seit so vielen Jahrzehnten nichts Positives an der Arbeitszeit bzw. der Entlohnung getan hat, obwohl unsere Aufgaben, unsere Tätigkeitsfelder gestiegen sind, dann läuft etwas grundlegend falsch. Es muss darum gehen, dass wir wieder mehr selbstbestimmte, freie Zeit haben, die nur uns

zur Verfügung steht – weder dem »Dienstherren« oder »Arbeitgeber« (solche Begriffe sollten sich nie ohne Anführungszeichen ins Gedruckte trauen), weder den familiären

Pflichten oder der Sorge. Es kann nicht sein, dass die Lohnarbeit so viel Lebenszeit mit Ärger und Stress frisst. Gewerkschaft muss darum streiten, dass die Arbeitskräfte entlastet werden, wir mehr Teilhabe *erkämpfen* und freie Zeit haben. Natürlich: freie Zeit auch für Muße und Sinnlichkeit. Freie Zeit auch, um politische Praxis nicht immer nur als schnelles und aufreibendes Reagieren-Müssen auf Direktiven »von oben« betreiben zu müssen, als Stellungskämpfe darum, dass sich das eh schon Schlechte nicht noch mehr verschlechtert. In dieser nur reaktiven Praxis bleibt gemeinhin kein Raum für Fragen, wovon wir eigentlich träumen, wie andere, erfüllendere Lebensvollzüge aussehen könnten.

Gewerkschaften müssen der Spiegel ihrer Zeit sein. Sie können das Bild der Gegenwart nicht durch ein Bild der Vergangenheit oder einer fernen Zukunft verzerren. »Ja, damals, als »wir« 1974 die Messehallen noch füllten, das Audimax oder die Sportarenen der Randbezirke!« – Das ist Vergangenheit. Daraus ist zu lernen, aber früher war nicht alles besser. Dass Gewerkschaften viel an Einfluss verloren haben, mehr verteidigen müssen, als dass sie wirklich in die Offensive kommen, hat viel mit der Arbeitszeitpolitik zu tun. Die Zeiten sind härter für das Organisieren der eigenen Interessen geworden, weil wir als Lohnabhängige de facto mehr ar-

beiten müssen – nicht nur im Sinne von mehr Stunden, sondern auch im Sinne einer Intensivierung der Belastungen. Dazu kommt: Unsere Leben sind stressiger geworden, weil die Unsicherheiten und Kosten steigen. Es ist nicht mehr selbstverständlich, bezahlbar wohnen zu können. Unsere Gesundheitssysteme sind nicht gut aufgestellt, die Behandlungen werden teurer, die Kasse übernimmt mal mehr, mal weniger, die Pandemiepolitik war ein Desaster (das aufgearbeitet werden sollte, und zwar jenseits aller Verschwörungserzählungen). Nicht zu vergessen aber ist: Unter all dem leiden wir alle, aber eben nicht alle gleich: Arbeitszeitkämpfe müssen auch Kämpfe gegen Politiken des ›Teile-und-Herrsche‹ sein, sonst schlagen Verbesserungen für die einen schnell in Verschlechterungen für andere um. Hier ist das Verbindende in den Kämpfen Entfristeter und prekär-benachteiligter Kolleg\*innen zu suchen, auch die Abwertung pädagogischer Tätigkeitsfelder, je mehr Sorgetätigkeitsanteile sie enthalten, darf nicht länger hingegenommen werden.

## II

Es gibt viele gesellschaftliche Konflikte, die gewerkschaftliches Handeln mit sozialen Bewegungen verknüpfen, sie an sie *binden*. Um gesellschaftliches Gehör zu finden, müssen wir diese Kämpfe verbinden und Resonanzräume schaffen, – für diese Melodie der Solidarität, die schon Hafendarbeiter\*innen oder Raumpfleger\*innen angestimmt haben, ob nun hier im Norden oder im globalen Süden. Aber diese muss anders klingen, vielleicht nicht unbedingt jünger, aber irgendwie zeitgemäßer. Wir können nicht so tun, als taugten die alten Rezepte noch für die beste Torte. Das wäre vermessen, geradezu besserwisserisch, oberlehrerhaft – nichts muss eine ›Hamburger Lehrerzeitung‹ mehr fürchten, die längst ja auch andere Lesende umfasst!

Die Debatten um die Bedeutung des Feminismus, der Sorgearbeit, der Rassismus- oder Antisemitismuskritik, der Aufarbeitung der kolonialen Vergangenheit und Gegenwart lassen uns nicht kalt, ebenso wenig wie die Kämpfe gegen Gentrifizie-

rung und der Kampf gegen die Klimakrise. Eine Gewerkschaft, die ihren gesellschaftlichen Einfluss vergrößern will, sollte unserer Ansicht nach offen für Andere sein und Teil eines gesellschaftlichen Widersprechens werden, dass nicht länger überhört werden kann, sondern materielle *und* intellektuelle Verbesserungen mit sich bringen muss. Wenn Gewerkschaften nichts erkämpfen, verlieren sie an Bedeutung. Erst in der Öffentlichkeit, dann an der Basis. Wie geht das noch einmal mit dem Kämpfen, dem Organisieren, dem Gewinnen? Was tun? Was so tun, dass es besser wird?

Eine gewerkschaftliche Strategie muss den Kampf um bessere Arbeitsverhältnisse mit den gesellschaftlichen

Konflikten verbinden, die uns in unserem Alltag angehen. Das hat die alte Redaktion, das hat die GEW an vielen Stellen in der Vergangenheit getan. Eine zu entwickelnde Strategie muss theoretisch reflektiert und diskutiert werden, wie Praxis gelingt und was wir tun, wenn wir scheitern. Dafür ist eine Mitgliederzeitung nun einmal da. Es geht darum Fernziele zu diskutieren, denn ohne sie wird der Alltag dumpf, ohne Nahziele wird alles unerreichbar zäh. Und trotz aller apokalyptischen Töne, die schriller und lauter werden: heitere Gelassenheit als Haltung.

## III

Was bedeutet dies für die Gewerkschaft selbst? Wie muss sich die GEW verändern, um gelingender ihre politischen und sozioökonomischen Kämpfe zu bestreiten? Wie stark muss die Basis die Politik bestimmen, wie können noch mehr Menschen für unsere Auseinandersetzungen gewonnen werden? Das Leben der Basis hat sich massiv verändert: Die Betriebsgruppen haben ihre Aktivitäten reduziert, das ›rote Jahrzehnt‹ der goldenen 70er Jahre erfüllt allenfalls noch Redaktionsstuben und Studienratsresidenzen. Heute sind wir in den 2020ern und die großen Erfolge liegen lange zurück (ja, gut A13 ist nicht schlecht, aber diese ständige Hetze!). Was passiert da genau in den Zellen der Gewerkschaft?

Die Aktivität der Betriebsgruppen hat nachgelassen, weil – schon wieder dieses Thema – we-

# **Wir können häufig den Kummerkasten kaum leeren, weil der Alltag zu kompliziert, zu neu, zu anders geworden ist. Viele sind überfordert, arbeiten nur noch Teilzeit, hatten schon Burn-Outs hinter sich und hangeln sich von Ferien zu Ferien**

niger Zeit und Kraft da ist, sich zu organisieren und darum zu streiten, wo es brennt. Wir können häufig den Kummerkasten kaum leeren, weil der schulische, universitäre oder pflegerische, erzieherische Alltag zu kompliziert, zu neu, zu anders geworden ist. Viele sind überfordert, arbeiten nur noch Teilzeit, hatten schon Burn-Outs hinter sich und hangeln sich von Ferien zu Ferien. Was macht dies mit einer Gewerkschaft, wenn immer weniger Ehrenämter übernommen werden können, wenn die Fachgruppen weniger werden, wenn die AGs und Projekte schwinden? Wir werden weniger in einer Öffentlichkeit wahrgenommen, die eigentlich unsere Stimme braucht. Es wird besser geworden sein, ob nun durch den Zwang des stärkeren Arguments oder mit den Mehrheiten der Straße, aber leider nur: wenn wir streiten und kämpfen. Was wenn es klappt?

### Wie schaut's aus? Das alte Neue?

Wir werden in den nächsten Ausgaben auf diese Felder zurückkommen. Die konkreten Schwerpunkte der nächsten Ausgaben werden zunächst – so haben wir es jedenfalls erst einmal geplant – auf der *Lage und Zukunft der Erwachsenenbildung*, der *Situation der Stadtteilschulen* und auf den *Kämpfen an den Hochschulen* liegen. Dann, liebe Erzieher\*innen und Pädagog\*innen in den KiTas und der Jugendarbeit – wir haben Euch nicht vergessen – wollen wir Eurer Situation Raum geben. Das soll als grobe Aussicht erst einmal genügen. Selbstverständlich werden wir innerhalb jeder Ausgabe die anderen Rubriken weiter pflegen, das Rätsel darf nicht fehlen, der Lektürespaß und all die kleinen, auflockernenden Geschichten aus dem Alltag.

In dieser Ausgabe widmen wir uns einem Thema, das den Ferien einen leichten Stich versetzt (dagegen wirken Riesling und Sonne): Die neuen Bildungspläne sind unser Schwerpunkt, weil ein »sozialdemokratischer« Bildungssenator etwas vorangetrieben und abgesegnet hat, was in seiner Leistungsfixiertheit auf Selektion statt

Inklusion setzt. Und wir werden mit der Aufarbeitung »sozialdemokratischer« Politik weitermachen, denn der Komplex Berufsverbote und Gewerkschaftsbeschlüsse ist zu erforschen. In dieser Ausgabe geht es um die dubiose Rolle des Verfassungsschutzes. Ähnlich dubios und dabei tödlich ist die Pushback-Praxis gegen Geflüchtete in der Ägäis, die wir durch ein Interview in der Öffentlichkeit halten wollen. Ein Schlaglicht werfen wir auf den letzten Bundesgewerkschaftstag des DGB, wo wir zwei Stimmen zu Wort kommen lassen, die das Positive und Negative dieser Veranstaltung in Spannung bringen. Und was bringt uns ungesunde (An-)Spannung? Richtig, die Miete. Es braucht und gibt sie wieder vermehrt, diese Mieter\*innenkämpfe, und wir wünschen uns nichts mehr als die Demokratisierung der Stadtplanung und des Wohnens.

Aber auch Ihr seid gefragt: Beteiligt Euch an den Debatten, schreibt uns: Wie ist Eure Perspektive auf diese ganze 6000-Seiten-Kiste mit den Bildungsplänen? Macht Euch »Leistung« auch so »glücklich«? Wie ist Eure Arbeitssituation, in der KiTa, an der Stadtteilschule, der Grundschule oder im Gymnasium, in der Erwachsenenbildung oder als Pädagogisch-Therapeutisches Personal? Wie plagen Euch die Bedingungen im Hochschulbereich? Wofür kämpft Ihr als Pensionierte? Wie wäre es mit einer Lehrprobengeschichte oder dem guten Workshop, der wirklich etwas gebracht hat? Wir haben wenig Platz, doch wir hamstern gerne. Wir wünschen Euch einen erholsamen Sommer, auf dass es ein »heißer Herbst« werde,

EURE REDAKTION



Foto: hz

## Rotation aus Prinzip

Hamburger Gewerkschaftstag

Liebe Kolleg:innen, die große Mehrheit der Delegierten des Gewerkschaftstages hat eine Satzungsänderung zur Länge der Amtszeit der Vorsitzenden (Rotationsprinzip) beschlossen. Bisher war insgesamt eine Vorstandstätigkeit bis zu maximal acht Jahren möglich. Ab jetzt ist es möglich, insgesamt 16 Jahre im Vorstand der GEW Hamburg tätig zu sein (acht Jahre Stellvertretung und acht Jahre Vorsitz).

Bei dieser weitreichenden Satzungsänderung kann es den Delegierten doch nicht nur um die Person unseres Vorsitzenden Sven Quiring gehen? Sven ist im Jahr 2021 als Vorsitzender angetreten, mit dem Wissen, dass er satzungsgemäß nur für eine zweijährige Amtszeit zur Verfügung stehen kann, da er bereits sechs Jahre als stellvertretender Vorsitzender tätig war. Bereits auf diesem letzten Gewerkschaftstag 2021 wurde der Antrag einer Amtszeitverlängerung des Vorstands eingebracht, aber nach kontroverser Diskussion vertagt und an eine neu zu schaffende Arbeitsgruppe des Landesvorstandes delegiert. Diese hat vier Varianten zur Abstimmung vorgelegt. Über diese Varianten wurde praktisch nicht diskutiert.

Was hat eine große Mehrheit der Delegierten dazu bewegt, das bewährte Rotationsprinzip (ohne große Diskussion darüber) zu verwässern? Ich befürchte, dass verlängerte Amtszeiten die Erstarrung von gewerkschaftlichen Strukturen eher befördern. Das Problem von mangelndem ehrenamtlichen Engagement in der GEW wird so nicht behoben werden können. Wollen wir das bzw. können wir uns dies leisten? Mit solidarischen Grüßen,

UWE BÖHM, BS 24  
(08.05.2022)

## Gute Wünsche

hlz 3-4/2022

Liebe Antje, Sebastian und Mark, an der alten hlz habe ich die vielen Themen geschätzt, die eben gerade nichts mit Schule oder Kita und Struktur- und Berufsproblemen zu tun hatten. Verschlungen habe ich insbesondere kritische Reiseberichte, Internationalismus, koloniales Erbe, Krieg und Frieden, Gedenkarbeit und NS-Aufarbeitung, Berufsverbote und Unvereinbarkeitsbeschlüsse, Jugend- und Studentenbewegung, Ökologie und Zukunftsthemen, soziale Gerechtigkeit. Dazu finde ich bestimmt auch künftig spannende Beiträge. Ach ja, und ein Rätsel wäre überaus begrüßenswert. Ich wünsche Euch ganz viel Freude und Erfolg als neue Redaktion für eine neue hlz! Kämpferische Grüße am diesjährigen 1. Mai,

CHRISTIAN SAMSCHÉ  
(01.05.2022)

P.S.: Ich hoffe, Euch gelingt in der großen Hektik künftig, die Ausgaben zeitnah fertigzustellen und zu versenden. Nicht so, wie mit Heft 3-4/2022.

 Lieber Christian, herzlichen Dank Dir für Deine guten Wünsche, die im doppelten Sinne auch unsere sind: Einige der von Dir genannten Themen und Rubriken wirst Du schon in diesem Heft entdecken können; und auch Deiner Rätselfreude werden wir weiterhin gerne Futter geben. Gleichzeitig arbeiten wir natürlich an einem weniger zeitverzögerten Erscheinen der hlz. Was die Ausgabe 3-4/2022 betrifft, wollen wir die ehemalige Redaktion in Schutz nehmen: Wir können bezeugen, dass mit Hochdruck an einer pünktlichen Fertigstellung gearbeitet wurde – im Druck-, Binde- und Versandprozess war dann aber leider der Wurm (oder mehrere Würmer) drin. Kurz: zukünftig

mehr Rätsel- und weniger Wurmfutter! Herzlich, Deine (neue) Redaktion

## Errata I: Hartwig Zillmer

In der hlz 3-4/2022 ist leider passiert, wovor jeder Redaktion graust: Ein Namendreher hat sich eingeschlichen! Aus dem Autorennamen Hartwig Zillmer wurde ein ›Hartmut Zimmer‹. Lieber Hartwig Zillmer, im Namen der ›alten‹ Redaktion möchten wir uns herzlich entschuldigen und nochmals für Deinen Nachruf auf Peter Krup bedanken!

## Errata II: Ohne ›nicht‹

Hi hlz-Redaktion, in meinem Artikel zur Friedensbewegung (in der hlz 3-4/2022) ist es auf S.37, letzter Absatz, zu einem sinnentstellenden Fehler gekommen durch das Hinzufügen des Wortes ›nicht‹. [...] Der korrekte Satz auf S.37 müsste lauten: » ...Auch der belarussische Diktator Lukaschenko scheut (›nicht‹ ist hier falsch und muss weg) davor zurück, die Wehrpflichtigen und Generäle an der Seite der Russen in den Krieg zu schicken, da er mit einer zwar unterdrückten, aber massiven Opposition im eignen Land konfrontiert ist...“

WILLI BARTELS  
(12.05.2022)

 Lieber Willi, herzlichen Dank für Deine Richtigstellung, auch wenn niemand so recht wusste, wie es diesem sinnentstellenden ›Nichts‹ gelang, sich einzuschleichen, entschuldigen wir uns im Namen der ›alten‹ Redaktion für diese Unachtsamkeit!

# Jubel um das Jubiläum.

Zur Jubiläumsausgabe 100 Jahre hLZ (5-6/2022)

## Froh und stolz

Danke Jochen,  
für das Jahr100Werk! Ich bin  
froh und stolz (sag ich wirklich  
selten), seit knapp 50 Jahren  
Mitglied der GEW zu sein!

JUTTA MARTENS

## Opus magnum

Lieber Joachim,  
nicht dass ich denke, allein dem  
Schriftleiter (ähem. Redaktions-  
leiter heißt das ja seit längerem)  
sei zu danken. Dafür sind zu  
viele neben dir an Inhalt und  
Gestaltung dieser ganz beson-  
deren und vorzüglichen hLZ  
beteiligt gewesen. Aber es ist  
eben doch im Kern dein opus  
magnum, mit dem du dich  
fulminant verabschiedest. Vielen  
Dank! Ich werde die nächsten  
Nächte viel zu lesen haben,  
bei einigen Erinnerungen blass  
werden, über die meisten mich  
freuen, das eine oder andere  
bislang Unbekannte entdecken.  
Und meine persönliche hLZ-  
Sammlung seit Februar/68 um  
das bislang dickste Exemplar  
ergänzen. Herzliche Grüße und  
alles Gute dir

GERHARD LEIN

## Glückwunsch

Lieber Joachim,  
Appppppppppppppppppppplaus.  
Ein wirklich guter Abgang.  
Glückwunsch! Herzliche Grüße

HARRY (FRIEBEL)

## Großer Wurf

Liebe HLZ, vielen Dank für  
die Broschüre 100 Jahre HLZ,  
ein großer Wurf. Ich habe gern  
in der Broschüre gelesen und  
vor allem in der Geschichte der  
HLZ einiges für mich Neu-  
es erfahren. Es gab übrigens

einen Dreiklang der politischen  
Einschüchterung aus 1. Un-  
vereinbarkeitsbeschlüssen, 2.  
Berufsverboten und 3. Partei-  
ausschlüssen vor allem in der  
SPD. Ja, es war auch ein Gene-  
rationenproblem, in erster Linie  
aber ein politischer Kampf. Weil  
die Kritik an der Wirtschafts-  
politik nicht passte, wurden 52  
SPD-Mitglieder ausgeschlossen,  
im Parteiordnungsverfahren  
zumeist zurückgenommen,  
es gab keine Entschuldigung,  
damit blieb ein „Makel“ bei den  
Betroffenen. Es wurden viele  
Versuche von den Erneuerern  
vorgenommen, alle Flügel der  
Gewerkschaft mitzunehmen,  
aber es gab auch rote Linien, zur  
Position zu Berufsverboten und  
zur gewerkschaftlichen Orien-  
tierung war ein Entgegenkom-  
men nicht möglich. Um dem  
Bruch nicht zu stark wirken zu  
lassen, wurden linke Sozialde-  
mokraten eingesetzt, wo immer  
es möglich war, dennoch: die  
DKP-Mitglieder leisteten einen  
erheblichen Beitrag für eine  
fortschrittliche GEW.  
Lieben Gruß,

RAINER GRIEP,  
GEW-Vorsitzender von 1980-1986

## Freudige Erinnerung

Lieber delo, lieber Joachim und  
liebe weitere aktive KollegIn-  
nen! Ihr habt mir eine SEHR  
GROSSE Freude gemacht mit  
DIESER Ausgabe der hLZ!  
VIELEN DANK dafür! Ein  
gelungenes Konzept! Wunder-  
bar, sich selbst als einstigen Mit-  
Redakteur in solchen Kontexten  
zu finden! Ich erinnere mich  
immer wieder gerne an meine  
Zeit in der Redaktion: Alles  
damals sehr konstruktiv und  
lebendig mit uns Kolleginnen  
und Kollegen! Ich grüße Euch  
kollegial herz-lich & kopf-lich,  
Euer

GERD KOCH

## Summa cum laude

Lieber Sven,  
stellvertretend für die vielen  
Autoren an dich als GEW-Chef  
ein Riesenkompliment und Dan-  
keschön für dieses großartige  
Heft. Welch ein spannender und  
gleichzeitig anrührender Blick  
in die Geschichte und teilweise  
die eigene Vergangenheit. Wäre  
das Heft eine Dissertation: sum-  
ma cum laude! In diesem Sinne  
weiter so und Danke!  
Mit kollegialen Grüßen

HAJO SASSENSCHIEDT

## Großes Glück

Lieber Herr Dr. de Lorent,  
welch wunderbarer Artikel über  
meinen Mann in der Festschrift  
>100 Jahre HLZ<! So eine Dar-  
stellung zu lesen, ist ein großes  
Glück. Ich danke Ihnen sehr  
für die anerkennenden Worte.  
Das von Ihnen zitierte Gespräch  
hätte Peter so gern in größerer  
Runde fortgesetzt. Er war der  
Meinung, dass es unbedingt  
fortgesetzt werden müsste und  
auch fortgesetzt werden könnte.  
Er plante noch, wie es bei  
uns im Haus gestaltet werden  
könnte...  
Das Exemplar für mich werde  
ich noch oft in die Hand neh-  
men.

NICOLINE KRUP

### Hinweis zu den Leser\*innenbriefen:

Da die Briefe zum aktuellen  
Krieg in der Ukraine und  
einer gewerkschaftlichen  
Friedenspolitik diesen Raum  
sprengen würden, geht es  
in der Debatte auf Seite 28  
weiter.

# Sabine Lafrentz: Ende bei den Elbkindern – neue Aufgaben bei der GEW

Ich musste meine Arbeit bei den Elbkindern und im Betriebsrat nach fast 44 Jahren zum 1.5.22 beenden. Als Betriebsrätin habe ich stets versucht, im Interesse der Belegschaft zu handeln und entsprechende Ergebnisse zu erkämpfen, Fragen zu beantworten und bei Überlastanzeigen, Beschwerden, Abmahnungen weiterzuhelfen. Meine Anregungen und Erfahrungen habe ich in Die Offene Liste und den Betriebsrat eingebracht.



## Kurzer Abriss der Entwicklung der Vereinigung e.V. und der Elbkinder gGmbH



In den 44 Jahren ist viel passiert und oft war es uns nur möglich, Schlimmeres zu verhindern: Am Anfang stand die Vereinigung e.V., mit der zwischen ›Arbeitgeber- und ›Arbeitnehmer\*innen‹ paritätisch besetzten Mitgliederversammlung. In den 70ern folgte die große Erweiterung der Vereinigung mit der Verbesserung der Personalschlüssel, moderner Ausstattung und schließlich der Erämpfung höherer Eingruppierungen. Später setzte die Rotstiftpolitik ein und wir verteidigten unsere Errungenschaften mit Klauen und Zähnen. Positiv dagegen waren die ersten Regelungen zur Integration behinderter Kinder. Paukenschläge waren die Ausgliederung vom Hausbereich in die EKSG und der Austritt aus dem Arbeitgeberverband (AVH), um keine Tariflöhne mehr zahlen zu müssen. Als ›Geschenk‹ bekam die Geschäftsführung zum Wiedereintritt einen abgesenkten Tarifvertrag, der sich noch heute auswirkt. Es folgte der Wechsel zur Elbkinder gGmbH, in der der Aufsichtsrat nicht mehr paritätisch zwischen ›Arbeitgeberin‹ und Beschäftigten besetzt ist. Zur Einführung des Kita-Gutscheins konnten wir geplante Einsparungen halbieren und wieder schrittweise bessere Personalschlüssel in den Kitas durchsetzen. Die Hortbetreuung wechselte – leider mit schlechteren Bedingungen – an die Schulen.

## Schwere Krise im Kitabereich

Im Kitabereich und bei den Elbkindern erleben wir gegenwärtig wieder eine schwierige Phase, vielleicht die Schwierigste überhaupt. Über 2 Jahre Pandemie, verbunden mit vielen Ängsten und Anforderungen. Ein ewiges Hin und Her (wie z. B. vom Maskenverbot zur Maskenpflicht). Es gab viel zu viele infizierte bzw. erkrankte Kolleg\*innen im Betrieb. Und ansonsten: Arbeit am Limit und darüber hinaus.

Die Umstrukturierungen im Hausbereich dürfen nicht zu Lasten der Kolleg\*innen gehen, die Kolleg\*innen in der Ganztagsbetreuung an den Schulen (GBS) und im Hausbereich brauchen höhere Stundenzuschüsse. Neue Arbeitszeitvereinbarungen müssen sich zu Gunsten der Belegschaft auswirken. Mehr Personal und bessere Arbeitsbedingungen sind notwendig. Die gerade im Bund vereinbarten Entlastungstage tragen nur zur Entlastung bei, wenn der Senat den Kitaträgern den Personalausgleich garantiert.

Kitas und pädagogische Berufe müssen attraktiver werden, damit mehr Menschen dort arbeiten wollen. Dazu gehört auch, dass Kitabeschäftigte vom monatlichen Entgelt in Hamburg gut leben können müssen.

Es gibt in Hamburg und bei den Elbkindern noch viel zu tun. Gute Regelungen entstehen nicht von selbst, sondern nur, wenn sich möglichst viele Beschäftigte engagieren!



## Neue Aufgaben in der GEW

Ich habe nun neue Aufgaben in der GEW übernommen, so u.a. die Betreuung der Beschäftigten der Elbkinder und Der Offenen Liste. In gewerkschaftlichen Fragen stehe ich den Kolleg\*innen also weiterhin mit Rat und Tat zur Seite. Ihr erreicht mich unter **015122523919** und **lafrentz@gew-hamburg.de**.

Konstanze Fischer – Betriebsrätin	040 / 42109 – 184	k.fischer-betriebsrat@elbkinder-kitas.de
Sabine Lafrentz – GEW-Betreuung	0151 / 22523919	lafrentz@gew.hamburg.de
Ilona Scheither – Betriebsrätin	040 / 42109 – 180	i.scheither-betriebsrat@elbkinder-kitas.de
Holger Timmermann – Betriebsrat	040 / 42109 – 187	h.timmermann-betriebsrat@elbkinder-kitas.de

# Hamburger Extrawurst

Aufwertung des Sozial- und Erziehungsdienstes im Jahr 2022

Am 18. Mai wurde nach zäher Verhandlung ein Tarifergebnis erreicht. Unsere Mitglieder aus dem betroffenen Berufsfeld des Sozial- und Erziehungsdienstes sind per Newsletter und Tariftelogramm über das Ergebnis informiert worden. Wir haben noch einmal darauf hingewiesen, dass dieses Ergebnis für die Hamburger Kolleg\*innen (noch) nicht gilt, da der Hamburger Arbeitgeberverband AV-H das Ergebnis nicht automatisch übernimmt, sondern mit der Gewerkschaft gesondert vereinbart. Ein bundesweit (außer in Hamburg) geltendes Ergebnis dient in Hamburg zwar immer als Vorlage für den Hamburger Abschluss, aber es muss nicht automatisch alle Bestandteile des Abschlusses enthalten und

es kann auch Abweichungen in der Umsetzung (von Teilen) des Ergebnisses geben.

Verdi Hamburg hat die Mitglieder befragt, was sie vom bundesweiten Ergebnis halten und ob es angenommen werden soll. Wir verzichten in den TVÖD-Runden in der Regel auf die Befragung unserer Mitglieder, da ein unterschiedliches Ergebnis (Verdi-Mitglieder stimmen dem Ergebnis zu, wir lehnen es ab) nicht dazu führt, dass dann nur noch für die Ablehnenden eigene Verhandlungen geführt werden. Mit dem Wissen, dass auch dieses Ergebnis nur mit größtmöglicher Anstrengung im Verhandlungsweg erreicht wurde, gehen wir davon aus, dass es bundesweit bestehen und am 17.06. seine Umsetzung erklärt wird.

Dann stellt sich nur noch die Frage, ob alle Teilergebnisse auch in Hamburg zum Tragen kommen oder nur Auszüge aus der Aufwertungsrunde in Hamburg vereinbart werden. In der BR-Informationsschrift im Hamburger Schulverein von 1875 e.V. heißt es dazu: »Die Aufwertung des Sozial- und Erziehungsdienstes ist ein fortschreitender Prozess. Zur Geschichte: 2005 wurde der Bundesangestelltentarifvertrag, BAT, vom TVÖD abgelöst. Es fanden diverse Überleitungen vom »alten« Tarif in den »neuen« Tarif statt. Viele der Übergangsregelungen entsprachen nicht der Struktur des Sozial- und Erziehungsdienstes. Dies haben die Gewerkschaften dann 2009 mit der leider nötigen Auseinandersetzung mit den Arbeitgeber-



Foto: Jamil Jajla

Dreamteam 1 auf dem Warnstreik im Mai 2022

verbänden erreicht, indem eine eigene Eingruppierungsstruktur und eine eigene Tabelle (die S-Gruppen-Tabelle) vereinbart und eingeführt wurden. Da aber nicht alle notwendigen Differenzierungen eingearbeitet werden konnten, mussten die Gewerkschaften 2015 wieder in die Auseinandersetzung mit den Arbeitgeberverbänden gehen und weitere Verbesserungen (eine weitere Aufwertung) durchsetzen.

Ihr erinnert Euch, es waren mehr als sechs Wochen Streik nötig, um die Arbeitgeberverbände zum Einlenken zu bewegen. Aufgrund der Pandemie hatten sich die Tarifpartner darauf verständigt, nicht wie vorgesehen 2020 in die nächste Aufwertungsrunde zu starten, sondern dies erst ein Jahr später zu machen. Ende September 2021 wurden die entsprechenden Tarifeile gekündigt und die Aufwertungsrunde startete. Sie hat bundesweit nun am 18.05.2022 ihr Ende gefunden, wenn die Gewerkschaften bis zum 17.06. erklären, dass sie das Verhandlungsergebnis annehmen.

Das hat für Hamburg aber noch keine Gültigkeit. In Hamburg dient das bundesweit erzielte Ergebnis als Vorlage für die Verhandlungen mit der AV-Ham-

burg (AVH).

Einfach umzusetzen, wäre die finanzielle Aufwertung, die bundesweit zum Tragen kommt: Alle von S2 bis S11a eingruppierten Kolleg\*innen mit einer Vollzeitstelle erhalten monatlich ab dem 01.07.2022 130,- Euro brutto mehr, Teilzeitbeschäftigte entsprechend ihres prozentualen Teilzeitumfangs. Die bundesweite Einigung sieht noch für weitere S-Gruppen eine Zulage vor, diese Gruppe der Beschäftigten kommt aber im Schulverein (und generell in den Kitas u. GBSn) nicht vor. Von dieser Aufwertung sind die Leitungskräfte nicht erfasst.

Aber alle pädagogisch tätigen Kolleg\*innen erhalten zwei Entlastungstage, d.h. in den Einrichtungen ist der betriebliche Ablauf zukünftig mit zwei zusätzlichen freien Tagen (wie Urlaubstage) zu organisieren. Die S2 bis S11a Eingruppierten können die Aufwertungszahlung von 130,- Euro auch zur Umwandlung für max. 2 weitere Entlastungstage einlösen. Die zwei freien Tage für alle ließen sich in Hamburg ebenfalls problemlos darstellen. In unserer bisher immer noch geltenden Betriebsvereinbarung zu den Schließzeiten sind für die Weihnachtstage zwischen dem 26. und 31.12. zwingend Urlaubsta-

ge einzusetzen; hierfür könnten die zusätzlichen Tage gut eingesetzt werden.

Die Angleichung der Stufenlaufzeiten ist ein sehr wertvolles Ergebnis. Es findet zwar bundesweit erst zum 01.10.2024 statt, aber dann gelten überall im öffentlichen Dienst die normalen Stufenlaufzeiten. Das ist ein echter Gewinn, die allen, die 2024 noch nicht in der Endstufe angekommen sind, einen Vorteil zur jetzigen Regelung verschafft. 70,- Euro brutto, wenn mindestens 15% der individuellen Arbeitszeit für die Anleitung von SPA oder Erz.-Praktikant\*innen aufgewendet wird. Dies ist eine Fallpauschale, die nach unserer Lesart auch Teilzeitbeschäftigte ungekürzt erreicht, wenn sie Praktikant\*innen in dem genannten zeitlichen Mindestumfang anleiten. – Allerdings erwarten wir hier noch eine Ausführungsbestimmung, die mutmaßlich eine Mindeststundenzahl benennen wird.«

Soweit der Auszug aus dem aktuellen BR-Info. In dem Auszug wird das Verhandlungsergebnis mit den unterschiedlichen Teilen dargestellt. Dabei ist wichtig, zu bedenken, dass mit diesem Ergebnis die Aufwertung des Sozial- und Erziehungsdienstes weiterfortgeführt werden soll. Mit einer Tariferhöhung hat dieses Ergebnis nichts zu tun. Die Entgeltverhandlungen des gesamten öffentlichen Dienstes, zu dem auch der Sozial- und Erziehungsdienst gehört, werden rechtzeitig zum 31.03.2023 starten, um für alle Beschäftigten des öffentlichen Dienstes die Einkommen zu steigern, damit die gestiegenen Lebenshaltungskosten und der Wertverlust durch die hohe Inflationsrate eingefangen werden können.

JENS KASTNER,  
Sprecher der Fachgruppe Kinder- und  
Jugendhilfe im GEW-LV Hamburg

Foto: Janni Jalla



Dreamteam 2 auf dem Warnstreik im Mai 2022

# Nachhaltige und faire Bezahlung – mehr soziale Sicherheit für VHS-Dozent\*innen!

## Kommt zur **Kundgebung!**

**Mittwoch 29.06.22, 14:00 – 14:30**  
**vor der VHS Mitte, Schanzenstraße 75-77**

Die Hamburger Volkshochschule beschäftigt insgesamt etwa 1650 Kursleiter\*innen (VHS Jahresbericht 2020), darunter viele „arbeitnehmerähnliche“.

### Arbeitnehmerähnlich?

Das sind die Kursleiter\*innen, die mindestens die Hälfte ihres Einkommens aus der VHS-Tätigkeit bestreiten und deshalb in besonderer Weise von den Aufträgen der VHS abhängig sind. Diese arbeitnehmerähnlichen Kursleiter\*innen sind von Gesetzes wegen besonders zu schützen.

### Sind „arme“ Städte und ihre VHS fairer und nachhaltiger als Hamburg?

Ja, leider! Berlin und Bremen „leisten“ sich für ihre VHS einen angemessenen Schutz der arbeitnehmerähnlichen Kursleiter\*innen: Zuschüsse für Sozialversicherung, Ausfallhonorar bei Krankheit, bezahlte Konferenzen usw.

Warum tut Hamburg das nicht, zumal die Hamburger rot-grüne Regierung in ihrem eigenen Koalitionsvertrag „Hamburg – Stadt der Guten Arbeit“ vereinbart hat, „soziale, beschäftigungspolitische, umwelt- und nachhaltigkeitsbezogene Kriterien“ bei der Entlohnung durchzusetzen? Das muss bei den städtischen Einrichtungen anfangen!

### VHS Fair- Forderungen für die Kursleiter\*innen an der VHS Hamburg:

Wir fordern daher von der Behörde für Schule und Berufsbildung und von Bürgerschaft und Senat, der VHS die Mittel zur Verfügung zu stellen, um das Folgende umzusetzen:

für alle VHS-Kursleiter\*innen:

- Honorarsatz von 41 Euro pro UE von 45 Min, auch für die Kursleiter\*innen des offenen Angebots
- Ausgleich des Mehraufwandes für Hybrid- und andere besonders aufwändige Kurse
- Honorar für Teilnahme an Konferenzen etc.

### zusätzlich für arbeitnehmerähnliche Kursleiter\*innen:

- Zuschüsse entsprechend den gesetzlichen Arbeitgeberanteilen für Sozialversicherungen (Kranken-, Pflege-, Rentenversicherung), Mutterschutz und Unfallversicherung
- Urlaubsgeld für 25 statt wie bisher 20 Tage (entspricht 9,6 % statt bisher 7,7 % des Jahres-Bruttohonorars)
- Anspruch auf Bildungsurlaub
- Erstattung des Umsatzsteueranteils bei den Kursleiter\*innen, die die Obergrenze von 22.000 Euro Jahreseinkommen überschreiten
- Ausfallhonorar bei Krankheit: 90% für bis zu 6 Wochen
- Einbeziehung in das Hamburger Personalvertretungsgesetz

Die Umsetzung unserer Forderungen sorgt zum einen für faire Arbeitsbedingungen der Kursleiter\*innen. Zum anderen sorgt sie dafür, dass die VHS mehr Nachwuchs an professionellen Lehrkräften gewinnen und die Qualität der Kurse steigern kann.

Aktuell ist es besonders wichtig, den Geflüchteten aus der Ukraine und aus anderen Ländern zeitnah professionelle, qualitativ hochwertige Sprach- und Integrationskurse anzubieten. Hierzu schnell die passenden Lehrenden zu finden, geht nur bei konkurrenzfähigen Arbeitsbedingungen.

Der zusätzliche finanzielle Aufwand für faire Arbeitsbedingungen darf nicht durch Erhöhung der Teilnehmer\*innenbeiträge finanziert werden, hier ist der Haushalt der Stadt gefragt.

### Der rot-grüne Senat muss sein Koalitionsprogramm „Hamburg - Stadt der Guten Arbeit“ endlich umsetzen - und das zuerst in den städtischen Betrieben.

**Hamburg verdient ein gutes, faires und nachhaltiges Angebot städtischer Erwachsenenbildung!**

## Zu Wasser und unter Palmen

Weitere Infos und Seminarangebote unter  
[gew-hamburg.de/seminare/gewerkschaftliche-bildung](http://gew-hamburg.de/seminare/gewerkschaftliche-bildung)



### Die lange Nacht der GEW Hamburg

Die GEW Hamburg stellt sich vor: Dich erwartet ein buntes Programm aus politischen Diskussionen und Workshop-Angeboten, aber auch jede Menge Musik und das erste GEW-Speeddating, bei dem du in kürzester Zeit deine gesamte Organisation, die Mitarbeiter\*innen und das Curio-Haus kennenlernen kannst.

**Freitag, 1.7.2022,  
18-ca. 1 Uhr**

Hamburg, Curio-Haus,  
Rothenbaumchaussee 15

Leitung: Frank Hasenbein u. a.  
Kostenlos für GEW-Mitglieder  
inkl. Verpflegung

### Kanutour (nicht nur) für neue Mitglieder

Gespräche und Infos rund um die GEW Hamburg, Entspannung auf dem und am Wasser mit gemeinsamer Restaurantpause. Eine Möglichkeit, die GEW und nette Leute kennenzulernen.

**Samstag, 27.08.2022,  
10.30-17 Uhr**

Tour auf der Alster vom Haselknick – Klein Borstel  
Leitung: Jürgen Frehse  
Kostenlos für Neumitglieder  
inkl. Verpflegung  
(GEW-Mitglieder 10 €)

### Aktiv werden in der GEW Hamburg

Lust, gemeinsam etwas zu bewegen? Diskussionen und Aktionen für gerechtere Bildung anzustoßen und mit anderen gemeinsam spannende Projekte

voranzutreiben, ist unser Mittel gegen Vereinzelung und Frust. An diesem Nachmittag stellt sich die GEW Hamburg vor: Wie tickt die GEW? Wo bietet sich ein Einstieg? Wer sind die Ansprechpersonen? Welche aktuellen Themen und Diskussionen gibt's bei der GEW? Eine Veranstaltung in lockerer Atmosphäre, für leckere Snacks und Getränke ist gesorgt.

**Dienstag, 6.9.2022,  
17-19.30 Uhr**

Hamburg, GEW-Geschäftsstelle,  
Rothenbaumchaussee 15

Leitung: Frank Hasenbein,  
Sven Quiring  
Kostenlos für GEW-Mitglieder  
inkl. Verpflegung

### Digital souverän – Computer und Smartphone sicher nutzen

Ein Workshop für Senior\*innen rund um Fragen zur Arbeit am Computer und Smartphone. Mögliche Themen: Welche Passwörter sind sicher? Wie sichere ich meine Daten? Soll ich sie in eine Cloud hochladen? Welche Apps und Einstellungen brauche ich für mein Smartphone? Wie kann ich digitale Tools für die GEW-Arbeit nutzen? Ziel ist es, digital mündig zu werden und mehr Sicherheit im Umgang mit der digitalen Technik zu bekommen.

**Dienstag, 13.9.2022,  
10-16 Uhr**

Kiek In, Rendsburg,  
[www.kiek-in-nms.de](http://www.kiek-in-nms.de)

Leitung: Frank Hasenbein  
Kostenanteil: 10 € inkl.  
Verpflegung (ermäßigt: 5 €),  
nur für GEW-Mitglieder

### ›Mädchen/Jungen oder Kinder?‹ Geschlechtersensibles Arbeiten im KiTa- und Grundschulalter

Geschlechterstereotypen finden sich überall. Die Rosa-Blau-Falle schnappt bei Lego zu, beim Überraschungsei oder der Kinderkleidung. Im pädagogischen Alltag sind zahlreiche Situationen zu beobachten, in denen Kinder Entscheidungen anhand geschlechtlicher Zuschreibungen vornehmen. Eine geschlechtersensible Praxis greift bewusst diese Situationen auf und arbeitet mit den Kindern gezielt an ihren Mädchen- und Jungenbildern. Dabei wird das Ziel verfolgt, den Kindern ein Verhaltens- und Handlungsrepertoire abseits von Geschlechternormierungen zu ermöglichen und die freie Persönlichkeitsentwicklung der Mädchen und Jungen zu fördern.

**Freitag, 16.9.2022,  
9-16 Uhr**

Hamburg, GEW-Geschäftsstelle,  
Rothenbaumchaussee 15

Leitung: Michael  
Drogand-Strud  
Kostenanteil: 10 € inklusive  
Verpflegung (ermäßigt: 5 €,  
Nicht-Mitglieder: 40 €)

### Anmeldung

Über die GEW-Website:  
[www.gew-hamburg.de/seminare](http://www.gew-hamburg.de/seminare). Ermäßigung gibt es für Erzieher\*innen, Referendar\*innen, Studis, Erwerbslose, Nichtmitglieder zahlen mehr (auf Anfrage). Seminare mit Übernachtung beinhalten Vollverpflegung und Unterbringung im Einzelzimmer.

# Lange Nacht der GEW

Curiohaus und GEW Landesverband  
Rothenbaumchaussee 15, 20148 Hamburg

**1. Juli 2022**  
**18-24 Uhr**

## Herzliche Einladung!

Schon zweimal verschoben, nun wollen wir zusammen feiern!  
GEW Mitglieder und solche, die es werden wollen...

Es gibt: Essen und Trinken, Musik, Tanzen, Komplimente-Automat,  
Foto-box, Speed-Dating mit dem Landesvorstand, Informationen,  
Einladung zum Mitmachen von den vielen aktiven Gruppen der GEW,  
Führungen an geheime Orte des Curiohauses, Gespräche mit Kolleg\*innen,  
vieles mehr und einfach einen schönen GEW Sommerabend.

Sei dabei und bringe gern noch ein neugieriges  
Noch-Nicht-Mitglied mit!

Bitte unbedingt online anmelden:

[www.gew-hamburg.de/seminare/gewerkschaftliche-bildung/2022-07-01/die-lange-nacht-der-gew-hamburg](http://www.gew-hamburg.de/seminare/gewerkschaftliche-bildung/2022-07-01/die-lange-nacht-der-gew-hamburg)





# Finden. Finanzieren. Frei fühlen.

Die Baufinanzierung<sup>1</sup> der BBBank  
mit Extra-Zinsrabatt für den öffentlichen Dienst.



<sup>1</sup> bonitätsabhängig



**NEU:** Jetzt auch online abschließen!

[www.bbbank.de/baufinanzierung](http://www.bbbank.de/baufinanzierung)



 **Jetzt informieren**  
Ihr Experte in und um Hamburg  
Jan Elsenhans  
E-Mail: [jan.elsenhans@bbbank.de](mailto:jan.elsenhans@bbbank.de)  
Telefon: 040 3069 8740

[www.bbbank.de/gew](http://www.bbbank.de/gew)

 [www.bbbank.de/termin](http://www.bbbank.de/termin)

Folgen Sie uns   

# Jetzt bewerben!

Die GEW Hamburg stellt seit 2008 jährlich 10.000 Euro aus ihrem Haushalt für einen Fonds zur Verfügung, der sich für ein solidarisches und gleichberechtigtes Miteinander der Menschen in Hamburg einsetzt. Hieraus werden Aktivitäten und Projekte unterstützt, die sich u.a. gegen rassistische, antisemitische, sexistische und/oder homophobe Denkmuster, Verhaltensweisen und Strukturen einsetzen. Der Fonds ermöglicht eine Anschubfinanzierung und möchte antidiskriminierende Aktivitäten fördern, die ein intersektionales Grundverständnis von Diskriminierung haben, d.h. die Verwobenheit und Gleichzeitigkeit verschiedener Formen anerkennen und beheben wollen. Wenn es bei Euch Projekte dieser Art gibt, könnt Ihr bei der GEW Hamburg Unterstützung dafür beantragen. Die Antragsfrist für die nächste Vergaberunde ist der 01.11.2022. Informationen über Förderkriterien, einzureichende Unterlagen,



**Fonds gegen  
Diskriminierung  
der GEW Hamburg**

Jetzt  
bewerb!

**Infos, Bewerbung  
und Fristen**



bisherige geförderte Projekte sowie Ansprechpartner\*innen für Rückfragen findet Ihr unter <https://www.gew-hamburg.de/themen/aktionen-und-kampagnen/>

[der-fonds-gegen-diskriminierung-der-gew-hamburg](https://www.gew-hamburg.de/themen/aktionen-und-kampagnen/der-fonds-gegen-diskriminierung-der-gew-hamburg).

ARBEITSGRUPPE DES  
LANDESVORSTANDS  
»FONDS GEGEN DISKRIMINIERUNG«

## Norddeutsches Treffen lesbischer Lehrerinnen 2022

Norddeutsche lesbische Lehrerinnen treffen sich im November zu einer Fortbildung in der Woltersburger Mühle in Uelzen. Es werden Workshops zu schulbezogenen Themen und zur Entspannung angeboten. Daneben ist hinreichend Zeit für den Austausch über persönliche schulische Erfahrungen sowie für Gespräche zum Coming-Out. An diesem Wochenende bekommen die Teilnehmerinnen nicht nur Anregungen, sondern können auch Kraft für den Schulalltag tanken.

**Termin: 18.-20. November 2022**

Ort: Woltersburger Mühle, Woltersburger Mühle 1, 29525 Uelzen  
Für Informationen zur Veranstaltung bitte eine E-Mail an: [nolele@web.de](mailto:nolele@web.de)



GEWERKSCHAFTSTAG

# Volle Hütte

Intensive Diskussionen bremsten Antragsentscheidungen aus

Ob es an der langen Auszeit wegen pandemiebedingter analoger Treffen gelegen hatte, dass so viele Kolleg\*innen gekommen waren oder an den Themen, die es zu behandeln und abzustimmen galt, lässt sich nicht klären. Klar war nur, dass mehr Delegierte kamen als angekündigt, was sich auch daran zeigte, dass einige beim Mittagessen leer ausgingen. Dies hat aber die Stimmung nicht gedämpft bzw. die Energie der Delegierten nicht heruntergefahren, da es auch nach der Mittagspause recht lebhaft zugeht.

Als ein Highlight möchte ich den Besuch der als Gast erschie-

nenen neuen Hamburger DGB-Vorsitzenden Tanja Chawla nennen. Sie überzeugte inhaltlich wie auch durch ihr souveränes Auftreten. Mit ihrer authentischen Art, so möchte ich das mal nennen, hob sie sich sehr angenehm ab von vielen, die in der Vergangenheit mit einem speziellen Gewerkschaftssprech die Aufmerksamkeit der Zuhörenden nicht immer erreichten.

Tanja brillierte in der Darstellung, indem sie die gewerkschaftlichen Themen wie Chancengleichheit, die notwendige Umverteilung von Einkommen und Vermögen mit den bekannten widersprüchlichen gesell-

schaftlichen Entwicklungen in Verbindung brachte. In Hinblick auf den Umgang mit Geflüchteten positionierte sie sich klar, indem sie sich gegen die Schaffung von Geflüchteten 1. und 2. Klasse wandte. Es sei ein Skandal, dass das Asylbewerberleistungsgesetz dazu beitrage. Sie werde sich dafür einsetzen, dass in Zukunft eine Gleichbehandlung garantiert sei.

In Hinblick auf das 100 Milliarden-Sondervermögen für den Verteidigungshaushalt der Ampelkoalition konnte sie sich auf die klare ablehnende Haltung des Hamburger Landesverbandes des DGB beziehen. Die

Finanzierung von Maßnahmen im Zusammenhang mit den entstandenen sozialpolitischen Herausforderungen wie Bewältigung der Flüchtlingskrise und den Verwerfungen, die durch die Pandemie entstanden seien, stünde dazu ja in Konkurrenz. Sparmaßnahmen im sozialen Bereich aufgrund der Mehrausgaben für Waffenkäufe, so Tanja, seien mit dem DGB nicht zu machen! Im Übrigen betonte sie an dieser Stelle noch einmal die ablehnende Haltung des DGB zur Schuldenbremse.

### **Menschen statt diagnostischer Stempel**

Das Geld spielte dann in den Rechenschaftsberichten der Vorsitzenden ebenfalls eine zentrale Rolle. Die Berichterstattung hierüber kann knapp ausfallen, weil die hlz über die angesprochenen Themen – dies gilt insbesondere für die Corona-Schutzmaßnahmen – regelmäßig berichtet hatte.

Unser Vorsitzender Sven Quiring, der nicht zuletzt aufgrund persönlicher Erfahrungen als Sonderpädagoge in der Vergangenheit nichts unversucht gelassen hatte, um auf die Widersprüche zwischen Ansprüchen und Realität hinzuweisen, machte nochmals deutlich, worauf es ankomme: Die Schaffung eines systemischen Ressourcenmodells, um zu garantieren, dass wertvolle Arbeitszeiten von (sonder-)pädagogischem und psychologischem Fachpersonal in Schulen und Regionalen Bildungs- und Beratungszentren (ReBBZ) für die pädagogische Arbeit mit den Menschen in den Schulen bereit stünden und nicht für technokratische Verwaltungsverfahren, wie es im jetzt praktizierten Modell ›DirK‹ der Fall sei, aufgewendet werden müssten.

Dazu passte dann ein kurzes Statement des Delegierten Peter Puhle, der als Ombudsmann für Schüler\*innenvertretungen in

der Behörde viele behördliche Maßnahmen kritisch begleitet. Er berichtete empört von der Einrichtung einer behördlichen Leitungsstelle zwecks Steuerung des Vorhabens bei gleichzeitiger Verweigerung, notwendige Stellen vor Ort zu schaffen.

### **Blinde Flecken**

Herausgestellt sei an dieser Stelle auch noch einmal die von Sven pointiert vorgetragene Widergabe dessen, was Kolleg\*innen schildern, die in der Erwachsenenbildung tätig sind. Deren Probleme erschienen in der Öffentlichkeit oft nur am Rande,

obwohl es aufs gesamte Land hochgerechnet um etwa 700 Tausend Kolleg\*innen gehe. Allein in Hamburg seien etwa fünf- bis sechstausend Kolleg\*innen in den unterschiedlichen Bereichen der staatlich finanzierten Weiterbildung tätig. Hierzu gehören Sprach- und Integrationskurse, Kurse aus dem Gesamtsystem der Agenturen der Arbeit sowie der beruflichen Rehabilitation. Ein riesiger Niedriglohnsektor durch ›Working-Poor‹ sei entstanden. Er sei froh, dass durch den ›Hamburger Appell‹, der maßgeblich durch unseren Landesverband initiiert wurde, ein



**Tanja Chawla, DGB-Vorsitzende Hamburg – wider das Rollenklischee einer Gewerkschaftsfunktionärin**

Fotos: Joachim Geffers

Hoffnungsschimmer auf bessere Bezahlung und bessere Arbeitsbedingungen zu sehen sei. Man müsse sich immer wieder klar machen, so Sven, Welch stiefmütterlicher Behandlung die Kolleg\*innen ausgesetzt seien. Dabei gehe es nicht nur um die abgründig schlechte Bezahlung, sondern auch um die mangelnde Arbeitsplatzsicherheit, die jede\*r im privatwirtschaftlich organisierten Weiterbildungssektor Tätige\*r ausgesetzt sei. Er freue sich aber, dass es gerade unserem Landesverband gelungen sei, Kolleg\*innen zu mobilisieren, die bereit seien, für eine bessere Bezahlung und insgesamt bessere Arbeitsbedingungen zu kämpfen. Er wünsche den betroffenen Kolleg\*innen weiterhin Mut, ihr Engagement fortzusetzen und versprach weitere organisatorische und finanzielle Unterstützung.

Zur aktuellen Situation, bezogen auf die Geflüchteten aus der Ukraine und den damit verbundenen Herausforderungen für Kita und Schule, begrüße Sven,

dass die Behörde frühzeitig die Bildungseinrichtungen über die auf sie zukommende Arbeit informiert habe, um sogleich ein Statement hinterherzuschicken: Als Interessenvertretung der Kolleg\*innen erwarteten wir von der Schulbehörde eine gleichmäßige Verteilung der geflüchteten Kinder und Jugendliche auf alle Stadtteile und Schulformen. Und ergänzte, was nicht vergessen werden dürfe: »Wichtig war und ist der GEW, dass zusätzliche Ressourcen für diese Aufgabe bereitgestellt werden, damit diese zusätzliche Herausforderung nicht auf Kosten des regulären und inklusiven Unterrichts bewältigt werden muss.«

Damit war er indirekt beim Thema Arbeitszeit angelangt. Hierzu gebe es eine AG in der GEW, die bereits Vorschläge zum weiteren Vorgehen erarbeitet habe. Man könne davon ausgehen, dass spätestens 2023 zum 20jährigen Bestehen der jetzigen Arbeitszeitregelung eine Offensive hierzu gestartet werde.

Diese sei in Sachen Lehrberech-

tigung für das Fach Religion, der sogenannten Vocatio, nicht mehr vonnöten, da es nach dem von der GEW ausgegangenen Protest von Seiten der Kirche zu Zugeständnissen gekommen sei (s. hlz 3-4/22, S. 42f). Sven bedankte sich für das außerordentliche Engagement der beteiligten Kolleg\*innen.

### Die Unsichtbaren

Unser Zweiter Vorsitzender Bodo Haß, tätig als Physiotherapeut – und somit Angehöriger der Berufsgruppe Pädagogisch-Therapeutisches-Personals (PTF) – an einer speziellen Sonderschule, musste zunächst seinem Ärger darüber Luft machen, dass im letzten Tarifabschluss des TV-L seine Berufsgruppe und auch die um höhere Einstufung kämpfenden Vorschulkolleg\*innen noch nicht einmal erwähnt worden seien. Und das, nachdem alle Betroffenen monatelang engagiert für eine bessere Eingruppierung gekämpft hätten.

Aber er beließ es nicht bei dieser Kritik, sondern machte auch



Kolleg\*innen bringen am 1. Mai ihren Protest auf die Straße

keinen Hehl aus der Unzufriedenheit, die der Vorstand insgesamt mit dem Tarifergebnis habe. Angesichts der Inflation käme das Ergebnis einem Lohnraub gleich! Mit Einmalzahlungen könne die Arbeitgeberseite zwar immer ein bisschen glänzen. Solche Gelder seien aber immer trügerisch, weil sie keinerlei Ansprüche in Hinblick auf Versorgungsleistungen auslösten. Darüber hinaus sei es für uns als Gewerkschafter\*innen eigentlich nicht hinnehmbar, dass es Mitglieder gebe, die leer ausgingen, da ja diese Einmalzahlungen als Argument benutzt werden, um das Prozentergebnis zu drücken. Damit nahm er indirekt Bezug auf die Kritik, die ein Kollege an der Politik der GEW in Sachen Tarifergebnis geäußert hatte (s. hlz 3-4/2022, S. 14). Ja, so Bodo – bezogen auf diesen Beitrag – die GEW hätte auch öffentlich früher und pointierter auf das schlechte Ergebnis reagieren sollen. Er konnte dazu allerdings beschwichtigend anmerken, dass die Hamburger GEW das Ergebnis in der Bundestarifkommission abgelehnt hatte. Trotz alledem, so Bodo, sei nicht alles schlecht gewesen. Viele Kolleg\*innen seien auf der Straße gewesen, u.a. am 18.11. bei einem Schulstreik mit immerhin 1000 Beteiligten! Und er erwähnte an dieser Stelle positiv auch das kämpferische Auftreten der Student\*innen, das – zwar (noch) erfolglos – das Thema Tarifvertrag für studentische Hilfskräfte deutlicher in die Öffentlichkeit gebracht habe.

### Wind von vorn

Von diesen Auseinandersetzungen habe sie, unsere Erste stellvertretende Vorsitzende Yvonne Heimbüchel, natürlich etwas mitbekommen, da sie sich dank der modernen Kommunikationstechniken auch in Übersee auf den Laufenden halten konnte. Aber sie sei ja, wie sie in mehreren Interviews den Mitglie-



**Kollege Manfred Gedai aus dem Kita-Bereich beklagt die desaströse Bezahlung der Teilzeit arbeitenden Kolleg\_innen im Rahmen der ganztägigen Betreuung an den Schulen (GBS)**

dern dargestellt habe, durch ihre Atlantiküberquerung mit dem Projekt »Klassenzimmer unter Segeln« mit ganz zentralen pädagogischen Herausforderungen konfrontiert gewesen.

Sie dankte an dieser Stelle noch einmal allen in der GEW Beteiligten, die ihr dieses erlebnispädagogische Abenteuer möglich gemacht hätten. Sie sei sich sicher, dass sie dies nicht nur individuell gestärkt habe, sondern ein Teil der gewonnen Kraft und Erfahrung auch der GEW zu Gute komme. Sie sei auf jeden Fall bereit, im Umgang mit der BSB dafür zu sorgen, dass diese genügend Wind von vorn kriege.

### Auf zu neuen Ufern

Diesen Wind von vorn gegenüber dem Arbeitgeber zu entfachen, war denn eigentlich auch das Ziel, das sich die bisherige hlz-Redaktion gesetzt hatte. Nicht, dass man sagen wolle, nur eine hlz, über die sich der Senator ärgere, sei eine gelungene Ausgabe, aber so sei es nun mal genuin angelegt, dass aus einem objektiven Interessensgegensatz heraus, Konflikte mit dem Dienstherrn die Kommunikation beherrschten. So oder so ähnlich hatte der Redaktionsleiter Joachim Geffers, der ja zugleich

hier die Rolle des Chronisten übernommen hat, seinen Beitrag begonnen, indem es einerseits um einen Rückblick auf ein Vierteljahrhundert Redaktionsarbeit ging, der aber gleichzeitig einen Ausblick auf Zukünftiges leisten sollte. Beides musste wegen der fortgeschrittenen Zeit kurz ausfallen und so konnte er, beginnend mit dem PISA-Urknall bei der Übernahme der Redaktionsleitung im Jahr 2000, für die nachfolgenden Jahre auf die bereits zum damaligen Zeitpunkt in Arbeit befindlichen Jubiläumsausgabe (5-6/2022) verweisen, die Auskunft und Rechenschaft ablege über das, was die Redaktion – und bleiben wir sprachlich ein bisschen provokant –: als kollektiver Agitator und Organisator imstande gewesen sei, für die GEW zu leisten.

Dass das immer auch ein Gemeinschaftswerk war, wurde noch einmal deutlich, als der Redaktionsleiter die Namen von Manni Heede, Wolfgang Svensson und Susanne Berg nannte, ohne die das Ganze, wie er sich ausdrückte, nicht zu denken gewesen wäre, wobei er nicht unerwähnt ließ, dass es die Arbeit und die Fotos von Stefan Gierlich gewesen seien, die dazu beigetragen hätten, dass die hlz

zunehmend lesefreundlicher geworden sei. Alle Genannten waren mehr oder weniger die gesamten 22 Jahre dabei, was nicht heißt, dass diejenigen, die kürzere Zeit mitgearbeitet haben, nicht ebenso ihre Spuren hinterlassen hätten. (s. hierzu Jubiläumsausgabe auf den Seiten 154-175). Wichtiger als der Rückblick auf diese Jahrzehnte von lebendigen, oft auch zähen Auseinandersetzungen, mithin schlechten oder gar nicht geschlafenen Nächten war dann allerdings der Blick nach vorn. Und der gestaltete sich eindeutig als hell: Es war der Redaktion gelungen,

Nachfolger\*innen zu finden, die ihrer Meinung nach in der Lage seien, das Projekt weiterzuführen. Es wäre vermessen und arrogant zu sagen ›in unserem Sinne‹. Aber alle Gespräche ließen darauf schließen, dass der von der bisherigen Redaktion gepflegte Geist in einer Weise fortgeführt würde, der, angetrieben von den Ungerechtigkeiten, die unserem Gesellschaftssystem inhärent sind, auf ein gerechteres Ziel ausgerichtet ist.

Antje Géra, die zusammen mit Mark Lückhof und Sebastian Schreull diese Aufgabe übernehmen will, konnte in ihrer Vor-

stellung die Delegierten genau davon überzeugen. Das Wahlergebnis bestätigte dies: Bei einer Enthaltung wurden die drei Kandidat\*innen von allen Delegierten gewählt. (Vgl. hierzu auch die Vorstellung der neuen Redaktion in hlz 3-4/22, S. 72f) Die Delegierten spendeten nach dieser Wahl sowohl der alten wie der neuen Redaktion üppigen Applaus.

### **Frieden schaffen ohne Waffen**

Dem Chronisten erschien dies ganze Geschehen, wohl auch, weil er persönlich involviert war, wie im Zeitraffer. Das sollte sich

### **Aus Delegiertensicht**

Die ausscheidende Redaktion wurde mit Standing Ovation verabschiedet. Das war mehr als ein freundlicher Akt. Es war ein Ausdruck unseres starken Bedürfnisses euch zu danken, euch zu danken für die tolle, engagierte und kompetente Arbeit all die Jahre. Die jetzt vorliegende Jubiläumsausgabe ist ein großartiges Abschiedsgeschenk und der Höhepunkt eurer Arbeit. Für mich ist die hlz eine gefühlte Ewigkeit mit euren Namen verbunden. Jochen z.B. war seit 25 Jahren dabei und davon 22 Jahre Schriftleiter. Ihr habt eure Arbeit nicht auf Arbeitnehmer\*inneninteressen, auf

originäre gewerkschaftliche Themen beschränkt. Ihr habt immer auch allgemeinen politischen und gesellschaftlichen Themen Raum gegeben und damit das politische Mandat der Gewerkschaft wahrgenommen.

Und nicht zu vergessen, ihr habt den innergewerkschaftlichen Diskurs sowohl aufgenommen als auch eingeleitet. Nochmal ein herzliches Dankeschön und für die neue Redaktion gutes Gelingen.

ILONA WILHELM

Pressesprecherin unseres Landesverbandes von 1996 bis 2005, davon zeitgleich stellv. Vorsitzende von 1999 bis 2005



**Applaus für die frisch gewählte Redaktion (links Antje Géra, Mark Lückhof, rechts Sebastian Schreull); Standing Ovation für die alte Redaktion (v.l.n.r.: Jason Tsiakas, Manni Heede, Wolfgang Svensson, Joachim Geffers)**

nachmittags fortsetzen. Da ging es zunächst um ein höchst strittiges Thema: Sollte sich die GEW an einem von friedenspolitischen Akteur\*innen und Verbänden geplanten Russell-Tribunal (s. Kasten) beteiligen? Zusätzliche Brisanz erhielt das Thema, weil ein diesbezüglicher Antrag auf der Landesvorstandssitzung vor diesem Gewerkschaftstag keine Mehrheit erhalten hatte. Der Antrag komme zur Unzeit angesichts des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine, so das wohl entscheidende Argument, das zur Ablehnung geführt hatte. Auch dass der DGB-Hamburg seine Unterstützung versagt hatte, spielte wohl eine Rolle.

Die Antragsteller\*innen, in diesem Fall unsere Kolleg\*innen aus dem Ausschuss für Friedensbildung, wollten sich aber nicht damit zufriedengeben. Sie konkretisierten deshalb ihre Forderung in Hinblick auf die Unterstützung und Kooperation mit dem geplanten Tribunal bezogen auf das Bildungsprogramm. Diesmal konnten diejenigen die Delegierten überzeugen, die die Position vertraten, dass es nicht angehen könne, dass man wegen des Krieges bereit sei, auf friedenspolitische Forderungen zu verzichten, sondern gerade deswegen verstärkt Anstrengungen unternehmen müsse, das geplante Tribunal zu unterstützen. Mit einer deutlichen Mehrheit wurde der Antrag angenommen.

### Kein Jahrhundertprojekt

Angenommen wurden im Folgenden noch drei Anträge, die wie der Antrag zur Unterstützung des Russell-Tribunals nicht nur einen gewissen Diskussions-, sondern auch Erklärungsbedarf erforderten. Hintergrund waren u.a. die Personalplanungen der letzten Zeit, die auf Skepsis bis Ablehnung gestoßen waren, weil mit ihnen die einmal festgelegte und festgeschriebene Grenze in der Satzung unseres Landesverbandes, nicht mehr als



**Hartmut Ring – Mitglied AG Friedensbildung – warb für die Unterstützung der GEW für das Bildungsprogramm im Rahmen des geplanten Russell-Tribunals gegen Waffenexporte**

50 Prozent der Einnahmen für Personalausgaben auszugeben, überschritten gewesen wäre. Die Reaktion darauf war die Einsetzung einer Arbeitsgruppe, der wiederum eine professionelle Unterstützung in Sachen Organisationsentwicklung (OE) zur Seite gestellt wurde. Zunächst wurde ein erster Überblick, was eine professionelle Expertise zu leisten imstande sei, den Delegierten per Videobotschaft nahegebracht, der danach zusätzlich von einem Vertreter dieser unabhängigen Gruppe vor Ort detaillierter erläutert wurde. Das Ziel sei, wie es in der Begründung heißt, mehr Mitglieder zu gewinnen, um so auch den Organisationsgrad zu steigern. Darüber hinaus gelte es, mehr Teilnehmer\*innen von der Notwendigkeit bzw. Sinnhaftigkeit von Mitarbeit in Fachgruppen, AGs und Referaten zu überzeugen. Dies gelte nicht zuletzt auch für die Ansprache der Mitglieder mit dem Ziel, in den Betriebsgruppen wieder aktiv zu werden. Ein Dissens hatte sich ergeben, als in dem ursprünglichen Antrag davon die Rede war, die Unabhängigkeit der hlz-Redaktion infrage zu stellen. Die entsprechenden Formulierungen waren zu einer Zeit entstanden, als noch nicht klar war, ob sich

eine Nachfolgereaktion fände, die auf der Grundlage des gültigen Redaktionsstatuts\* die Arbeit weiterführen würde. Auf Antrag wurden diese Passagen gestrichen. Eine Abstimmung war nicht notwendig, da die Antragsteller diese Änderungen akzeptierten.

Mit einigen Gegenstimmen und Enthaltungen wurde das Papier angenommen. Wie es im Beschluss heißt, wird es fortan eine Projektgruppe Organisationsentwicklung geben, in die jedes Mitglied aufgenommen werden kann; sie soll eng mit dem Personal der externen Begleitung zusammenarbeiten. Der hierdurch eingeleitete Untersuchungsvorgang und Diskussionsprozess soll dazu führen, dass erste Ergebnisse auf dem Gewerkschaftstag im Frühjahr 2023 vorgelegt werden können. Auf der Grundlage dieser Ergebnisse soll es dann, wie es heißt, einen »Beschluss über zu startende Veränderungsprojekte (inkl. Kosten)« geben, deren Ergebnis-

\*So heißt es im Redaktionsstatut vom 28.2.1977 in §5 zu den Aufgaben der Redaktion: »Der redaktionelle Teil der HLZ wird von der Redaktion formal und inhaltlich [...] selbständig gestaltet.« Diese Formulierung entspricht dem Geist der Satzung von 1922.

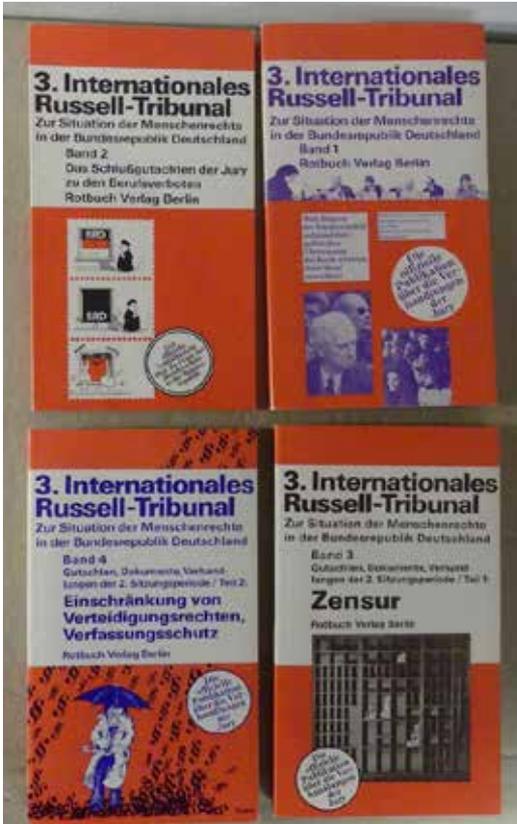
## Geschichte des Russel-Tribunal

»Das erste Russell-Tribunal, auch unter der Bezeichnung Vietnam War Crimes Tribunal (dt. „Vietnam-Kriegsverbrechen-Tribunal“) bekannt, wurde 1966 von dem britischen Mathematiker, Philosophen und Literaturnobelpreisträger Bertrand Lord Russell sowie Ken Coates und weiteren Beteiligten unter dem Dach der Bertrand Russell Peace Foundation (Bertrand-Russell-Friedensstiftung) ins Leben gerufen. Ziel des Tribunals war die Untersuchung und Dokumentation US-amerikanischer Kriegsverbrechen im Vietnamkrieg nach 1954.«

Ein weiteres Russell-Tribunal 1977 »über die Situation der Menschenrechte in der Bundesrepublik Deutschland wurde zunächst durch eine öffentliche Kampagne gegen den sog. Radikalenerlass und die angebliche politische wie soziale »Repression« in der Bundesrepublik angelegt. Ihre wichtigsten Initiatoren gehörten dem Sozialistischen Büro an« (aus: <https://de.wikipedia.org/wiki/Russell-Tribunal>; abgerufen am 31.5.22. Im Rahmen der Durchführung des Tribunals kam es innerhalb des Unterstützerkreises zu Auseinandersetzungen, JG; vgl. Wikipedia a.a.O.).

Informationen zum geplanten Hamburg Tribunal in Kooperation mit der Bertrand Russell Peace Foundation zu den von Hamburg ausgehenden Waffenexporten und zur Auseinandersetzung mit dem Landesvorstand finden sich in hlz 3-4/22, S. 38/39.

**Das Bildungsprogramm des Hamburg-Tribunals findet sich unter [www.hamburg-tribunal.org/de/education.html](http://www.hamburg-tribunal.org/de/education.html)**



Antiquarisch noch zu erhalten

se wiederum ein Jahr später zu einer wie es heißt »Zwischenbilanz (mit) ggf. Aufträge(n) zur Weiterarbeit« führen sollen.

### Professionalisierung

Weniger langfristig angelegt dagegen war ein Antrag, der die Schaffung einer Stelle zwecks Professionalisierung der künftigen Presse- und Öffentlichkeitsarbeit unseres Landesverbands zum Gegenstand hatte. Die durch die in den letzten Jahrzehnten stattgefundenene Digitalisierung, die zu grundlegenden Veränderungen gerade auch in diesem Bereich geführt hat, verlange eine adäquate Antwort, die nicht mehr wie in der Vergangenheit

eher nebenbei durch eine\*n stellvertretenden Vorsitzenden wahrgenommen werden könne, so der Tenor des Antrags. Zwar seien in den letzten Jahren durch Homepage und Newsletter bereits digitale Informationskanäle geschaffen worden, auch auf Twitter und Facebook sei man präsent, man sei aber noch weit von einer umfassenden digitalen Kommunikationsstruktur entfernt. »Mittelfristig«, so heißt es im Antrag, »muss die Digitalstrategie insbesondere im Umgang mit *social media* und Veränderungen im Vernetzungsverhalten (Stichwort Messenger-Dienste; gezielte Einzelsprache zu bestimmten Themen) weiterent-

wickelt werden.« Dies alles sei aber auch gerade in Hinblick auf die geplante OE-Entwicklung von zentraler Bedeutung. So heißt es: »An der Schnittstelle der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit kann daher ein wichtiger Beitrag zur effektiven und besseren Vernetzung der Aktiven in den Gruppen und Gremien geleistet werden. Zugleich können neue oder bisher weniger aktive Mitglieder durch eine erweiterte Kommunikationsstrategie für konkrete Projekte gewonnen und zu einer stärkeren Mitarbeit in den Betriebs- und Fachgruppen angeregt werden.«

Der Antrag zur Schaffung einer dauerhaften 75 %-Stelle für

diesen Aufgabenbereich wurde angenommen, nachdem auch verschiedene Redebeiträge, insbesondere von jüngeren Delegierten, auf die Notwendigkeit einer offensiven Vorgehensweise hinwiesen.

### Heilige Kühe

Ob es nun mit der bereits eingeschränkten Aufnahmefähigkeit der Delegierten durch die fortgeschrittene Inanspruchnahme der Aufmerksamkeit durch die beschriebenen ja nicht unterkomplexen Themen zusammenhing oder der Gegenstand aufgrund der zu erwartenden politischen Auseinandersetzung aufgrund vieler interner Diskussionen im Vorhinein sich immer mehr ausdifferenziert hatte, ist im Nachhinein wohl nicht mehr eindeutig zu beantworten. Tatsache war, dass die Antragsteller, in diesem Fall der Landesvorstand, sich alle Mühe gegeben hatten, vier Modelle zur Rotation und Amtszeitbegrenzung von Mitgliedern in Vorstandsämtern den Delegierten zur Wahl zu stellen. Aufbereitet in einer Art Matrix mit farblich markierten Hinweisen auf die Unterschiede der Vorschläge, sah man sich entsprechend gut vorbereitet. Diese den Delegierten in Papierform wie auch auf die Großleinwand des Curio-Hauses projiziert dargestellte Form steigerte aber das Bedürfnis Fragen zu stellen, die das Ganze zeitweilig eher unübersichtlicher machten, um nicht zu sagen: die gewünschte klare Orientierung drohte im Chaos unterzugehen. Aber wie es manchmal bei sich selbstheilenden Prozessen der Fall ist, bei denen man auch nicht genau sagen kann, was geholfen hat, schien eine dunkle Stimme aus dem Off dafür gesorgt zu haben, dass man sich nach einigem Hin und Her doch auf einen Vorschlag einigte, nicht zuletzt, weil sich alle vier Vorschläge nicht so sehr voneinander unterschieden. Keiner von ihnen stellte die Ro-



**Erzieher Tim Hansen, als Angehöriger der jungen Generation, warb vehement für den Ausbau der digitalen Medien unseres Landesverbandes**

tation oder die Begrenzung der Amtszeit generell infrage. In dem mit Mehrheit verabschiedete Beschluss heißt es nun: »Wird ein Landesvorstandsmitglied zum\*zur stellvertretende\*r Vorsitzende\*r oder zum\*zur 2. Kassenverwalter\*in gewählt, so darf sie bzw. er dieses Amt trotz vorheriger Vorstandsmitgliedschaft zwei Wahlperioden ausüben.« Das war bisher nicht so. Auf diese Weise ist es u.a. unserem jetzigen Vorsitzenden Sven Quiring möglich, der sein Kontingent von acht Jahren durch die bereits sechsjährige Mitgliedschaft im Vorstand als stellvertretender Vorsitzender bald ausgeschöpft gehabt hätte, noch zwei weitere Male für eine Wiederwahl zu kandidieren, wobei die gesamte Amtszeit in allen Ämtern 16 Jahre nicht überschreiten darf.

### Am Ende war man am Ende

Die geneigte Leser\*in ahnt, dass diese Klärungs- und Diskussionsprozesse den Delegierten nicht nur viel Konzentration abverlangt hatten, sondern dass auch das geplante Zeitbudget nicht nur nicht ausreichte, um sich mit noch weiteren Anträgen zu beschäftigen, sondern dass das geplante Ende der Veranstaltung bereits zeitlich überschrit-

ten war. Dabei war betont worden – und hierzu lag ein Antrag vor –, dass es insbesondere dringenden Diskussions- und Handlungsbedarf in Sachen Bildungspläne gebe. Die Verhandlung um diesen Antrag wurde somit zur Entscheidung an den Landesvorstand verwiesen. Mittlerweile gibt es einen diesbezüglichen Beschluss seitens des Geschäftsführenden Ausschusses (s. S. 43f dieser Ausgabe). Anträge zur Weiterbildung, zur Stärkung des Pädagogisch-Therapeutischen Personals (PTF) sowie zur Pensionsberechtigung wurden ebenfalls in den Landesvorstand überwiesen. Die hlz wird über die Ergebnisse berichten. Wenn man als Indikator für einen gelungenen Gewerkschaftstag die Zahl derjenigen nimmt, die vorzeitig die Veranstaltung verlassen haben, dann kann man von einem Erfolg sprechen: Es waren wenige! Wenn überhaupt, so war es nur die Luft im Großen Saal des Curio-Hauses, die schlecht war. Dies ist nicht atmosphärisch gemeint, sondern den vielen Delegierten geschuldet, die bis zum Schluss der Veranstaltung dieser ihre volle Aufmerksamkeit schenkten.

JOACHIM GEFFERS

# KRIEG & FRIEDEN

## STIMMUNGS- SCHWENK

hlz 3-4/2022, S. 38-39

Sehr geehrte Redaktion, ich habe im letzten Jahr einige Monate lang Unterschriften für die Volksinitiative gegen Rüstungsexporte durch den Hamburger Hafen gesammelt. Die Sammlung war bekanntlich erfolgreich. Für eine mögliche zweite Stufe hatte ich inzwischen die Aussichten als ungünstig eingeschätzt, weil ich befürchtete, dass angesichts des Ukraine-Krieges die Stimmung gegen Rüstungsexporte in der Bevölkerung umgeschwenkt sei. Ich hatte allerdings nicht damit gerechnet, dass der Vorstand meiner Gewerkschaft GEW ein Vorreiter für diesen Stimmungsschwenk sein würde. Ich bedauere sehr, dass hierbei auch noch Erwägungen, »angesichts des Ukraine-Krieges sei eine solche Veranstaltung nicht angemessen« oder gar; »man wolle den Hamburger Senat nicht auf der Anklagebank sehen«, geäußert wurden. Der Hamburger Senat sollte sich lieber nach der Präambel der Hamburger Verfassung richten. Da stehen die bindenden Anweisungen für eine Friedenspolitik.

LOTHAR ZIESKE (01.05.2022)

## KIPPPUNKTE I

hlz 3-4/2022, S. 3

Es gab einmal eine Zeit, in der die GEW unterdrückte bzw. bedrohte Völker oder Bevölkerungsgruppen solidarisch unterstützte. Das ist laut Geffers jetzt Geschichte. Wenn man den Krieg in der Ukraine und damit die Leiden

der Bevölkerung verkürzen will, darf man der Ukraine keine Waffen liefern!? Es wäre dann wohl konsequent, Waffen an Russland zu liefern, um jeden Widerstand der Ukraine schnell zu liquidieren.

Für die Zukunft gilt laut Geffers also: Bei Beginn militärischer Auseinandersetzungen braucht man nur festzustellen, wer vermutlich der Stärkere ist. Dann wird automatisch dem Schwächeren jede Hilfe verweigert, um die Leiden der Zivilbevölkerung zu verringern. Dass stets das Recht des Stärkeren gilt, kommt mir aus der NS-Zeit sehr bekannt vor. Natürlich kann der Vorstand nicht auf jeden Disput in der hlz eingehen.

Hier scheint mir aber ein grundlegendes Problem angesprochen zu sein.

Ich würde es deshalb begrüßen, wenn der Vorstand sich von dieser Geffer'schen These distanzieren könnte.

UWE KUNERT, Ruheständler  
(01.05.2022)

## PEACE FOR OUR TIME

hlz 3-4/2022, S. 3

Der Bundeskanzler wunderte sich, »Wer alles nach ein bisschen Googeln jetzt Experte ist für *Schwere Waffen*.« Im Offenen Brief von Alice Schwarzer u.a. wird davor gewarnt, daß solche *Schweren Waffen* den 3. Weltkrieg auslösen könnten (Emma, 29.4.22). *Schwere Waffen* sind die aktuelle Allegorie, an der sich Friedensfreunde und Kriegstreiber derzeit mit Identität aufladen. In der Realität (17.5.22) handelt es sich im we-

sentlichen um ein paar Dutzend Kettenfahrzeuge aus dem Kalte-Kriegs-Museum. Die »Experten« haben bis vor kurzem die Bundeswehr so zusammengespart, daß sie öffentlich den Mangel an eben jenem mythischen Gerät einräumen muss. Die Regierung hält derweil einen bemerkenswert vorsichtigen und überlegten Kurs.

Im Editorial meiner jüngsten Gewerkschaftszeitung (HLZ 3-4/2022) zeigt sich Joachim Geffers alarmiert und entrüstet: über die Krise im anti-militaristischen Konsens, über neue nationalistische Töne, über die geplante Erhöhung der Verteidigungsausgaben – »eine Kampf-ansage an alle, die bislang an eine friedliche Welt geglaubt haben.«

Nach 1945 war der Bundesrepublik eine beispiellose Weltsekunde von Frieden und Wohlstand zugefallen. Sehr lukrativ, die Friedensdividende, in cash und in moralischer Selbstgefälligkeit. »Nie wieder Krieg« – eine Maxime von bestürzender Schlichtheit, während ringsum, in gehörigem Abstand, Kriege in allen Varianten mehr Opfer forderten als der ganze Weltkrieg II.

Am 30. September 1938 kehrte der britische Premier Chamberlain aus München zurück mit der erlösenden Botschaft: »Peace for our time!« England und Frankreich, Garantiemächte der Tschechoslowakei, hatten über deren Kopf die Sudeten an das Deutsche Reich abgetreten. Hitler hatte erklärt, er habe keine weiteren territorialen Forderungen in Europa. 5 Monate später rückten deutsche Truppen in Prag ein, 11 Monate später

wurde Polen überfallen. 1933 hatte das Deutsche Reich die Abrüstungskonferenz und den Völkerbund verlassen, in den folgenden Jahren jedes Abkommen und jeden Vertrag gebrochen, mit wachsendem Appetit. Aller Welt wurde vor Augen geführt, wie Gewalt sich auszahlt. Kollektive Sicherheit bleibt Phrase, wenn die Nutznießer nicht entschlossen und in der Lage sind, sich zu verteidigen – militärisch, wie sonst? Lichterketten helfen nicht. Appeasement ist *die* Wunschkonstellation für Aggressoren. Es kostete 50 Millionen Tote und einen Kosmos an Schweren Waffen, um eine NS-Dystopie zu verhindern. Militär – sowjetisch, amerikanisch, britisch – setzte Auschwitz, Buchenwald und Bergen Belsen ein Ende.

Seit Jahren tritt das Putin-Regime jede Völkerrechtsnorm mit Füßen, nicht zu reden von der Barbarei im Innern. Geffers ist das nicht eine Silbe wert. Bei allem Zank um dies und jenes – ein Tabu ist seit 1945 ins europäische Bewusstsein graviert: Streitfragen, vor allem territoriale, dürfen nie mehr mittels Krieg »gelöst« werden. Welche Augenöffner braucht es noch?

»Diplomatie« wird gefordert, »sofortiger Waffenstillstand«, »ein für beide Seiten akzeptabler Kompromiss« (Schwarzer u.a.). Hat nicht der Bundeskanzler 4 Stunden an jenem weißen Tisch im Kreml ausgehalten? Ist nicht unlängst der UN-Generalsekretär in Moskau herablassend abgefertigt worden? Die Ukraine hat immer wieder einen Waffenstillstand angeboten. »Ein für beide Seiten akzeptabler Kompromiss«? Die Ukraine brauchte nur den Donbas, die Krim und ihre Küste abzutreten, einfach: sich aufzugeben, dann dürfte die FaschistenClique in Kiew vielleicht noch ein Weilchen ihre Drogen genießen.

Vielleicht sollte Deutschland die Initiative ergreifen und nach München einladen? Daß die »Spezialoperation« scheitern könnte, ist nicht denkbar ohne den offenbar geschlossenen und entschlossenen ukrainischen Widerstand. Daß dieser allmählich eine echte Chance bekommen könnte, wäre nicht möglich ohne die westliche Unterstützung. Für die NATO wäre eine direkte Konfrontation der Worst Case, sie will unter keinen Umständen Kriegspartei werden, das hat sie immer wieder erklärt, hält sich strikt daran (Flugverbotszone). Hätte der Westen die Ukraine nicht unterhalb dieser Schwelle unterstützt, würde sich die »Spezialoperation« jetzt wohl ihrem schlimmen Finale nähern, mit zwei, drei, vielen Mariupol. Die NATO hätte aller Welt ihre Ohnmacht vor Augen geführt. Wie verlockend für P., im nächsten Schritt den Ostrand der NATO selbst einmal direkt an zu graschen? Inzwischen erscheint es nicht mehr ausgeschlossen, daß die Ukraine eine erfolgreiche Gegenoffensive zu Stande bringen könnte. Dann, erst dann, hätten Kiew, die NATO, der Westen Gelegenheit, alle möglichen Fehler zu begehen. »Längere konventionelle Schlachten in der dicht besiedelten Bundesrepublik würden »die Substanz dessen zerstören, was verteidigt werden soll.« Aus dem Weißbuch des Verteidigungsministeriums 1975/76, zitiert von Jakob Augstein (der Freitag, 12.5.22). In der Ukraine zertrümmert der Aggressor seit 3 Monaten vor laufender Kamera jede Menge Substanz, wie sie das Weißbuch meint. Offenbar ist den ukrainischen Verteidigern eine andere Art Substanz ihr Leben wert – Menschenwürde? Recht? Selbstachtung?

Man hätte das System Putin gerne für einen vorübergehenden Anachronismus gehalten.

Tatsächlich folgt es dem Muster einer trendigen Dystopie mit großem Potential und zahlreichen Followern, von Korea bis Brasilien (im Standby: die softe Version à la Silly-con-Valley). Der kluge Zyniker Talleyrand bemerkte seinerzeit zu Napoleons Gewaltpolitik, sie sei zwar unmoralisch, tatsächlich aber viel schlimmer, nämlich falsch. Beschwichtigung gegen Gewalt? Gottseidank wird das so oft gefloppte Stück – *Appeasement Reloaded* – bisher nicht reinszeniert.

VIKTOR HERT (17.05.2022)

## KIPPPUNKTE II

hlz 3-4/2022, S. 3 & S. 38-39

**Wie der Ukraine gegen Putins Angriffskrieg wirklich helfen? Ein Widerspruch zu Joachim Geffers »Kippunkte« und Willi Bartels »Es gibt sie noch«**

Weit davon entfernt bin ich, mich bei den Vielen unterhaken zu wollen, die nicht nur ihre Distanz zu militärischer Macht gänzlich aufgegeben haben, sondern für die es heute geradezu unmoralisch erscheint, nicht wie ein Feldherr zu reden.

Auch für mich gilt, dass trotz Putins Angriffskrieg der biblische Appell »Schwerter zu Pflugscharen« als Menschheitsvision nicht geschreddert werden muss. Jedoch heute noch die Welt vom Ideal friedlicher Konfliktlösung aus betrachten zu wollen, offenbart eine himmelschreiende Realitätsverweigerung. Das gilt auch für ein unerschüttertes Festhalten an dem sattsam bekannten Nato-Bashing, habituellem Anti-amerikanismus und radikalem Pazifismus.

Die Leichtigkeit allerdings, mit der in Teilen der Öffentlichkeit diejenigen für ihr Plädoyer zugunsten eines moderaten Kurses der Bundesregierung diffamiert und mit der ihre Warnung vor der Gefahr eines Atomschlags

als bloße Putin-Propaganda denunziert worden sind, ist meine Sache nicht. Folglich ist es für mich auch gar keine Frage, dass der Vorwurf deplatziert ist, dem in der Süddeutschen Zeitung veröffentlichten Aufsatz von Jürgen Habermas mangle es an intellektueller Redlichkeit. Gleiches gilt auch für den von dem Rechtsphilosophen Reinhard Merkel mitverfassten offenen Brief der 28. Allerdings ist angesichts der brutalen, grausamen, mörderischen Kriegsmaschinerie Putins, der bestialischen Verbrechen seiner Armee auch an der Zivilbevölkerung (wie den auf Treibjagd Ermordeten, Massenvergewaltigungen, Massendeportationen), den strategischen Aushungerungen und der Zerbombung von Wohnhäusern, Schulen, Krankenhäusern nicht zu verstehen, worauf sich Hoffnungen von Habermas und der 28 Erstunterzeichner für Verhandlungen, Waffenstillstand und Frieden überhaupt noch gründen sollen. Deshalb überzeugt mich letztlich ein Teil von Habermas' Schlussfolgerungen nicht. Und auch zu den Antworten der 28 befinde ich mich daher im Dissens. Dass ich mit dieser Haltung zentrale Positionen in Joachim Geffers' ›Kippunkte‹ und in Willi Bartels ›Es gibt sie noch‹ nicht teile, ist dann fast zwangsläufig. Joachim stellt zwar fest, dass das nationale Recht der Ukraine auf Selbstverteidigung ›ungebrochen‹ gilt und er es ›nicht infrage stellen‹ will. Sich dann aber die Moral Richard David Prechts zu eigen zu machen, impliziert unausgesprochen, die Ukraine möge sich mit Pflugscharen verteidigen und läuft darauf hinaus, die Tyrannei zu akzeptieren. Schlimmer noch. Jürgen Habermas, die 28 Erstunterzeichner, Joachim Geffers und Willi Bartels ermöglichen einem kriminellen, skrupellosen Despoten

und Verbrecher im Ausmaß Putins im Umgang mit einem bündnislosen Nicht-Atomstaat die eigene nukleare Eskalationsdominanz sogar noch als Schutzschild zu missbrauchen, um mit der terroristischen Zweckentfremdung der eigenen Staatsgewalt ein (ungewollt!) bündnisloses Land in den Genozid und Exitus zu treiben. Ist es da für demokratisch legitimierte Verfassungsstaaten nicht gerade moralisch geboten, sich Putins Vernichtungswillen mit rechtsstaatlich gezähmter Staatsgewalt entgegenzustellen? Ja, auch jetzt noch mit rechtsstaatlich gezähmter Gewalt, aber eben mit Gewalt. Gegen Krieg als Mittel zur Erreichung moralischer Ziele zu sein und dennoch gerade aus moralischen Gründen in diesem Fall den Einsatz militärischer Gewalt für unvermeidlich zu halten, für mich ist das kein Widerspruch.

HERBERT ANKENBRAND  
(31.05.2022)

## ›DIE WAHRHEIT STIBT ZUERST‹ hlz 3-4/2022

Vorab meinen Dank dem ausgedienten Redaktionsteam, für die Möglichkeit, sich auch in der hlz mit Grundsätzlichem zu befassen. Doch teile ich die Begründung für die Ablehnung des eingereichten Ukraine-Artikels nicht, die mich zu diesem Leserbrief veranlasst. Der neuen Redaktion wünsche ich gutes Gelingen bei der zukünftigen Erstellung der hlz, die sich als ›Mitgliederzeitung‹ versteht und damit gesellschaftliche Widersprüche, die bekanntlich bis ins Erziehungswesen reichen, weiterhin kritisch begleiten sollte!

### Über Kriegsgründe nachdenken!

Ich halte es da schon eher mit dem Motto des Liedermachers

C. Wecker ›Schon Schweigen ist Betrug!‹, erst recht ›Zensur‹ (hlz 3-4/22, 34), besonders in Vorkriegs- oder gar Kriegzeiten! Ein Verzicht, ›die Debatte inhaltlich zu führen‹, scheint wohl eher eine Konzession an den Vorstand zu sein. Ist das jetzt ein ›Paradigmenwechsel‹ (38 ff.), bei dem die ›antimilitaristische Position‹ (3) des LV ihr Ende findet? Bedingt durch die Weigerung einer Mehrheit des Vorstandes, unterstützt die GEW das demnächst stattfindenden ›Russell-Tribunal‹ – u. a. mit dem Thema ›Waffenexport über den Hamburger Hafen‹ – nicht, mit der Begründung ›man wolle den Hamburger Senat nicht auf der Anklagebank sehen‹ (S. 39). Warum eigentlich nicht, möchte man fragen, wenn doch Deutschland bei den Rüstungsexporten immer einen der vorderen Spitzenplätze beim Verkauf von Tötungsmitteln eingenommen hat, die im Einsatz für unzählige Opfer und massenhafte Zerstörung von sachlichem Reichtum verantwortlich sind. Was ist aus dem Vorhaben geworden, die Welt ›im emanzipatorischen Sinne zu beeinflussen‹ (hlz 5-6/22, 3), wo ›um [solche] gewerkschaftliche Positionen‹ (138) noch argumentativ gerungen wird? Warum also nicht darüber nachdenken, welche Interessen und Gegensätze zwischen und auch in den Staaten unterwegs sind, die immer wieder dazu führen, das äußerste ›Mittel der Politik‹ einzusetzen? Mit einem der hohen Güter der Demokratie, der Meinungsfreiheit, sieht es dann so aus, RT wird europaweit abgeschaltet, genauso wie der Grundsatz ›Keine Waffen in Kriegsgebiete zu liefern‹ gecancelt wird. Gegen den Krieg anzuschreiben, gilt dann bei einigen schon als so etwas wie Landesverrat. Google will ›bestimmte Meinungen zum Einmarsch Russlands in die Ukraine nicht

mehr tolerieren« (MintPress News, 20.4.), dazu entwickeln sich Facebook und Twitter, mal als Alternativmedien gepriesen, »zunehmend [zum] integrale[n] Bestandteil der ... nationalen Sicherheitsbemühungen der USA.«

### Der Krieg muss weitergehen

Der Präsident der Ukraine hat kürzlich »das Kriegsrecht und die allgemeine Mobilmachung um weitere 90 Tage« (sueddeutsche.de, 19.5.) bis Ende August bekanntgegeben, »um in Ruhe zu agieren« – leider beim Fortgang des Gemetzels. Also wird weiter fürs »Vaterland« gestorben. Für alle die, »die den Staat verteidigen«, wohlbemerkt, nicht ihr Interesse am Überleben mit ihren Lieben ist maßgeblich. »Die Freiheit hat ihren Preis!« (Außenministerin Baerbock). Was im normalen Leben verboten ist, ist im Krieg eingepreist, dem Feind nach dem Leben trachten. Die Menschen sind als Mittel und Material dieser Art von Gewalt vorgesehen. Wer (wie die Männer in der Ukraine zwischen 18 und 60 Jahren) mit Frau und Kind dem Kriegselend entfliehen will und an der Grenze gestellt wird, dem drohen bis zu 10 Jahren Gefängnis. Ganz im Sinne der Weltmacht USA, deren Außenminister als Kriegsziel für die Ukraine ausgibt: »Wir wollen, dass Russland so weit geschwächt

wird, dass es zu etwas wie dem Einmarsch in die Ukraine nicht mehr in der Lage ist« (tagespiegel.de, 27.4.). Mittlerweile – nach verschiedenen Eskalationsstufen – beginnend mit der Lieferung von Stahlhelmen und einem Feldlazarett aus Deutschland, ist die herrschende Politik sich einig, »schwere Waffen« (Haubitzen...) zu liefern. Kanzler Scholz fordert nun auch vehement: »Putin darf nicht siegen« (ndr.de, 25.5.); es gälte, ihm klarzumachen, »dass es keinen Diktatfrieden geben wird.« Seine Befürchtungen, dass der Krieg in einen »Atomkrieg« (spiegel.de, 22.4.) münden könnte, ordnet der deutsche Kanzler jetzt wohl etwas anders ein. Die NATO rüstet die Ukraine mittlerweile mit modernsten Waffen aus, was die USA schon Jahre vor dem Einmarsch Russlands in die Ukraine veranlasst haben. Doch die NATO betont gebetsmühlenhaft, sie sei keine Kriegspartei, ließe sich auch nicht von der Ukraine in einen Krieg hineinziehen, liefert allerdings modernste Waffentechnik im Wert von Milliarden Dollar und die EU hat mit den Wirtschaftssanktionen eine weitere zerstörerische Waffe im Einsatz. Die Eskalationsspirale wird vom Westen in die Höhe getrieben, Selenskij will, wie zu Beginn des Krieges, nicht mehr verhandeln. Dagegen ist Heldenverehrung der

getöteten Kämpfer tagtäglich zu vernehmen, gleichzeitig gibt es den Befehl der sofortigen Erschießung von Desserteuren. Den Preis zahlt die ukrainische Bevölkerung, von ultrarechten und faschistischen Kräften als Schutzschild missbraucht, damit auch den Angriffen Russlands ausgesetzt; im Häuserkampf Mann gegen Mann auf beiden Seiten verheizt, soll letztendlich der Sieg gegen den »feindlichen Aggressor« erreicht werden. Kein Wort mehr von Neutralität und Entmilitarisierung, die Russen sollen mit dieser Doppelstrategie »vertrieben« werden ... Es gibt keinen Grund für eine der Kriegsparteien, moralisch Partei zu ergreifen. Ohnmächtig stehen Frau und Mann dem hoheitlichen Handeln der Politik gegenüber. Den Schaden haben die beteiligten Völker auszubaden. Kriegsgerät hat seinen Preis – 100 Milliarden sind zu finanzieren –, es ist also damit zu rechnen, dass die »dauerhafte, sich in Folge der Aufrüstung ... perspektivisch sogar noch verschärfende Unterfinanzierung des öffentlichen Dienstes« (jungewelt.de, 30.5.) eintritt. Gegen das »Sterben, auch der Wahrheit« im Krieg sollte vehement in der hlz angeschrieben werden!

FRANK BERNHARDT,  
im Ruhestand (07.06.2022)

## Gesund in den Ruhestand!

Wir bieten euch an, in einem persönlichen Gespräch u.a. über folgende Fragen zu informieren:

- Wie kann ich meine Gesundheit erhalten und stärken? Inwieweit kann ich dabei die Unterstützung durch Einrichtungen der Behörden erwarten?
- Wie und wo kann ich die Feststellung einer Schwerbehinderung beantragen?
- Wann kann ich in den Ruhestand gehen?
- Habe ich meine rentenrechtlichen bzw. versorgungsrechtlichen Zeiten geklärt?
- Wie berechnet sich meine Altersversorgung?

Die GEW bietet in ihrer Geschäftsstelle, Rothenbaumchaussee 15, eine kostenlose persönliche Beratung zu diesen und ähnlichen Fragen an. **Die nächsten Termine finden am Dienstag, 23.08.2022, 15-17 Uhr statt.** Das Angebot richtet sich sowohl an Arbeitnehmer\*innen als auch an Beamt\*innen.

KARIN HUFERT, ehrenamtliche Beraterin, Mitglied der GEW

# Garantien oder aufgeschobene Richtungskämpfe?

Zum 22. DGB-Bundeskongress

›Zukunft gestalten wir‹ – der 22. DGB-Bundeskongress stand unter einem Titel mit Anspruch. Wir waren nicht dabei, finden aber, dass hier trotzdem genau hinzuschauen ist: Angesichts der sich gegenwärtig beängstigend schnell vollziehenden Militarisierung der Außenpolitik, der noch lange nicht überwundenen Corona- und der allgegenwärtigen Klimakrise ist doch nicht unerheblich, wie sich der Gewerkschaftsbund zu den großen Fragen dieser Zeit positioniert. Hinzuschauen ist auch, wie diese Positionierung errungen wird, welche Debatten hierzu geführt oder eben auch nicht geführt, welche Fragen gestellt oder vielmehr nicht gestellt, welche Forderungen formuliert oder ignoriert werden.

Nun, wie gesagt, wir waren nicht dabei, möchten aber dennoch zwei Schlaglichter auf das Geschehen(e) werfen beziehungsweise werfen lassen. Der erste Beitrag von der AG-Kongressbeobachtung des express widmet sich aus einer kritischen gewerkschaftspolitischen Perspektive eher den verpassten Gelegenheiten und Fragen. Der zweite Beitrag aus der Soli aktuell identifiziert aus einer optimistischeren Binnenperspektive die ergriffenen Gelegenheiten der Gewerkschaftsjugend, darunter ein Gesetzesvorschlag zur Ausbildungsgarantie. Alle Hoffnung auf die Jugend also? – Das bringt uns zurück zum Kampffeld der GEW: der Hamburger Bildungspolitik, damit direkt zu unserem anschließenden Beitrag. Dieser zeigt, wie die Schönrechnungen des Senats ein bildungspolitisches Versagen zu kaschieren suchen: Die von der DGB-Jugend mit Nachdruck geforderte Ausbildungsgarantie wird in Hamburg seit 10 Jahren gebrochen! (Red.)

## Inhaltlich – Unerheblich

Die AG Kongressbeobachtung des express zum DGB-Bundeskongress 2022

Insgesamt 400 Delegierte nahmen am DGB-Bundeskongress 2022 teil. Mit 146 (IG Metall) und 127 (ver.di) Mitgliedern waren die beiden größten Gewerkschaften am stärksten vertreten. Während die IG BCE 42 Delegierte entsandte und die GEW 21, lagen die Delegiertenzahlen von IG Bau, NGG, EVG und GdP im Bereich von 15 bis 18 Teilnehmer\*innen. Der Altersdurchschnitt war mit 50,5 Jahren typischerweise hoch. Der Frauenanteil lag leider nur bei 41 Prozent, 2017 lag er mit 44 Prozent noch etwas höher.

›Unerheblich‹ – gibt es ein verheerenderes Fazit, das man inhaltlich aus fünf Tagen DGB-Bundeskongress ziehen kann, also fünf Tagen, in denen vergleichsweise viel Zeit und damit

eine gute Chance auf relevante, auch strittige Auseinandersetzungen mit den großen Fragen von Gegenwart und Zukunft bestanden hätte? Wohl kaum.

Ja, es gibt mit Yasmin Fahimi zum ersten Mal in der langen Geschichte der Gewerkschaftsbewegung eine Frau an der Spitze. Das ist gut und war überfällig. Und ja, dass diese aufgrund ihrer eigenen iranischen Wurzeln eine besondere Sensibilität zeigt für die vielfältigen Benachteiligungen von Menschen mit Migrationshintergrund in Gesellschaft und Arbeitswelt, ist ebenfalls gut, gehörte allerdings nicht von vornherein zum Anforderungsprofil. Positiv stimmt uns in diesem Zusammenhang eine kleine Episode in ihrem Gastspiel als SPD-Generalsekretärin: Im Un-

terschied zum SPD-Vorsitzenden Gabriel hielt sie den zugewandten Dialog mit PEGIDA für falsch und hat diesen Dissens auch öffentlich vertreten.

Aber auch die Personalauswahl war eine Antwort, die die Vorsitzenden der Mitgliedsgewerkschaften nach einigem Hin und Her bereits vor dem Kongress gefunden hatten. Denn eine Muss-Qualifikation der Neubesetzung, die auch in der Vergangenheit keinesfalls dem Zufall oder einer Kongress-Dynamik überlassen werden konnte, war an vorderster Stelle gesetzt: das SPD-Parteibuch.

Nun ist es mitnichten per se verwerflich, als DGB-Chefin SPD-Mitglied zu sein. Allerdings gehört dazu dann das besondere Augenmerk einer Kongressre-

gie, die die Einheitsgewerkschaft nicht nur in Reden beschwören lässt, sondern diese auch auf der großen Bühne unter den Geladenen abbildet. Die große Bühne gehörte allerdings ganz den Staatsmännern der SPD und zwar einem sozialdemokratischen Bundespräsidenten, einem sozialdemokratischen Kanzler und einem sozialdemokratischen Arbeitsminister. Soweit – so vielfältig.

Aber auch dies wäre keine große Nachrede wert, hätte sich ansonsten angesichts der Wirklichkeit ansatzweise Bemerkenswertes zugetragen. Was das hätte sein können?

Zum Beispiel eine offene friedenspolitische Diskussion, die den argumentativen Raum für die wieder neu zu stellenden Fragen öffnet – auch wenn die Antworten darauf nicht auf der Hand liegen: Wie kann jenseits einer neuerlichen internationalen Aufrüstungsspirale nationalistisch gesinnten Aggressoren begegnet werden, die ihren expansiven, imperialen Machtanspruch militärisch durchzusetzen versuchen?

Erschwert die globalisierte Verbundenheit der Ökonomie vielleicht eher nichtmilitärische Antworten, wenn bspw. umfassenden Sanktionen dadurch Grenzen gesetzt sind, dass die Folgen dann weit mehr als »nur den Aggressor treffen? Dabei ginge es nicht nur um die Diskussion der Folgen eines Einfuhrstopps für Öl und Gas, durch die Deutschlands Exportindustrie zu Schaden kommen und Arbeitsplätze verlustig gehen könnten, sondern viel existenzieller auch um die Frage, inwieweit die tödlichen Folgen der Getreideverknappung infolge des russischen Angriffskrieges

auch etwas mit der postkolonialen Agrarpolitik gegenüber dem globalen Süden zu tun haben. Was müsste passieren, um hier für die Zukunft umzusteuern? Und: Wieviel »Schurkendiversifizierung« (Trittin) trägt der DGB mit?

In der Auseinandersetzung um die Militärpolitik der Bundesrepublik nach dem russischen Überfall auf die Ukraine verlief die Diskussion und Beschluss-

weil der Bundeskanzler seine Zeitenwende wie dekretiert ohne gesellschaftliche Debatte über die Bühne bringen möchte und dabei selbst verschuldet in die Falle und Abhängigkeit von der Merz-CDU im Bundestag geraten ist.

### **Der Kongress der verpassten Möglichkeiten**

Die Diskussion um die Aufrüstung oder Ausstattung der Bundeswehr hat ein wichtiges Problem nur am Rande gestreift. Auch in den Diskussionsbeiträgen von linken Delegierten, die gegen die 100 Milliarden für Rüstung argumentiert haben, ist der Schaden eines Rüstungsprivilegs im Grundgesetz verkannt worden. Unabhängig von der Größenordnung, die das Sondervermögen Bundeswehrausstattung am Ende haben wird, eine Verankerung im Grundgesetz ist ein verheerendes verfassungspolitisches Signal. Es ist

## **Richtig ist, dass der DGB vor langfristigen Festlegungen in der Sicherheitspolitik »eine substantielle gesellschaftliche und politische Debatte« einfordert. Kennzeichnend ist aber, dass er sie selbst nicht aktiv führt**

fassung um die Aufrüstung der Bundeswehr unscharf. Das 100-Milliarden-Sondervermögen für Investitionen in die Bundeswehr wird als »abstrakte Summe kritisch beurteilt«. Eine starre Festlegung und Erhöhung des Rüstungsetats auf zwei Prozent des BIP (mit oder ohne Verankerung im Grundgesetz) wird abgelehnt. »Kurzfristige Maßnahmen, um die Handlungsfähigkeit der Bundeswehr wiederherzustellen«, werden allerdings toleriert. Richtig ist, dass der DGB vor langfristigen Festlegungen in der Sicherheitspolitik »eine substantielle gesellschaftliche und politische Debatte« einfordert. Kennzeichnend ist aber, dass er sie selbst nicht aktiv führt. Ein aktiver Beitrag des DGB wäre aber wichtig,

wie die »Schuldenbremse« im Grundgesetz kaum rückgängig zu machen. Ein Privileg des Sondervermögens Bundeswehr in der Verfassung gefährdet andere Sondervermögen quer zur Schuldenbremse, wie Klima- und Transformationsfonds, die diese verfassungsrechtliche Absicherung nicht haben werden. Oder auch – den Blick erweitert auf die »Transport«-Erfahrungen aus der Corona-Pandemie – was würde es bedeuten, Lieferketten räumlich »zurückzubauen«, zu verkürzen? Wie müsste eine internationale Wirtschaftsordnung aussehen, die dies fair und auf Ausgleich bedacht ermöglicht? Oder: Wäre es nicht nötig, die Spekulationsmöglichkeiten mit (Agrar-) Rohstoffen in Krisen-Fällen auszusetzen oder ganz

grundsätzlich zu limitieren? Gäbe es dafür realistische Ansätze?

Im Übrigen wirft der russische Angriffskrieg auch die Bemühungen um eine angesichts des Klimawandels dringend nötige, weitere ökonomische Umsteuerung zeitlich und inhaltlich zurück. Zumal es tristerweise so ist, dass ohne eine Dekarbonisierung der russischen Wirtschaft der Klimawandel in Europa Fiktion bleiben wird. Und auch hier wirken die Beschwörungsformeln der sozial-ökologischen und digitalen Transformation in den Gewerkschaftsreden gelegentlich eindrucksvoll entrückt von den betrieblichen Wirklichkeiten. Gewerkschafter\*innen in Aufsichtsräten und die vielen Erfahrungs- und Wissensträger\*innen in der Kolleg\*innenschaft vieler Betriebe ahnen, dass es durchaus viele, in der Vergangenheit aufgrund kurzfristiger unternehmerischer Renditeinteressen nicht umgesetzte Vorschläge in Richtung klimaneutraler Produktion gibt. Und dass es – ja – Konkurrenzen gibt, wenn über die Verteilung von Unternehmensgewinnen geredet wird. Auch hier also ein relevanter Spannungsbogen, wenn es um die ökologisierte Zukunft der Ökonomie geht. Und auch dies ist lediglich ein Stichwort, das allen Anlass für eine Kontroverse jenseits von 1. Mai-Überschriften böte.

Die Liste ließe sich mühelos fortsetzen. Und es stehen bis hierhin noch nicht einmal Fragen darauf, die die Gewerkschaften selbst im Innersten betreffen. Dabei gibt es außer den wirklich Hartgesotenen unter den gewerkschaftlich Organisierten niemanden, die oder der nicht beunruhigt wäre von den insgesamt rückläufigen Mitgliederentwicklungen und sich fragt: was dagegen tun? Darüber öffentlich und offen nachzudenken wäre ein Gewinn – auch um Anhaltspunkte für Zugänge von noch nicht Organisierten zu finden. Ebenfalls

Fehlanzeige: ein gemeinsames Nachdenken über das Verhältnis von Dachverband und Einzelgewerkschaften, über die kaum wahrgenommene Ausgleichs- und Moderationsfunktion des DGB bei den vielen großen und kleinen Raufhändeln zwischen den Mitgliedsgewerkschaften, wenn es um organisationspolitische Zuständigkeiten oder Differenzen in wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen geht.

Zusammengefasst: Der DGB-Bundeskongress hat (nicht zum ersten Mal) viele Möglichkeiten liegen lassen. Für 400 Delegierte und Gäste mag kulturell einiges für's Herz geboten worden sein. Für diese ca. 0,007 Prozent Gewerkschaftsmitglieder in diesem Umfang Mitgliedsbeiträge ausgeben zu haben, erscheint angesichts der nicht gestellten Streitfragen aber unverhältnismäßig. Und es stellt sich die Frage: Wäre das Geld – oder mindestens ein Großteil davon – nicht besser in gemeinsame Erschließungsprojekte investiert? Aber so viel Gemeinsamkeit ist dann doch nicht.

AG KONGRESSBEOBACHTUNG

Quelle: express 5/2022

Der express feiert in diesem Jahr seinen Sechzigsten! An dieser Stelle unsere herzlichsten Glückwünsche an die Kolleg\*innen (und die Schildkröte) des express!

Für Interessierte: Der express kann im Netz unter [www.express-afp.info](http://www.express-afp.info) gefunden und bezogen werden.

**Unabhängig von  
der Größenordnung,  
die das Sonder-  
vermögen Bundes-  
wehrausstattung  
am Ende haben wird,  
eine Verankerung im  
Grundgesetz  
ist ein verheerendes  
verfassungspolitisches  
Signal**

# Antifa, Diversität und das kürzeste Gesetz der Welt

Die DGB-Jugend setzt mit ihren Themen wichtige Akzente auf dem 22. DGB-Bundeskongress

»Ausbildungsgarantie und Umlagefinanzierung? Passen zusammen wie Currywurst und Pommes, Eis essen und Sommer!« Mit diesen Worten richtet sich Kai Reinartz, der Vorsitzende der ver.di Jugend, an den Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD). Beide haben sich auf der Bühne des 22. Ordentlichen DGB-Bundeskongresses im Berliner Estrel-Hotel zusammengefunden. Heil hat gerade seine Vorstellungen von Gegenwart und Zukunft mit und nach Corona und inmitten des Krieges in der Ukraine vorgestellt. Nun aber haben die 50 Mitglieder der Gewerkschaftsjugend, die hier sind, die Bühne gestürmt und fordern von Heil ein Gesetz für eine Ausbildungsgarantie mit Zukunftsfonds. Denn die duale Ausbildung ist im Verschwinden begriffen, nur noch 20 Prozent der Betriebe in Deutschland bilden überhaupt noch aus.

Damit Heil dies nicht vergisst, überreichen ihm die jungen Delegierten einen übergroßen Entwurf für das »Gute-Ausbildung-für-alle-Gesetz« – mit gerade mal zwei Paragraphen:

- § 1 Jede\*r Jugendliche hat den Anspruch auf einen Ausbildungsplatz.
- § 2 Alle Betriebe zahlen zur Finanzierung der Ausbildung eine Umlage in den Zukunftsfonds, damit mehr betriebliche Ausbildungsplätze entstehen.

»Das ist das kürzeste Gesetz, das ich je gesehen habe«, kommentiert der Arbeitsminister. [...]

»Zukunft gestalten wir«, lautete das Kongress-Motto – das die DGB-Jugend in besonderer

Weise ansprach: In den Schulen, Betrieben und Universitäten stehen gravierende Transformationen bevor. Bei der Arbeit, beim Wohnen, beim gesamten Leben. [...] Die Themen spiegelten sich auch bei den fünf Anträgen der Gewerkschaftsjugend wider: Die Ausbildungsgarantie mit Umlagefinanzierung wurde ohne jede Gegenstimme angenommen – ein starkes Signal! Nun gilt es, in Politik und Wirtschaft auf die entsprechenden Veränderungen zu drängen.

Cosima Steltner von der IG Metall Jugend brachte einen Antrag zum dualen Studium ein. Duale Studiengänge sind mittlerweile fester Bestandteil der Berufsqualifizierung und stellen mit ihrem Anspruch der Aufrechterhaltung von Wissenschaftlichkeit bei gleichzeitiger Ausweitung betrieblicher Praxisphasen ein besonderes Studienformat dar – fast ohne Regelungen! Die DGB-Jugend hat hier Vorschläge zu Vergütung, Mitbestimmung und gesetzlichem Rahmen formuliert.

Ein weiterer Antrag befasste sich mit Diversität: Der DGB wird sich mit der Akzeptanz von sexueller Orientierung und geschlechtlicher Vielfalt am Arbeitsplatz, in Gewerkschaften und der Gesellschaft stärker auseinandersetzen. Und erstmals gemeinsam mit dem DGB-Bundesfrauenausschuss brachte die Jugend zwei Anträge – zu

den Themen Häusliche Gewalt (eingebracht von Jennifer Otto, JUNGE GRUPPE (GdP)) und Geschlechterstereotype (eingebracht von Linda Weigel, Junge GEW) – ein, die sich explizit an junge Frauen richten. Zudem unterstützte der DGB-Bundeskongress die Initiative TVStud für studentische Beschäftigte an Hochschulen – eine Gruppe von rund 300.000 Personen, die von Tarifierung und Mitbestimmung bundesweit teilweise oder ganz ausgenommen ist. Und das im öffentlichen Dienst!

Um Zukunft ging es auch in der berührenden Rede der Jugenddelegierten Franziska Aurich. In der Debatte um einen Antrag, in dem das Zurückdrängen von Nazis aus dem öffentlichen und betrieblichen Raum gefordert wurde, beschrieb sie eindringlich, wie es sich als junger Mensch im Bundesland Sachsen lebt – unter ständiger Bedrohung von rechts. Sie sei weggezogen, sagte die junge Gesundheits- und Krankenpflegerin. Dazu Aurich: »Ich glaube, ich fände es richtig schön, wenn ich irgendwann mal die Perspektive sehen würde – und auch viele andere von meinen Kolleg\*innen aus der Schulklasse etc. sehen würden –, dass wir wieder nach Hause zurückkommen können und Antifaschismus leben können. Deswegen ist Gewerkschaft so wichtig.«

JÜRGEN KIONTKE

Quelle: Soli aktuell 6/22 (von uns gekürzt und redaktionell bearbeitet)  
Weitere Infos: <https://jugend.dgb.de/dgbbundeskongress2022>

# Schöner Rechnen

Seit zehn Jahren bricht die Hamburger Berufsbildungspolitik des Senats und der Schulbehörde die Ausbildungsgarantie

Im letzten Jahr jährte sich ein trauriges Ereignis. Vor zehn Jahren, genau im Jahr 2011, haben die SPD und Olaf Scholz in ihrem »SPD-Regierungsprogramm für Hamburg« versprochen, »dass alle jungen Erwachsenen in Hamburg entweder das Abitur machen oder eine klassische Berufsausbildung absolvieren« sollen. Dieses Ziel haben der Senat, Olaf Scholz und Schulsenator Ties Rabe Jahr für Jahr gebrochen. Das zeigen die Ergebnisse der Schulabgängerbefragung 2021 (siehe erste Abbildung).

Wie man der ersten Abbildung entnehmen kann, haben gerade mal 41 Prozent der Schulabgänger\*innen vom Sommer 2021 eine Ausbildung be-

ginnen können, davon lediglich 27,1 Prozent eine betriebliche Ausbildung; wie noch zu zeigen sein wird, ist selbst dieses Ergebnis noch geschönt. Der wichtigste Ausbildungsgang in Hamburg ist die einjährige Aus-

davon aus, dass es genug Ausbildungsplätze gibt, es aber nur an den Jugendlichen läge, wenn diese keine Ausbildung machen. Da es vielen Jugendlichen an Berufsorientierung fehle, soll ihnen mit Berufsorientierung ab Klasse 8, Jugendberufsagenturen und Ausbildungsvorbereitung nachgeholfen werden.

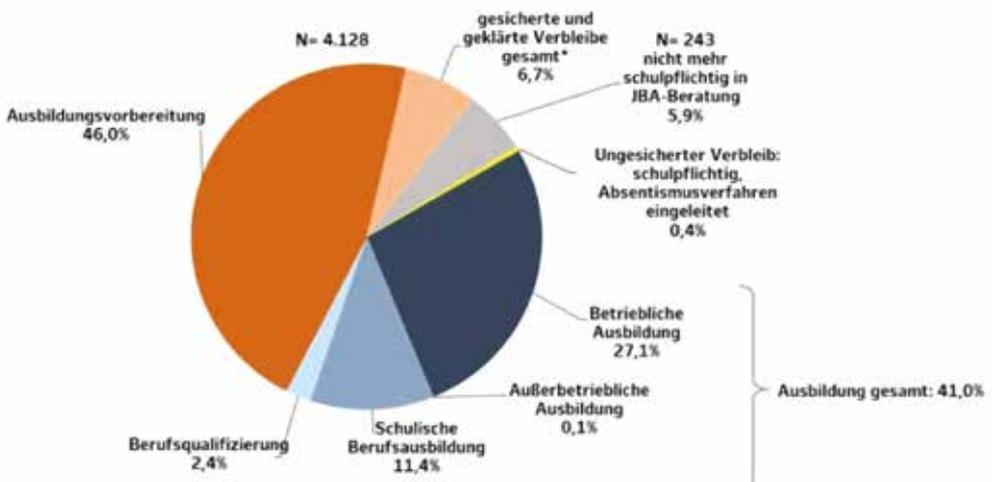
Leider haben Senat und die Schulbehörde in den letzten zehn Jahren nichts dazugelernt und wollen unbeirrt an ihrer gescheiterten Berufsbildungspolitik festhalten. Ja, sie greifen sogar zu Fälschungen und Täuschungen, um ihr Versagen zu kaschieren. Dies soll im Folgenden anhand einiger eklatanter Beispiele belegt werden.

## Die Berufsbildungspolitik des Senats ist gescheitert

bildungsvorbereitung, in der die Schulabgänger\*innen auf eine Ausbildung vorbereitet werden sollen, die aber in Wirklichkeit nichts anderes als eine Warteschleife darstellt.

Die Berufsbildungspolitik des Senats ist gescheitert. Sie geht

Verbleib der Schulabgängerinnen und -abgänger Stadtteilschule nach Klasse 10



Ergebnis der Schulabgängerbefragung 2021 (Quelle: Material der Schulbehörde zur Pressekonferenz vom 02.12.21)

1. Während die Schulbehörde in der Presseerklärung von Anfang Dezember 2021 behauptete, **41 Prozent** der Schulabgänger\*innen hätten direkt nach Abschluss der zehnten Klasse den Übergang in Ausbildung geschafft, sind es in einer Antwort auf eine Große Anfrage der Linksfraktion nur noch 39 % (siehe Drucksache 22/7011). Wie kommt das? Ganz einfach: Die Schulbehörde hat, ohne darauf aufmerksam zu machen, in ihrer Presseerklärung von Anfang Dezember alle »schlechten Fälle« weglassen. Dazu zählen insbeson-

nur 25 Prozent der Schulabgänger nach Klasse 10 direkt den Übergang in eine Ausbildung, sind es heute rund 40 Prozent«. Was hier verschwiegen wird, ist, dass die angebliche Verbesserung auf einem Einmaleffekt beruht. Nachdem die Schulbehörde gewärtigen musste, dass 2012 nur 25 Prozent der Schulabgänger\*innen in eine Ausbildung mündeten, hat sie kurzerhand angeordnet, dass zukünftig die Schulabgänger\*innen nicht mehr nach Klasse 9, sondern erst nach Klasse 10 die Schule verlassen dürfen. (Insofern entspricht die

klärung von Anfang Dezember 2021: »Von den Schulabgängern, die im letzten Jahr direkt nach der Schule keinen Ausbildungsplatz gefunden haben, schafften in diesem Jahr ebenfalls sehr viele im zweiten Anlauf dank der Bildungsangebote »AvDual« und »BQ« an den Berufsschulen den Sprung in Ausbildung und Beruf. Über AvDual gelang 1.161 Jugendlichen und jungen Erwachsenen (51,8 Prozent der Teilnehmenden) der Übergang in eine Ausbildung (2020: 1.071 bzw. 50,6 Prozent), über »BQ« waren es 302 Teilnehmende (2020: 147). Betrachtet man alle Gruppen zusammen, konnten damit in diesem Jahr 3.155 Schulabgänger eine Ausbildung beginnen, das entspricht rund 76 Prozent der durchschnittlichen Jahrgangsstärke der Schulabgänger aus den Stadtteilschulen nach Klasse 10.«

Jahr der Schulabgängerbefragung	2019	2020	2021
Angabe in der jeweiligen Presseerklärung zu »Ausbildung gesamt«	40,4 %	38,2 %	41 %
Richtige Zahl laut Ausbildungsreport	38,8 %	35,5 %	39 %

dere die Schulabgänger\*innen ohne Hauptschulabschluss und von Förderschulen (ReBBZ). Und warum macht die Schulbehörde das? 41 Prozent hört sich wohl besser an als 39 Prozent. Die Schulbehörde redet sich in der Antwort auf die Große Anfrage damit heraus, dass sie in den jährlichen, kaum beachteten Ausbildungsreporten, die etwa ein Jahr nach den Presseklärungen zur Schulabgängerbefragung erscheinen, die richtigen Zahlen mitteilen würde. Übrigens betreibt die Schulbehörde, wie die nachstehende Übersicht zeigt, schon seit längerer Zeit diese unseriöse »Informationspolitik«.

2. Eine gebetsmühlenartig wiederholte Erzählung von Schulbehörde und Schulsenator Rabe lautet, dass »der Übergang von der Schule in den Beruf deutlich besser als früher« geworden sei. In der Presseerklärung von Anfang Dezember 2021 heißt es dazu: »Schafften früher

obige Aussage nicht der Wahrheit, dass »früher nur 25 Prozent der Schulabgänger nach Klasse 10« den Übergang in Ausbildung schafften.) Durch den Wegfall der Neuntklässler\*innen erhöhte sich Übergangsquote auf 38,7 Prozent. **Seit 2013, also in neun Jahren, hat es so gut wie keine Verbesserungen gegeben.**

3. Weil die Ergebnisse der Schulabgängerbefragung seit Jahren so schlecht ausfallen, versuchen Schulbehörde und Schulsenator Rabe mit einer weiteren Erzählung die interessierte Öffentlichkeit zu beruhigen. Danach sei es gar nicht so schlimm, wenn in der ersten Runde nur knapp 40 Prozent der Schulabgänger\*innen einen Ausbildungsplatz fänden. Insbesondere durch die Ausbildungsvorbereitung und die Berufsqualifizierung (im Behördensprech »AVDual« bzw. »BQ« genannt) würden es ein Jahr später insgesamt viel mehr Jugendliche in eine Ausbildung schaffen. Dazu heißt es in der Presseer-

klärung von Anfang Dezember 2021: »Von den Schulabgängern, die im letzten Jahr direkt nach der Schule keinen Ausbildungsplatz gefunden haben, schafften in diesem Jahr ebenfalls sehr viele im zweiten Anlauf dank der Bildungsangebote »AvDual« und »BQ« an den Berufsschulen den Sprung in Ausbildung und Beruf. Über AvDual gelang 1.161 Jugendlichen und jungen Erwachsenen (51,8 Prozent der Teilnehmenden) der Übergang in eine Ausbildung (2020: 1.071 bzw. 50,6 Prozent), über »BQ« waren es 302 Teilnehmende (2020: 147). Betrachtet man alle Gruppen zusammen, konnten damit in diesem Jahr 3.155 Schulabgänger eine Ausbildung beginnen, das entspricht rund 76 Prozent der durchschnittlichen Jahrgangsstärke der Schulabgänger aus den Stadtteilschulen nach Klasse 10.«

4. Dem liegt eine Rechnung mit vielen Ungereimtheiten zugrunde. **4.1.** Nicht 1.161, sondern nur 989 Jugendliche konnten nach der Ausbildungsvorbereitung eine Ausbildung aufnehmen. Dies musste die Behörde für Schule und Berufsbildung auf Nachfrage in der Großen Anfrage zugeben. Sie habe aufgrund eines »redaktionellen Versehens« einfach auch 172 Ungelehrte mitgezählt, die überhaupt keine Ausbildung, sondern ein Arbeitsverhältnis begonnen hatten.

**4.2.** Die Schulbehörde zählt die Schulabgänger\*innen in der Berufsqualifizierung doppelt: einmal in der Schulabgängerbefragung (also in der »ersten Runde«) und dann noch einmal ein Jahr danach in der »zweiten Runde«. Deshalb können die 302 Jugendlichen, die nach der Berufsqualifizierung eine Ausbildung gefunden haben, nicht, wie es die Schulbehörde tut, berücksichtigt werden.

**4.3.** Die Schulbehörde ignoriert

die Abbruchproblematik. Von den 1.695 Schulabgänger\*innen, die 2020 die Ausbildung beginnen konnten, wird sich ein beträchtlicher Teil ein Jahr danach nicht mehr in Ausbildung befunden haben. Das wird in der ›Erfolgsrechnung‹ nicht berücksichtigt. Die Schulbehörde, die eigentlich über die Zahlen verfügt, konnte oder wollte in der Großen Anfrage nicht die Zahl der Abbrecher\*innen benennen. Deshalb muss sie hier geschätzt werden.

Hamburg weist mit 28,7 Prozent vorzeitig gelösten Ausbildungsverträgen in 2019 eine im Ländervergleich überdurchschnittlich hohe Abbruchquote auf, wobei etwa zwei Drittel der Abbrüche im ersten Ausbildungsjahr erfolgten (so im vom Bundesinstitut für Berufsbildung herausgegebenen Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2021, S. 146 und 141). Man muss deshalb von den 1.695 Schulabgänger\*innen, die 2020 eine Ausbildung angefangen haben, 294 (= 18 %) Abbrecher\*innen im 1. Ausbildungsjahr abziehen und kommt dann auf 1.340 Schulabgänger\*innen, die sich 2021 noch in Ausbildung befinden. Insgesamt sind es dann 2.477 von 4.128 oder **56,4 %** der Schulabgänger\*innen, die sich ein Jahr nach der Schulentlassung in Ausbildung befinden. Das sind 20 Prozentpunkte weniger als die von der Schulbehörde ›errechneten‹ 76 %.

5. Die ganze komplizierte Berechnung wäre nicht nötig, wenn die Schulbehörde eine zeitgemäße und transparente Schulstatistik führen würde. Sie verfügt über alle Daten. Aber die Schulbehörde scheint kein Interesse daran zu haben, vermutlich weil dann herauskommen würde, wie

schlecht die Ausbildungsversorgung der Hamburger Jugend ist. Im neuen Koalitionsvertrag auf Bundesebene versprechen Olaf Scholz und die Ampelparteien nun wieder: »Wir wollen eine Ausbildungsgarantie, die allen Jugendlichen einen Zugang zu einer vollqualifizierenden Berufsausbildung ermöglicht, stets vorrangig im Betrieb.« Dies soll erreicht werden, indem »die Berufsorientierung und Jugendberufsagenturen flächendeckend«

## **... in Hamburg wird bei Berufsorientierung und Jugendberufsagenturen geklotzt und bei außerbetrieblichen Ausbildungsplätzen gekleckert**

ausgebaut und »in Regionen mit erheblicher Unterversorgung an Ausbildungsplätzen [...] bedarfsgerecht außerbetriebliche Ausbildungsangebote« initiiert werden. Das ist das, was in Hamburg seit zehn Jahren praktiziert wurde und nichts gebracht hat, wobei in Hamburg bei Berufsorientierung und Jugendberufsagenturen geklotzt und bei außerbetrieblichen Ausbildungsplätzen gekleckert wird – mit den entsprechenden Ergebnissen. Mit Berufsorientierung und Jugendberufsagenturen schafft man aber keine Ausbildungsplätze, wie die letzten zehn Jahre gezeigt haben. Die Behauptung des Senats in seiner Antwort auf die Große Anfrage, die Jugendlichen in der Ausbildungsvorbereitung seien nicht »berufswahlentschieden« und dürften deshalb nicht in die Berufsqualifizierung, ist eine Beleidigung dieser Jugendlichen und eine schlechte Ausrede.

Während in der Berufsqualifizierung die Jugendlichen ihr 1. Ausbildungsjahr absolvieren können, werden sie in der Ausbildungsvorbereitung mit viel Geld darauf ›vorbereitet‹ – mit ungewissem Erfolg. Der Senat, die Behörde für Schule und Berufsbildung und Schulsenator Rabe müssen sich endlich einen Ruck geben und einsehen, dass ihr bisheriger, zehnjähriger Weg ein Irrweg war. Sie müssen nunmehr den Weg einer echten Ausbildungsgarantie einschlagen und allen Schulabgänger\*innen, die keinen Ausbildungsplatz bekommen haben, nach Verlassen der Schule nahtlos den Eintritt in die Berufsqualifizierung öffnen. Damit würde man auch wirkungsvoll etwas gegen den immer wieder beklagten Fachkräftemangel unternehmen und bräuchte nicht in anderen Ländern dort

benötigte Arbeitskräfte abzuwerben. Die Berufsqualifizierung ist darüber hinaus sogar kostengünstiger als die unnütze Ausbildungsvorbereitung. Während die Schüler\*innenjahreskosten für die Berufsqualifizierung nur 9.639 Euro betragen, sind es für die wenig effektive Ausbildungsvorbereitung 11.617 Euro. Hamburg hat für die Ausbildungsgarantie ein akzeptables Instrument (die Berufsqualifizierung) und das Geld (es wäre wahrscheinlich sogar kostengünstiger als die wenig effektive und demütigende Ausbildungsvorbereitung). Was fehlt ist das Eingeständnis, dass der bisherige Weg nicht zur versprochenen Ausbildungsgarantie geführt hat, und der Wille, endlich etwas für unsere Jugend zu tun.

KAY BEIDERWIEDEN

**BILDUNGSPLÄNE 2022:  
> DIE NEUE LEISTUNGSKLASSE <**



# Bildungspläne 2022 – ›Die neue Leistungsklasse‹

## Weniger Lust, mehr Stress, mehr Arbeit

Eine Stellungnahme der Betriebsgruppe des Gymnasiums Oldenfelde

Ob die neuen Hamburger Bildungspläne zur Unzeit kommen oder nicht, kann man unterschiedlich beurteilen. Auf der einen Seite hatte man selten den Eindruck, weniger Zeit für auch noch eine solche Debatte zu haben. Selten aber auch scheint auf der anderen Seite Wandel dringlicher zu sein als heute, da sich die Krisen akkumulieren. Bildungspläne könnten hier also ein Werkzeug sein. Wie ist es nun um sie bestellt?

Die Bildungspläne zielen auf verschiedene Bereiche, in denen manche dieser aktuellen Krisen bearbeitet werden. Zum einen will man sozioökonomische Prozesse gestalten, indem sogenannte Leitperspektiven eingeführt werden: »Digitalisierung«, »Bildung für nachhaltige Entwicklung«, »Werte-« und »Sprachbildung«. Zum anderen geht es um eine »Angleichung des Unterrichts- und Leistungsniveaus« zwischen den Bundesländern. In diesem Zuge werden den Unterrichtsstoff detailliert regelnde Kerncurricula eingeführt und die schriftlichen Lernerfolgskontrollen, vulgo: die Klassenarbeiten, höher gewichtet, nämlich im Verhältnis 50:50, statt wie bisher 60:40 zugunsten der Mitarbeit

im Unterricht. Klassenarbeiten dürfen nicht mehr durch andere Prüfungsformen ersetzt werden, in der Oberstufe wird eine Klausur mehr geschrieben und Präsentationsleistungen, die als Vorbereitung für die mündlichen Abiturprüfungen dienen, ersetzen keine Klausur mehr.

### **Leistungsdruck, strengere und feinere Reglementierungen werden nicht die Fähigkeiten verbessern**

Grundsätzlich begrüßen wir inhaltlich die Leitperspektiven, auch wenn sich noch manche Fragezeichen ergeben, vor allem bei der Digitalisierung und der Wertebildung. Wir lehnen jedoch die Teile der Bildungspläne ab, die darauf zielen, dass – salopp gesagt – Unterricht in Hamburg genau wie in anderen Bundesländern gestaltet und bewertet wird – und die dazu führen, dass Lehrkräfte in Hamburg noch mehr arbeiten müssen. Diese Teile der neuen Bildungspläne bedeuten mehr Kontrolle und Standardisierung auf allen Ebenen. Die verstärkte Standardi-

sierung durch noch detailliertere Vorgaben konterkariert die schon immer nur sogenannte »Autonomie« der Schulen und schränkt die Freiheit der Lehrkräfte und Lernenden in der Unterrichtsgestaltung weiter ein.

Die Verschiebung der Gewichtung in der Bewertung von Mitarbeit und Lernerfolgskontrollen zum Verhältnis 50:50 statt 60:40 führt zu deutlich erhöhtem psychischem Druck bei den ohnehin schon belasteten Lernenden. Sie verschiebt in der Folge den Fokus der Unterrichtszeit auf die Vorbereitung von Lernerfolgskontrollen.

Unterricht wird so noch mehr als zuvor zu einem »teaching to the test«, das angesichts der verschobenen Verhältnisse auch von Eltern und Lernenden eingefordert werden wird. Die nicht überprüfbaren Bestandteile eines Unterrichts werden weiter an Gewicht verlieren. Die Demokratieverziehung, die auf der einen Seite in Form der sogenannten »Wertebildung« beschworen wird, wird durch systemische Maßnahmen wieder ausgehebelt.

Die Begründungen dieser Verschiebungen sind falsch: Der »sichere Umgang mit Schrift

und Sprache« wird nicht dadurch erhöht, dass man Leistungskontrollen höher gewichtet. Vielmehr werden jene es schwerer haben, gute Noten zu bekommen, die z.B. als Kinder von Geflüchteten Deutsch als Zweitsprache sprechen. Die auch auf diesen Umstand zielende Fokussierung auf die Sprachbildung sollte kein Kompensationsinstrument sein, das die systematisch schwächere Bewertung auszugleichen versucht. Die Höhergewichtung der Klassenarbeiten ist ganz offensichtlich ein Instrument der Angleichung an Bundesländer wie Bayern, in denen die Studienberechtigtenquote geringer ist und die sich deswegen benachteiligt sehen. In der Folge schränkt man auch die Zugangsmöglichkeiten zu den Hochschulen wieder ein, wenn darauf abgezielt wird, stärker zu selektieren. Der viel beschworene Fachkräftemangel wird so nicht behoben. Derlei Vorgehen ist der Versuch, ein immer noch unterfinanziertes Bildungssystem durch Erhöhung des Drucks zu besseren Ergebnissen zu zwingen. Doch Leistungsdruck, strengere und feinere Reglementierungen werden

nicht die Fähigkeiten verbessern. Überhaupt bleibt unklar, warum die sinnvolle Auseinandersetzung um Bildungspläne durch solche Maßnahmen flankiert werden muss. Die 50:50-Regelung sollte von dem restlichen Bildungsplanprozess getrennt und sodann abgelehnt werden.

Die Erhöhung der Anzahl von Klausuren in der Oberstufe darf ohne die gleichzeitige Erhöhung der WAZe als erneute Arbeitszeiterhöhung verstanden werden, die weder erfasst, noch berücksichtigt, geschweige denn bezahlt wird. Hinzu kommen die Klausuren derjenigen, die eine Präsentationsleistung erbringen. Diese fielen bisher weg und müssten nun auch korrigiert werden. Die durch die Corona-Pandemie stark belasteten Lehrkräfte dürfen nun also das nächste Päckchen bewältigen.

Des Weiteren verfestigt eine Unterscheidung der Bildungspläne in zwei Schulformen für die Klassen 5-10 das zweigliedrige Schulsystem und widerspricht dem Ziel einer gemeinsamen Beschulung aller Kinder, auch in

der weiterführenden Schule, wie es die GEW-Hamburg<sup>1</sup> fordert und für das die SPD<sup>2</sup> wirbt. Außerdem unterscheiden sich die vorgelegten Entwürfe nur wenig. Viele Passagen sind deckungsgleich.

Eine Gesellschaft, die mit solchen Vorgaben auf die Krisen unserer Zeit – Pandemie, Klimawandel, Krieg, Autoritarismus und Nationalismus – antwortet, will nur vordergründig Schlüsselprobleme lösen. Eigentlich will sie weitermachen wie bisher, das heißt, in einem selbstzerstörerischen Wirtschaftssystem im internationalen Wettbewerb die Gewinnerin in einem Spiel sein, in dem alle verlieren.

BETRIEBSGRUPPE  
GYMNASIUM OLDENFELDE

<sup>1</sup>Beschluss der Landesvertreterversammlung der GEW-Hamburg am 26. Mai 2009, S.2: »Besser: Eine Schule für Alle – bis Klasse 10«.

<sup>2</sup>SPD-Grundsatzprogramm von 2007, S. 62: »Wir werben daher für ein Schulsystem, in dem Kinder so lange wie möglich zusammen und voneinander lernen. Dies ist am besten zu erreichen in einer gemeinsamen Schule bis zur zehnten Klasse.«

# Nicht bestanden, überarbeiten!

Das Positionspapier des Bildungsplan-Ausschusses der Lehrerkammer fordert eine grundlegende Überarbeitung der neuen Bildungspläne

Vor dem Hintergrund vieler neuer Herausforderungen für das Bildungssystem begrüßt die Lehrerkammer die Überarbeitung der Hamburger Bildungspläne. Immer drängendere Zukunftsfragen, die Erfahrungen aus der Corona-Zeit, die Digitalisierung und nicht zuletzt das wichtige Ziel der Bildungsgerechtigkeit erfordern eine Umorientierung im Hamburger Bildungswesen. Mit den jetzt vorliegenden Ent-

wurfsfassungen der Bildungspläne kann den vielfältigen Zukunftsherausforderungen allerdings nicht angemessen begegnet werden.

Aus pädagogischer Sicht führen die geplanten Veränderungen tendenziell zu einem Unterrichts-klima, das nicht mehr hinreichend lernförderlich ist und der individuellen Lernentwicklung nicht genügend Raum lässt. Sie verhindern eher guten Unter-

richt, anstatt ihn zu befördern. Die Einführung von einem – in der Gesamtschau – viel zu großen Anteil verbindlicher Inhalte, kombiniert mit einer gesteigerten Zahl schriftlicher Leistungsüberprüfungen, die wiederum ein höheres Gewicht in der Endbewertung haben, wird im Unterricht für viele Schülerinnen und Schüler mehr Druck und Angst erzeugen. Dies steht aber der notwendigen Motivation für

die individuelle Leistungsentwicklung diametral entgegen. Schülerinnen und Schüler sollen eine besonders gute Bildung erhalten und selbstverständlich auch in den schriftsprachlichen und bildungssprachlichen Fertigkeiten intensiv gefördert werden – Leistungsüberprüfungen ersetzen aber den Lernprozess nicht. Die geplanten Veränderungen nehmen den Lehrerinnen und Lehrern die Möglichkeit, passgenaue Schwerpunkte zu setzen, projektartig und fächerübergreifend zu arbeiten und legen damit eher einen lehrerzentrierten Frontalunterricht nahe, der an den meisten Schülerinnen und Schülern vorbeigeht und den Grundgedanken des A-Teils widerspricht.

Aus didaktischer Sicht ist die Chance vergeben worden, die verpflichtende Stofffülle deutlich zu reduzieren und fächerübergreifend die besten Inhalte auszuwählen, anhand derer in der Schule Kindern und Jugendlichen zukunftsorientierte Werte vermittelt werden können. Die Auswahl der verbindlichen Inhalte fokussiert nicht ausreichend auf eine Bildung, die sich im Schulalltag selbstverständlich an einer nachhaltigen Entwicklung orientiert und in der die durchgehende Sprachbildung im Unterricht nicht mehr wegzudenken ist. Stattdessen scheinen die übergeordneten Leitperspektiven den Inhalten nachträglich zugeordnet worden zu sein und können so nicht die entsprechende Wirkung entfalten. Ähnlich ist es mit den Hinweisen zu fächerübergreifendem Unterricht und zur Sprachbildung. Inwieweit die Leitperspektiven und Inhalte in der Studienstufe, auf die der Sekundarstufe I ab-

gestimmt sind, kann noch nicht beurteilt werden, da die Pläne für die Sekundarstufe I noch nicht vorliegen.

**Die Lehrerkammer fordert die Schaffung von Rahmenbedingungen, die für eine zukunftsorientierte Bildung notwendig sind!**

Dazu gehören:

- Eine grundlegende Überarbeitung der Bildungspläne muss

**... die geplanten Veränderungen führen tendenziell zu einem Unterrichtsklima, das nicht mehr hinreichend lernförderlich ist und der individuellen Lernentwicklung nicht genügend Raum lässt**

pädagogischer und didaktischer Sicht, wobei die Fächer von Anfang an gemeinsam betrachtet werden und die Leitperspektiven die Grundlage für die Auswahl der verpflichtenden Inhalte bilden.

- Inklusion und Heterogenität von Lerngruppen müssen bei der Überarbeitung der Bildungspläne an jeder Stelle mitgedacht werden.
- Die Erprobungsphase muss ausgesetzt werden, bis die grundsätzlichen pädagogischen Fragen und die im Beteiligungsprozess vorgebrachte Kritik transparent diskutiert worden sind.
- Im Ergebnis ist eine deutliche Reduzierung der Stofffülle anzustreben, die ausreichend Zeit

lässt für ein lebendiges Schulleben, fächerübergreifende Projekte und das Lernen an außerschulischen Lernorten.

- Es sollten weniger Klausuren verpflichtend gemacht werden und die Möglichkeiten der Leistungsüberprüfungen deutlich erweitert werden, damit die Schülerinnen und Schüler das ganze Spektrum ihrer Fähigkeiten zeigen können. Präsentationsleistungen müssen – wie bisher – eine Klausur ersetzen können.

- Um den im A-Teil beschriebenen individualisierten und forschenden Unterricht durchführen zu können, müssen die Lerngruppengrößen entsprechend reduziert werden.

- Die Leitperspektive Digitalisierung erfordert zwingend den Ausbau der digitalen Infrastruktur, damit zeitgemäßer Unterricht verlässlich möglich wird. Eine »Didaktik der Digitalisierung« muss erarbeitet werden.

- Während der Erprobungsphase der neuen Bildungspläne muss auch eine Studie zur realistischen Erfassung der Lehrerarbeitszeit an allen Hamburger Schulformen laufen. Die Bildungspläne müssen schließlich umsetzbar sein.

- Eine kohärente Planung und Ausführung des A-Teils des Bildungsplans mit dem »Orientierungsrahmen Schulqualität« muss sichergestellt sein.

BILDUNGSPLAN-AUSSCHUSS  
DER LEHRERKAMMER  
(Stand: 06.06.2022)

# Gendersensible Bildung, Geschlechterdiversität, sexuelle Vielfalt? – Fehlanzeige!

Eine Stellungnahme der GEW-AG Queere Lehrer\*innen zu den Bildungsplanentwürfen

Die am 25.3.2022 vorgelegten Entwürfe zu den Bildungsplänen an Grundschulen, Stadtteilschulen und Gymnasien werden in der Gesellschaft und der Fachöffentlichkeit diskutiert. Nach den Stellungnahmen der Schulleitungen der Schulformen und der renommierten Fachdidaktiker\*innen der Universität Hamburg, welche die allgemeine Stoßrichtung und rückwärtsgewandte Ausrichtung des Entwurfs kritisieren, möchten auch wir – als überfachlicher Zusammenschluss von Lehrkräften aller Schulformen unter gewerkschaftlichem Dach – unsere Stellungnahme abgeben.

Im Koalitionsvertrag zwischen SPD und den Grünen vom 02.06.2020 wird explizit vereinbart: »Im Rahmen der Überarbeitung der Bildungspläne sollen die gendersensible Bildung in Hamburgs Schulen sowie sexuelle und geschlechtliche Vielfalt als Querschnittsthemen verankert werden.« Nach Prüfung des Entwurfs für den allgemeinen Teil des Bildungsplans (im Folgenden »A-Teil«) stellen wir fest:

- Die gendersensible Bildung findet sich lediglich abgeschwächt unter der Leitperspektive »Wertebildung / Werteorientierung« wieder, und zwar in der Beschreibung zwischenmenschlicher Beziehungen »nach den Grundsätzen der Achtung und Toleranz, der Gerechtigkeit und Solidarität sowie der Gleichberechtigung der Geschlechter zu gestalten

und Verantwortung für sich und andere zu übernehmen«. Hier fehlt uns eine klare Haltung zur Geschlechterdiversität und eine konkrete Perspektive, in der die Gleichstellung aller Geschlechter im Unterricht und Schulalltag gelebt werden soll.

- Sexuelle und geschlechtliche Vielfalt findet sich im A-Teil weder als Leitperspektive noch als Querschnittsthema. Nur ein Hinweis auf die Sichtbarmachung von einer »Vielfalt von Partnerschafts- und Familienformen sowie Geschlechteridentitäten« taucht in einem Nebensatz zur Wertebildung auf. Auch im Querschnittsthema »Inklusion«, in dem zumindest in Ansätzen eine – über den »engen Inklusionsbegriff« in Form der Integration von Schüler\*innen mit Behinderungen hinausgehende – Diversitätsperspektive angenommen wird, fehlt der Bezug zu genau diesen Vielfaltsdimensionen.

Der vorgelegte A-Teil zeigt deutlich: Die Schulbehörde hat keinerlei Interesse daran, die klare Haltung des Senats, die im *Aktionsplan geschlechtlicher und sexueller Vielfalt* dargelegt und auch von der Freien und Hansestadt Hamburg als Unterzeichnerin der Charta der Vielfalt angestrebt wird, umzusetzen und sich

für diskriminierungsarme Schulen einzusetzen.

Wir fordern die geschlechtliche und sexuelle Vielfalt als zentralen Aspekt innerhalb einer neuen

**Hier fehlt uns eine klare Haltung zur Geschlechterdiversität und eine konkrete Perspektive, in der die Gleichstellung aller Geschlechter im Unterricht und Schulalltag gelebt werden soll**

Leitperspektive »diversitätssensible Bildung«, neben anderen Diversitätsdimensionen (wie beispielsweise ethnische Herkunft/Nationalität, körperliche/geistige Fähigkeiten, Religion/Weltanschauung, soziale Herkunft, Alter) aufzunehmen und somit als verbindliche Grundsätze der Schulgestaltung festzulegen. Nur so lässt sich gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit innerhalb von Schulen, aber auch nachhaltig in der gesamten Gesellschaft, wirksam bekämpfen.

AG QUEERE LEHRER\*INNEN  
HAMBURG

Weitere Infos zur AG Queere Lehrer\*innen finden sich unter <https://www.gew-hamburg.de/mitmachen/gruppenbeitrag/die-queeren-lehrerinnen-stellen-sich-vor>

# Möglichkeiten erweitern, statt verengen!

Positionspapier der GEW Hamburg zu den Bildungsplanentwürfen

Die GEW Hamburg sieht in den Bildungsplanentwürfen vertane Chancen sowie gefährdende Entwicklungen für Lehrer\*innen und Schüler\*innen.

Die drei Kernpunkte der Kritik liegen in

- einer überlastenden Leistungsorientierung,
- einem fraglichen Bildungs- und Gerechtigkeitsbegriff
- einem unrealistischen Implementierungsvorgang.

## Überlastende Leistungsorientierung

In den Bildungsplanentwürfen wird auf einen hohen unterrichtlichen Anteil an messbaren, vergleichbaren und verbindlichen Kernvorgaben gesetzt. Prüfungsformate sind zwingend vorgegeben und wurden in ihrer Anzahl zudem erhöht. Diese Leistungsorientierung geht ganz persönlich zulasten der Schüler\*innen und Lehrer\*innen, die unter Druck geraten, diese Leistungsvorgaben im zeitlich eng organisierten Rahmen zu erbringen. Diese **Überlast wird im Bereich Arbeitszeit und psychischer Gesundheit zu spüren sein** und sollte von einem verantwortungsvollen Schulsenator angegangen werden. Denn zum einen bedeutet dies für Lehrer\*innen nochmals eine Zunahme an Aufgaben und eine zeitliche Verdichtung von Arbeit, welche sich nicht in einer Anpassung geschweige denn Überprüfung der Lehrerarbeitszeitverordnung abbildet. Auch

für die Schüler\*innen erhöht sich das Arbeitspensum: Testung folgt auf Testung.

Dies und die Dichte der verbindlichen Inhalte lassen zum anderen Schüler\*innen keinen Raum für motivierende Mitgestaltung schulischer Belange und Lerninhalte. Soziale Kompetenzen und Methoden des offenen, selbstverantwortlichen Lernens stehen der Leistungsorientierung nach. Dass so das psychische Wohlbefinden leidet, liegt eigentlich auf der Hand. Diesen Befund bestätigt auch die gerade veröffentlichte Robert-Bosch Studie. Jene hat ergeben, dass Schüler\*innen

Wohlbefinden. Lehrer\*innen sind häufig zudem physisch stark angegriffen und suchen vermehrt Entlastung in Teilzeit – eine Hoffnung, die trägt.

## Fraglicher Bildungs- und Gerechtigkeitsbegriff

Die Fokussierung auf verbindliche Leistung und Inhalte, deren Mess- und Vergleichbarkeit sowie die unreflektierte Einsatzvorgabe digitaler Endgeräte und Tools begrenzen die Sicht auf gute Bildung extrem: Besonders überfachliche und digitale Kompetenzen, sinnstiftende Lebensweltbezüge der Inhalte, außerunterrichtliche Erfahrungen werden außer Acht gelassen.

**Die Fraglichkeit dieses Bildungs- und Gerechtigkeitsbegriffes macht deutlich, dass eine grundlegende Verständigung über gute und gerechte Bildung nicht nur während des Implementierungsvorgangs dringend nötig ist. Inspirierende Bildungspläne sind hierfür eine Grundvoraussetzung.**

Der einseitige Fokus der vorgelegten Entwürfe unterschlägt die besonders nach Corona so wesentlichen und von vielen Seiten geforderte Aufrichtung des grundlegend notwendigen sozialen und emotionalen Miteinanders. Überfachliche Kompetenzen werden in den Bildungsplanentwürfen reduziert als Voraussetzung des »effektiven« (!) Zusammenarbeitens betrachtet. Die auf Inhalte begrenzte Bildung muss einen

## Die Bedeutung inklusiver Bildung wird marginalisiert, dagegen ist sie mehr denn je zentrales Fundament unserer von Diversität geprägten Gesellschaft

gerade während Corona-Pandemie stark belastet gesehen wurden. Sie litten besonders unter Motivations- und Konzentrationsschwächen – Belastungen, die weiterhin nachwirken und zunehmen. Auch Lehrer\*innen sind dieser Studie nach stark belastet. Aufgrund hoher Aufgabenbelastungen und Neuerungen sowie durch Verlust der Sinnhaftigkeit der eigene Profession und mangelnder Wertschätzung der Arbeit leidet das psychische

weiteren Horizont haben und der Erziehung muss Platz eingeräumt werden. Die verbindlichen inhaltlichen Kernvorgaben, welche einen Großteil des Unterrichtsumfangs füllen werden, sowie die organisatorisch bedingte zeitliche Dichte der erhöhten Leistungsbeurteilungen lassen keinen Raum mehr für die Planung sinnstiftender Lebensweltbezüge sowie die Organisation außerunterrichtlicher Erfahrungen: Das motivierende ›Wofür‹ wird dem schlichten messbaren ›Was‹ geopfert.

Der Einsatz digitaler Endgeräte und Tools sowie die Inklusion scheinen innerhalb der aktuellen Entwürfe rein additiv den Inhalten zur Seite gestellt zu sein: Die Bedeutung inklusiver Bildung wird marginalisiert, dagegen ist sie mehr denn je zentrales Fundament unserer von Diversität geprägten Gesellschaft. Inklusion ist erweiternd, statt verengend. Inklusiv-Bildungspläne müssen den Raum für individualisiertes Lehren und Lernen ermöglichen. Die Themen sexuelle und geschlechtliche Vielfalt tauchen in den Bildungsplänen weder als Leitperspektive noch als Querschnittsthema auf, so wie es im Koalitionsvertrag zwischen SPD und Grünen explizit vereinbart wurde. Die Einführung eines neuen Unterrichtsfachs Informatik und die Vorgabe der Pläne, auf ein ausgewogenes Verhältnis von Digitalem und Analogem zu achten, zeigen, dass es in den Entwürfen nicht um die notwendige integrativ gedachte und gelebte Digitalität geht.

### **Unrealistischer Implementierungsvorgang**

Am 25.03.2022 legte die Schulbehörde Entwürfe für die neuen Bildungspläne aller Schulformen und Schulstufen vor. Nach

drei Monaten, also Ende Juni, sollen die Rückmeldungen eingearbeitet werden. Gelten sollen die Bildungspläne ab dem Schuljahr 2023/24. Die so gestalteten

## **Gegen große Widerstände hat die Behörde immer wieder in den letzten Jahren neue Auflagen und Vorgaben durchgesetzt, ohne die Frage guter und gerechter Bildung grundlegend zu thematisieren**

zeitlichen Vorgaben sowie der immense Umfang der Entwürfe verunmöglichen einerseits den Dialog. Andererseits werden Rückmeldungen an die Verantwortlichen z.B. bei extra einberufenen Diskussionsforen direkt als unklug, fehlinterpretiert oder kurzsichtig abgetan. Von Dialog oder dem Ansinnen einer gemeinschaftlichen Gestaltung kann kaum die Rede sein. **Dieser unrealistische Implementierungsvorgang sollte zu Bodenhaftung gelangen, indem er entzerrt wird und allen Betroffenen und Beteiligten reelle Zeit für notwendige Betrachtungen, Dialoge und sinnhafte Gestaltungen gegeben wird.**

Gegen große Widerstände hat die Behörde immer wieder in den letzten Jahren neue Auflagen und Vorgaben durchgesetzt, ohne die Frage guter und gerechter Bildung grundlegend zu thematisieren – von Frieden an den Schulen konnte keine Rede sein. Dass es nun heißt, dies seien alles erfolgreiche Entwicklungen gewesen, die nun nur konsequent in den Bildungsplänen fortgeführt würden, ist Augenwischerei: Lehrkräfte und Schülerschaft mussten die neuen Anforderungen, Gleichsetzungen und Testungen akzeptieren, da es keine strukturellen Gestaltungsmöglichkeiten gab. Die Argumente wurden ignoriert, allein der Idealismus und die Profession der Lehrkräfte

trugen die Neuerungen. Den Lehrer\*innen werden für die notwendigen Besprechungen in den Kollegien und Fachgruppen keine zusätzlichen Zeiträume gegeben, geschweige denn angerechnet. Somit fehlen schlicht die Zeit und der Raum, um die Entwürfe zu durchdringen, zu besprechen und Rückmeldungen zu formulieren. Dass in diesen drei für die Rückmeldung veranschlagten Monaten die Prüfungszeiten und Zeugnisvorbereitungen liegen, zeugt des Weiteren vom unrealistischen Vorgehen. Den Bemühungen und guten Ansätzen des differenzierten, selbstverantwortlichen und besonders des inklusiven Lernens an den Hamburger Schulen wird mit der Vorlage der Bildungsplanentwürfe sowie dem Vorgehen ihrer Implementierung noch weiter der Raum zur Entfaltung genommen. Der Blick der Lehrer\*innen muss sich unweigerlich weg von den Kompetenzen des Einzelnen hin zur Entwicklung der Masse wenden, in welcher der\*die einzelne Schüler\*in unterzugehen droht. In der überlastenden Leistungsorientierung glückliches Lehren und Lernen sowie gute und gerechte Bildung zu sehen, erscheint perfide.

Die GEW Hamburg fordert konkret mehr Zeit beim Implementierungsvorgang und einen realen, ehrlichen Einbezug der Beteiligten und Betroffenen in der Ausgestaltung der neuen Bildungspläne. Die Chancen, welche diese Neuerung der Ausgestaltung bietet, müssen ergriffen, die gefährdenden Entwicklungen gewissenhaft abgewendet werden.

Nur so kann eine breite Akzeptanz der Bildungspläne sowie ein gelingendes, gesunderhaltendes Lehren und Lernen geschaffen werden.

HAMBURG, 15.6.2022

# So viel mehr geleistet als ›Leistung‹...

In der letzten Folge unserer Interviewserie zur abenteuerlichen Atlantiküberquerung mit Schüler\*innen sprechen wir mit Yvonne Heimbüchel über die Rückkehr und das, was auch nach der Ankunft bleibt und fortwirkt.

## **Zur Zeit unseres letzten Gesprächs hattet Ihr ja schon die Rückreise angetreten. Wie war die Stimmung an Bord?**

Die Stimmung war sehr gut, aber auch sehr unterschiedlich: Vorfreude auf Zuhause, die Fa-

milie und Freunde waren ebenso Thema wie Traurigkeit darüber, die neu gewonnenen Freunde bzw. die ›Thor-Familie‹ verlassen zu müssen. Aber es wurden auch Bedenken geäußert: »Wie werde ich mein Zuhause, meine

Freundschaften wahrnehmen? Wie wird sich alles verändert haben und wahrgenommen werden? Wie soll ich das alles bloß jemandem erzählen, der oder die nicht dabei war?«



Einlaufen in Kiel

## **Gab es noch besondere Ereignisse, besonders schöne menschliche oder tierische Begegnungen?**

Es wurde zunehmend kälter und stürmischer – besonders wichtig wurde das Miteinander in der Messe und der Bibliothek, den Gemeinschaftsräumen an Bord. Die schönsten zwischenmenschlichen Begegnungen waren die an Bord selbst: Intensive Gespräche über eben die Stimmungen, die Ereignisse in der Ukraine, das Erlebte und das geplante unbedingte Wiedersehen!

Es wurde viel an Mitbringenseln gearbeitet, genäht, geschnitzt. Es entstanden unter Anleitung unseres 70-jährigen Maschinisten mit unglaublichem handwerklichen Geschick und viel Geduld einige Buddelschiffe! So viel Stolz habe ich selten gesehen wie bei unserer Ankunft, als das Buddelschiff an die Oma übergeben wurde.

Die letzte besondere tierische Begegnung war unser Karfreitagsmahl, welches unser Kapitän persönlich in der Zubereitung anleitete: Ein riesiger Schwertfisch für alle! Eine große Herausforderung für die Backschaft!

## **Wird die Gruppe denn auch nach der Rückkehr noch einmal zusammenkommen?**

Bereits jetzt gibt es emsigen Austausch in den sozialen Netzwerken. Geburtstage werden online gefeiert, einzelne Besuche wurden schon an Bord verabredet. Da wir aber aus allen Ecken Deutschlands kommen, haben wir bereits ein Treffen im September festgehalten, bevor sich zuhause die Kalender füllen.

## **Wie hast Du den Moment der Rückkehr empfunden? Ging es doch dann gleich ›in die Vollen‹: Hamburger Gewerkschaftstag, Sitzungen... War es schwer, wieder in den Alltag hineinzufinden?**

Ich war froh, dass ich bereits einmal diese besondere Reise und

diese ganz besonderen Momente erlebt hatte. Denn so konnte ich die Perspektive ändern, mich mehr auf das Erleben der anderen konzentrieren, ihnen zur Seite stehen und darüber neue Erfahrungen sammeln. Meine Gefühle gingen nicht mehr so mit mir durch wie beim ersten Mal ☺.

Der Einstieg in die Arbeit über den Gewerkschaftstag gleich am zweiten Tag nach meiner Ankunft war ein Glücksfall, denn so konnte ich direkt wieder viele Menschen vis-à-vis erleben. Auch wenn ich noch etwas zwischen den Welten stand, wie man vielleicht hier und da bemerken konnte, war ich froh, den digitalen Anschluss, den ich während der Reise immer hatte, wieder in reale Gespräche überführen zu können. Noch bin ich allerdings im Sabbatjahr und ehrenamtlich als erste stellvertretende Vorsitzende tätig, d.h. der komplette Alltag kommt erst ab August, wenn ich voll in die GEW und auch in die Schule sowie (nun frisch gewählt) in den GPR einsteige.

## **Worauf hast Du Dich am meisten gefreut?**

Natürlich auf meine Familie und Freunde – und ich war unheimlich dankbar, dass einige den weiten Weg an die Pier auf sich genommen hatten, trotz der Gefahr, dass wegen Corona kurzfristig die ganze Willkommensveranstaltung abgesagt werden könnte!

Ansonsten freut man sich auf recht schlichte Dinge: das eigene Bett (welches viel zu groß erscheint nach der Koje an Bord), der Liter Frischmilch (den man aus der Packung in einem Zug austrinken darf), Fahrradfahren, usw.

## **Gibt es etwas, das Du jetzt schon vermisst?**

Auf jeden Fall das Anderfrischen-Luft-Sein, den weiten

Blick über das Wasser, die Konzentration auf Wesentliches!

## **Würdest Du sagen, dass Dich die Erfahrung dieser Reise verändert hat? Konnten die Schüler\*innen Veränderungen an sich beobachten?**

Das ist bestimmt so! Natürlich verändert man sich äußerlich; das fällt am ehesten auf: Wenn man in seiner Karibikbräune im kalten Frühjahr neben den Daheimgebliebenen steht, die Haare lang und ausgebleicht, die Hosen bei manchen zu kurz, die Pullis zu klein...

Veränderungen im Wesen, in der Einstellung zu vielem und in dem, was man alles gelernt hat, fallen mir erst nach und nach auf. Ich denke, um dies vollends zu erfassen, brauche ich nochmal eine kleine Klausur mit mir selbst. Daher plane ich nochmals ein paar Tage allein mit meinem Tagebuch und Bulli im Nirgendwo.

## **Was nimmst Du mit in Deinen Lebens-, aber auch Schul- und Gewerkschaftsalltag?**

Den Blick für´s Wesentliche, für Strukturen und die unbedingte Notwendigkeit des guten Miteinanders!

## **Wenn Du nun rückblickend etwas Bilanz ziehst: Lassen sich aus der besonderen pädagogischen Situation auf dem Schiff allgemeine pädagogische oder gar bildungspolitische Schlüsse ziehen?**

Kurz gesagt hat mir das erlebnispädagogische Konzept an Bord wieder einmal deutlich gezeigt: Es geht bei Bildung und Erziehung um so viel mehr als nur um Leistung im Sinne von messbaren Erfolgen!

**Liebe Yvonne, wir danken Dir und der ganzen Thor-Heyerdahl-Crew, dass Ihr Eure Reise-Erfahrungen mit uns geteilt habt!**

# »Die rote Bürger«

Im Folgenden ein Auszug aus einer autobiografischen Reflexion der Literaturwissenschaftlerin Christa Bürger, die – in Erinnerung an ihre Zeit als junge Lehrerin – das Klima beschreibt, das in den späten 1960er und in den 1970er Jahren an bundesdeutschen Schulen vorherrschte, gerade wenn in Umlauf kam, dass hier jemand die Schüler\*innen zum Hinterfragen und Diskutieren anregte. Bürgers Erinnerungen demonstrieren exemplarisch, dass es nicht eines großen Verfahrens bedurfte, sondern auch jenseits der Personalakte Mittel und Wege existierten, um gegen das ›Abweichende‹ vorzugehen, es ›kleinzuhalten‹. Ihr Buch mit dem Titel ›Mein Weg durch die Literaturwissenschaft 1968-1998‹ ist nicht nur eine spannende Schilderung ihrer Entdeckung und Aneignung einer kritischen Perspektive auf Deutungsweisen von Literatur. Als Autobiographie ist es zugleich Zeugnis, was es bedeutete, sich pädagogisch wirkend in einem aufrechten Gang zu üben.

Ende der 60er Jahre habe ich als Klassenleiterin Deutsch und Philosophie unterrichtet in einer ungewöhnlich lernbegierigen und gegenwartszugewandten Oberstufenklasse. Der Altersunterschied zwischen den Mädchen und mir war noch nicht so groß, daß wir nicht vieles, was damals in der Diskussion war, gemeinsam hätten erarbeiten können. Wir haben also Marx und Nietzsche, Freud, Bloch und Lévi-Strauss gelesen. [...]

Wir haben Gegenwartsliteratur gelesen in einem offenbar schon verdächtigen Umfang. In der Mappe mit den Hausarbeiten, von denen ich mir eine Kopie hatte geben lassen, finde ich die Namen von Brecht und Biermann, Kaschnitz und Frisch, Enzensberger und Peter Weiss, wobei die Fragestellung in den meisten Arbeiten auf die politische Dimension der Texte zielt. Die Aufsätze gefallen mir noch immer, noch immer finde ich sie sehr gut geschrieben und von geradezu strahlender Rationalität. Da ist nichts mehr übrig vom Geraune der 50er Jahre. [...]

Wir hatten für das Tragische wenig übrig; wir wollten unsere Gegenwart verstehen und, ja – wir wollten die bestehenden Verhältnisse auch verändern; wir wollten eine ›endlich bewohnbare Welt‹. Bei den Aufsatzthemen, die ich formuliert habe, geht es

denn ums Erörtern, Abwägen, Vergleichen, Prüfen, Analysieren. Ich habe natürlich Gedichtinterpretationen schreiben lassen, wobei offenbar Brecht und Enzensberger, auch ihrer grammatischen Durchsichtigkeit wegen, im Vordergrund gestanden haben müssen, aber eben auch Aufgaben, die mit dem Gebot der Ausgewogenheit, wie es dem ›dialektischen Besinnungsaufsatz‹ eingeschrieben war, nichts im Sinn hatten.

In welchem Ausmaß sich in dem Jahrzehnt zwischen dem Ende der 50er und dem der 60er Jahre die Wertvorstellungen gewandelt haben, könnten

Sie ermesen, wenn Sie die Aufsätze meiner Schülerinnen über Texte von Brecht und Wiechert vor sich hätten. An Wiechert wird beobachtet, daß manche Wörter bei ihm von einer ›Aura‹ umgeben sind, die sie ihres konkreten Gehalts beraubt und sie mit einer unbestimmt bleibenden Bedeutung

auflädt, so daß der Text wie ein Glaubensbekenntnis anmutet, während Brechts *Schwierigkeiten beim Schreiben der Wahrheit* den Charakter von Arbeitsanweisungen haben, die sich auf die Gegenwart übertragen lassen. Der Schriftsteller heute, schreibt eine, »braucht keinen Mut, die Wahrheit zu schreiben, denn sie wird nicht unterdrückt. Aber es wird kaum Folgen haben, wenn er sie schreibt«.

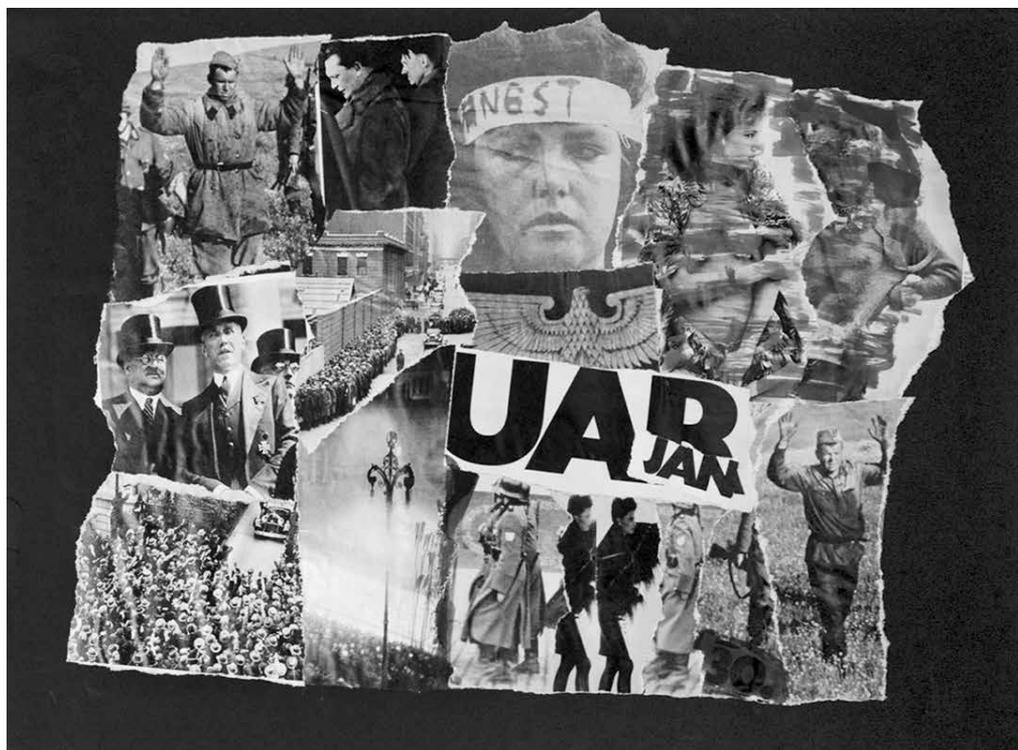
**Aber es gehörte damals nicht viel dazu, um Anstoß zu erregen, und dann eben auch, Anfeindungen und Hindernissen ausgesetzt zu sein**

Ich hatte eine gescheite Klasse, wir lebten in einer Atmosphäre zukunftsgerichteter Neugier, und die jungen Mädchen wußten ihre Zeit zu nutzen. Da machte das Unterrichten Freude. Offensichtlich galt das aber nicht für alle Lehrer, die in »meiner« Klasse Unterricht hatten. Es gab bald Schwierigkeiten; die Schülerinnen hatten gelernt, daß sie Fragen nicht nur beantworten, sondern auch selbst stellen konnten, und weigerten sich, auf Suggestivfragen zu reagieren. Gelegentlich, wenn es zu einem Konflikt gekommen war, wurde ich im Lehrerzimmer »geschnitten«, oder es wurde mir vorge schlagen, doch lieber »in die Zone« zu gehen.

Zu den mündlichen Abiturprüfungen erschien, gut informiert, wie sich sogleich zeigte, eine Schulrätin aus der Schulbehörde in Düsseldorf und tadelte die »Einseitigkeit« der Abituraufsätze, die in meiner Klasse geschrieben worden waren. Inzwischen war eine etwas engstirnige jüngere Direktorin an die Stelle der liberalen alten getreten. Ihre Forderung, einige Noten herunterzusetzen, habe ich zurückge wiesen, und die Schulrätin hat von ihrer Weisungs befugnis keinen Gebrauch gemacht, so ist es bei meinen Noten geblieben, die dann das mündliche Abitur glänzend bestätigte. Meine Schülerinnen,

gut gelaunt alle, und ein bißchen auf Kampf ge stimmt, waren auch durch gezielte Fangfragen nicht zu verunsichern. – Nach diesem Abitur habe ich keine Oberstufenklasse mehr bekommen. (Mit einigen Schülerinnen habe ich noch Jahre hindurch korrespondiert; eine hat mir ausführlich von ihrem Engagement im Chile von Allende berichtet [...]).

Daß mit meinem beruflichen Werdegang etwas nicht stimmte, habe ich bald zu spüren bekommen. Es widerstrebt mir, Ihnen die Ereignisgeschichte dieses Jahrzehnts zu erzählen, weil sie zu Miß verständnissen Anlaß bieten könnte. Ich habe die Aufgabe des Deutschunterrichts für mich immer sehr bescheiden formuliert, als Aufklärung, die den Spielraum der gesellschaftlichen Reflexion offen hält, als Kritik, die die Selbstverständlichkeit, mit der das Bestehende da ist, verunsichert. Aber es ge hörte damals nicht viel dazu, um Anstoß zu erregen, und dann eben auch, Anfeindungen und Hindernissen ausgesetzt zu sein. Ich will mich also auf ein paar Andeutungen beschränken. Als Studienrätin hatte ich 25 Wochenstunden Unterrichtsverpflichtung; seit jenem Abitur, das wohl doch mehr Aufsehen erregt hatte, als ich ahnen konnte, hatte ich nur noch 20 Stunden Unterricht und auf der Oberstu-



Christa Bürger, Angst. 4.2.1983 (Collage)

fe nur noch Französisch. Wenige Jahre später bin ich Peter Bürger nach Erlangen gefolgt. Bis heute kann ich nur Vermutungen darüber anstellen, warum Herr Fuchs, kommissarischer Direktor eines Erlanger Gymnasiums, dessen früherer Leiter wegen seiner liberalen Amtsführung versetzt worden war, mich in einer eigens anberaumten Lehrerkonferenz am Tag vor meinem Dienstantritt als »die rote Bürger« ankündigte. An der Schule von Herrn Fuchs unterrichtete ich, bei einem auf 12 Stunden reduzierten Deputat, Französisch und Deutsch in Unter- und Mittelstufe; in den Abiturklassen waren Referendare eingesetzt. In Bremen – das war dann schon nach dem sogenannten Radikalenerlaß – waren es nur noch 8 Stunden, Französisch, Anfängerunterricht. In den Abiturklassen unterrichteten Referendare; es herrschte Lehrermangel. Im Lehrerzimmer war immer eine eigentümliche Leere um mich herum, die sich auf die hanseatische Zurückhaltung kaum allein zurückführen ließ. – Während ich mir diese lange zurückliegenden Erfahrungen zu vergegenwärtigen versuche, überkommt mich wieder das eigentümliche Gefühl der Unwirklichkeit, das ich damals oft empfunden habe. Aber dann bin ich plötzlich wieder ganz in der Gegenwart dieser 90er Jahre: seit Öffnung der Mauer haben Zehntausende ehemaliger DDR-Bürger ihre Stasiakten angefordert und einsehen können. Über die Einschätzung dieser Behörde besteht Konsens,

und ihre Methoden sind inzwischen allgemein bekannt. In meiner Personalakte, die ich mir am Ende meiner Schulkarriere dann doch irgendwann hatte vorlegen lassen, gibt es keinen Hinweis auf die »Erkenntnisse«, über die die Schulbehörden verfügen mußten, und ich habe bis heute keine Möglichkeit herauszubekommen, auf welchen Wegen sie dazu gelangt sind.

Es war Zeit, sich von der Schule zu verabschieden. Meine Dissertation *Textanalyse als Ideologiekritik* (1973) faßt zusammen, was zu Beginn der 70er Jahre der Stand unserer methodologischen Reflexionen gewesen ist. Mit diesem Buch und den didaktischen Veröffentlichungen habe ich mich in Frankfurt beworben und bin trotz einiger Widerstände seitens des Ministeriums auch berufen worden. Um das »Laufbahn«-Kapitel abzuschließen: 1979 habe ich mich an einer anderen Universität beworben, den ersten Platz auf der Berufungsliste bekommen und bin vom Ministerium (eines SPD-geführten Landes) abgelehnt worden. In diesem Jahr habe ich angefangen, Tagebuch zu schreiben, auch, weil die Reaktionen von Freunden und Kollegen, die Verunsicherungen und Identitätsauflösungen, die wir beobachteten, uns sehr beunruhigt haben.

In diesem Sommer 1979 haben wir eines der Lieder von Wolf Biermann sehr gebraucht: »Du laß dich nicht verbittern ...« Es ist der Sommer, in dem, verzweifelt über das Scheitern der Bremer Reformuniversität, einer der Professoren, der Soziologe Rolf Grauhan, sich auf dem Platz vor der Universität, in seinem Auto, verbrennt. Ich habe die Zeitungsnotiz in mein Tagebuch geklebt; sie endet mit dem Satz: »Nach Darstellung der Polizei sollen die Gründe für den Freitod im Privatleben des Mannes zu suchen sein.« Schreibend habe ich damals, für mich, für uns, versucht, diesen stummen Tod als ein Zeichen zu verstehen, das in die konkrete Verzweiflung zurückübersetzt werden mußte, die ihm zugrunde gelegen hat. – Hier müßte ich im Grunde einen Exkurs einschieben über die Stimmung, die uns, wie das Tagebuch erkennen läßt, beherrscht haben muß in diesem Jahr: Angst. Nennen will ich immerhin die Stichworte, die damals in der Luft lagen. Umweltzerstörung, Erschöpfung der Ressourcen, Atomkrieg, Strauß. Christa Wolfs *Kassandra* trifft diese Stimmung ziemlich genau, und die seismographische Intensität dieses Buchs erklärt wohl auch die ungewöhnliche Wirkung, die es entfaltet hat.



CHRISTA BÜRGER

**Textauszug aus:**  
**Christa Bürger: Mein Weg durch die Literaturwissenschaft 1968-1998**  
 © Wallstein Verlag, Göttingen 2019, S. 113-119.  
 Collage auf Seite 49 fotografiert von Daniel Delhaes.

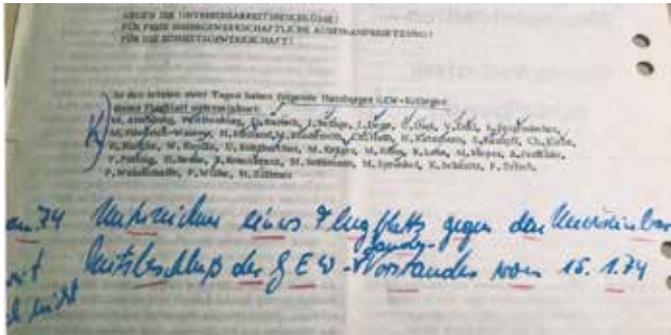
# Der Verfassungsschutz war immer dabei!

Die nun zugänglichen Akten des Hamburger Landesamtes für Verfassungsschutz offenbaren, mit welcher akribischer Spitzel- und Sammelwut hier in den 1970er Jahren ein ganz eigenwilliges ›Archiv sozialer Bewegungen‹ angelegt wurde

Bei meinen Recherchen im Hamburger Staatsarchiv ist mir im November 2021 zum ersten Mal aufgefallen, dass Akten des Landesamtes für Verfassungsschutz aus der Zeit von 1968 bis 1990 im Staatsarchiv zugänglich und einsehbar sind. Ich werde am Ende dieses Artikels genau angeben, wie jede\*r Interessierte das Register im Internet ansehen und diese Recherche für sich selbst durchführen kann. Es sind nämlich von Hunderten fast ausschließlich linken Organisationen, Gruppen, Initiativen und zahllosen Einzelpersonen von Verfassungsschutzmitarbeitern, Spitzeln und staatlichen Zuträgern Aussagen, Flugblätter, schriftliche Äußerungen, Abstimmungsverhalten und Anträge gesammelt worden, Vermerke dazu angefertigt, am Rand unterstrichene Namen mit einem **K** gekennzeichnet, aus dem die Ämter entnehmen können sollten, dass es sich bei den gekennzeichneten Personen um ›Kommunisten‹ (unterschiedlicher Organisationen) handele. Das fand ich nun so interessant, dass ich am Beispiel meiner eigenen Person einmal überprüft habe, wann, wo und was über mich und von mir für Akten des Verfassungsschutzes gesammelt wurden. Erschreckend ist für mich, dass der Verfassungsschutz seit meinem Studienbeginn in Hamburg im April 1969 sowohl die Fachschaften, das Studentenparlament, das Konzil und die Fachbereichsräte sowie

die studentischen Vollversammlungen systematisch beobachtet hat. So wurden Flugblätter eingesammelt, die presserechtlich Verantwortlichen unterstrichen und mit einem **K** vermerkt, wenn der Verfassungsschutz glaubte, es würde sich um ›Kommunisten‹ handeln. Kandidaturen zum Fachschaftsrat und zum AStA der Universität werden dokumentiert. Aber damit hörte es nicht auf. Es ging weiter: Beobachtet und ausgewertet wurden die Referendarversammlungen am Studienseminar von 1972 bis 1981, der Referendar-Ausschuss, alle linken politischen Organisationen jeglicher Art und Größe. Und, es ist nicht zu fassen, es gibt auch eine dicke Akte des Verfassungsschutzes über die GEW: über interne Versammlungen der GEW von 1972 bis 1982. Auch hier sind Anträge gesammelt, Antragsteller unterstrichen und mit großem **K**

als ›Kommunisten‹ festgehalten sowie Zuordnungen getätigt worden, die immer mal wieder falsch sind. Aber es werden auch Bemerkungen gemacht, aus denen man ersehen kann, dass hier offensichtlich nicht nur externe Spitzel Informationen weitergeben, sondern außerdem GEW-interne Personen zusätzliche Bemerkungen und Erläuterungen vorgenommen haben. Besonders im Blickpunkt sind ›Junglehrer‹-Versammlungen des Ausschusses junger Lehrer und Erzieher (AJLE), aber auch Fachgruppenversammlungen und beispielsweise Kandidatenlisten, etwa zur Wahl der Lehrerkammer 1977. Selbst Anträge auf Personalversammlungen wurden beobachtet und ausgewertet. Und – es wundert nicht – viele der unterstrichenen Personen bekamen später Berufsverbotsverfahren. Hierzu wurden Aktivitäten als gewählte Vertreter an der



Mit feinsten Tinte: »Unterzeichner eines Flugblatts gegen den Unvereinbarkeitsbeschluss des GEW-Landesvorstands vom 15.1.74« – abgehakt als »K« wie »Kommunisten«

Universität, in Fachschaftsräten, im Fachbereichsrat, im AStA, am Studienseminar, ebenso Anträge auf Personalversammlungen und auch das Engagement in der GEW aufgerechnet.

**Damit fing es an:  
Universität Hamburg**

Ich habe 1969 in einem Streiksemester der Universität Hamburg, als der ›Philosophenturm‹ bestreikt wurde, mein Studium der Psychologie und Erziehungswissenschaft begonnen. Zwar schon zu meiner Zeit als Schüler politisiert, aber organisatorisch noch nicht festgelegt. 1972 begann ich, mich auf das Vordiplom in Psychologie und das erste Lehrer-Staatsexamen vorzubereiten. Im Jahr davor war der Marxistische Studentenbund Spartakus gegründet worden, dessen Mitglied ich im Sommer wurde.

Wegen meiner Prüfungsvorbereitungen hatte ich weder für das Studentenparlament oder den Fachschaftsrat, noch für den AStA kandidiert, mich allerdings einige Male als Versammlungsleiter auf Vollversammlungen im PI-Hörsaal und im Audimax wählen lassen. Und ich war studentisches Mitglied im Fachbereichsrat Erziehungswissenschaft als Vertreter der Mit-Spartakistin Tissy Bruns, die damals auf vielen Feldern aktiv war. Sie wurde nicht Lehrerin, sondern machte als Journalistin Karriere, war Parlamentskorrespondentin und erste Frau an der Spitze der Bundespressekonferenz, wo sie zur Eröffnung des Bundespresseballs unter anderem mit den Bundespräsidenten Johannes Rau und Roman Herzog den Eröffnungswalzer tanzte. Aber das fand später statt.

Das Jahr 1971 war für die Lehrer\*innenausbildung in Hamburg an der Universität ein schwieriges Jahr. Die Kapazitäten für das Lehrpersonal reichten bei der eingetrete-

nen ›Lehrer\*innenschwemme‹ nicht aus. Der Fachbereichsrat beschloss in seiner Mehrheit Kampfmaßnahmen zur Ausweitung der personellen Kapazitäten für eine qualifizierte Ausbildung – mit großer Zustimmung auch der Gruppe der ›Professoren und Assistenten‹. Der Akademische Senat unterstützte die Forderungen. Fachbereichssprecher war der Erziehungswissenschaftler Prof. Dr. Hans Scheuerl.

In der Akte des Verfassungsschutzes finden sich zahlreiche interne Unterlagen des Fachbereichsrates und viele Flugblätter wieder (Studentische Vollversammlungen 136-3\_131): Abstimmungsergebnisse der Fachbereichsrat-Sitzungen, namentlich aufgeschlüsselt, wobei auch die Professoren zu einem Großteil für Kampfmaßnahmen votierten. Besonders die studentischen Vertreter\*innen wurden politisch zugeordnet. Dabei wurde auch wieder unterstrichen und Verdächtige mit einem **K** am Rand gekennzeichnet, so zum Beispiel der spätere Bildungsjournalist Reinhard Kahl, der in den Fachschaftsrat gewählt worden war.

Im Zuge der Auseinandersetzungen wollte der kurzzeitige Wissenschaftssenator Reinhard Philipp (FDP) zu Lasten der Studierenden die **Drittelparität** in den akademischen Gremien, so auch im Fachbereich Erziehungswissenschaft abschaffen. Bürgermeister war seit dem 9. Juni 1971 Peter Schulz, der im Jahr zuvor als Senator für Schule, Jugend und Berufsbildung fungiert hatte.

Zu Beginn des Wintersemesters am 11.10.1972 rief der damalige Hochschulreferent des AStA, Rainer Petersen, im AStA-info dazu auf, die Drittelparität zu verteidigen und keine Professoren-Mehrheit zu installieren. Und ich, der nach abgelegten Prüfungen zum 1.2.1973 in das

Referendariat gehen wollte, schrieb ein Flugblatt dazu, das vom MSB Spartakus veröffentlicht werden sollte. Die Forderung: Keine Abschaffung der Drittelparität, keine Einschränkung der Mitbestimmungsmöglichkeiten der Studierenden. Ich brachte es in das MSB-Keller-Büro in der Bundesstraße. Es musste für die Vollversammlung der Lehramtsstudierenden zum 24. Oktober gedruckt werden. Kein\*e Verantwortliche\*r war in den Semesterferien zu erreichen, so dass mein Name für die Unigruppe des MSB darunter gesetzt wurde. Es landete beim Verfassungsschutz und ist in der Akte der studentischen Vollversammlungen enthalten.

Für den von Erich Frister und Luc Jochimsen 1972 herausgegebenen Band mit dem Titel »Wie links dürfen Lehrer sein?« schrieb der damalige Fachbereichssprecher Prof. Hans Scheuerl seine Erfahrungen mit den linken Studentenvertretern auf:

»Entgegen manchen anderslautenden Befürchtungen von auswärts kann ich nur feststellen, dass die Gremienarbeit bei uns absolut sachlich verlief, dass gerade die Studentenvertreter sich in allen Grundfragen strikt an den wissenschaftlich und didaktisch notwendigen Maßstäben orientierten, und das ausdrücklich auch Berufungs- und Personalfragen gerade von ihnen mit besonders großem Ernst und wissenschaftlichem Verantwortungsbewusstsein beraten wurden.« (S. 137) Im Fortgang lässt sich Scheuerl sogar zu den folgenden Formulierungen hinreißen: »Über die Zusammenarbeit mit den neuen Vertretern in den Beschlussgremien brauchte man sich trotz mancher Befürchtungen nicht zu beklagen: Dank einer ›Bündnispolitik‹, deren sich diese Gruppen befleißigten,



Das »verhängnisvolle« Flugblatt landete in der Personalakte

war auch mit ihnen die bruchlose Fortsetzung einer sachlichen, an den Ausbaubedürfnissen des Faches und seiner Probleme orientierten Selbstverwaltung möglich. Gegenüber den immer noch sich verweigern den ‚Linksromantikern‘ aus dem antiautoritären Lager betrieben diese Studentenvertreter sogar eine ausgesprochen realistische, mit den Erfordernissen der Institution und den Interessen der Lehrkörpergruppen von Fall zu Fall präzise abgestimmte Gremienpolitik, bei der sie sich gerade auch in einer besonders schwierigen Situation des Fachbereichs im Sommer 1971 als verlässliche, lernbereite und zu Selbstkorrekturen bereite Partner

erwiesen. Und wenn diese Studentenvertreter in ihren Vollversammlungen unter ihresgleichen bei ihren ideologischen Debatten auch oft eine Sprache reden, die dem in ihre Rivalitätskomplexe nicht eingeweihten Bürger Angst machen kann (sofern sie ihn nicht einfach nur ermüdet), so zeigten sie sich andererseits in den Beschlussgremien doch sachorientiert, kooperationswillig, gesetzeskonform und sehr viel flexibler, als mancher Außenstehende vermuten mag. Dies jedenfalls ist meine bisherige Erfahrung.« (Scheuerl zit. n. Erich Frister/Luc Jochimsen: Wie links dürfen Lehrer sein? Reinbek: Rowohlt 1972, S. 140) Damit waren unter anderem

auch Ewald Leppin und ich gemeint, die schon zwei Jahre später ein Berufsverbotsverfahren bekamen.

Nun sammelte das Landesamt für Verfassungsschutz keineswegs nur für sich. Es gab seine Unterlagen weiter. Nachdem ich 1974 das Referendariat erfolgreich absolviert hatte, wurde ich im Sommer in das Senatorenbüro in der Hamburger Straße zu einer Anhörung von Senator Günter Apel bestellt, der mir im Beisein des Behördenjuristen Rellstab mitteilte, ich würde wegen Bedenken an meiner Verfassungstreue nicht verbeamtet, sondern nur mit einem Angestelltenvertrag in die Schule gelassen. Dieser werde aber von der Behörde gleichzeitig gekündigt, wogegen ich klagen könne. Vorher wurde ich zum Grundgesetz befragt, zu dem ich mich bekannte. Konkrete Vorhaltungen konnten mir nicht gemacht werden. Während der schulischen Arbeit im Referendariat habe es keine Einwände gegeben.

Das war nur die halbe Wahrheit gewesen. Während des Referendariats war meine Arbeit als Referendar-Sprecher und Verantwortlicher für die Referendarzeitung schon zum Anlass von Anhörungen geworden. Mir war vorgehalten worden, »den politischen Kampfbegriff »Berufsverbote« in der Referendar-Zeitung benutzt zu haben, »ebenso in Artikeln in der Hamburger Lehrerzeitung«. Berufsverbote gäbe es nicht. Es handle sich doch lediglich um die Überprüfung der Verfassungstreue von Beamten, die gesetzlich notwendig sei. Ein paar Monate später beantragte ich in der Schulbehörde die Einsicht in meine Personalakte. Die zuständige Sachbearbeiterin war nicht anwesend und eine junge Vertretung nahm meine Personalakte in die Hand und fragte sich, was sie denn davon aushändigen könne. »Ge-

ben Sie mir doch alles«, sagte ich und bekam meine Personalakte inklusive der darin liegenden Verfassungsschutzakte. Und hierin befanden sich nicht nur die Veröffentlichungen des Referendarvorstandes, für die ich verantwortlich war, sondern ganz zu Anfang auch das Spartacus-Flugblatt mit der Forderung, die Drittelparität für die Studierenden in den Gremien der akademischen Selbstverwaltung nicht abzuschaffen. So ist der Kreislauf, der zu Berufsverbotsverfahren führte.

**Schnüffeln als Amtshilfe**  
 Der AstA der Universität Hamburg enthüllte in einer Extra-Ausgabe seiner Zeitung »za« einen neuen Schnüffelskandal in Hamburg. Er veröffentlicht ein vertrauliches Schreiben (Unterzeichner: Reg.-Dir. Busse), das beweist, wie die Hamburger Univerwaltung persönliche Daten von Studenten an das Landesamt für Verfassungsschutz weiterleitet. Präsident Fischer-Appelt bestätigte die Zusammenarbeit in einem uni-hh-extra, in dem er sagt, daß die »Universität zur Amtshilfe verpflichtet ist«. Die Innenbehörde bestreitet die Existenz von Listen über Studenten, Uni-Pressesprecher Lippert erinnert sich allerdings »an zwei bis drei Listen mit je 50 bis 60 Namen seit 1974«. (HA v. 31. 10. 79)  
 Für Hamburgs Verfassungsschutzchef Horchem hat die Schnüffelpraxis bei Hamburgs Studenten ein pragmatisches Ziel: »Wenn dort Spione, verfassungsfeindliche Organisationen und Terroristen operieren, kommen wir auf dem Rücken dieser Organisationen natürlich auch in die Universität.« (Welt v. 31. 10. 79.) Wie lange schon geschnüffelt wird, kann man erahnen: Schon seit 1973 werden Berufsverbote mit Hinweisen auf die Wahrnehmung stud. Mandate in AstA, Studentenparlament und Fachschaftsräten begründet (z. B. Jutta May-Martens, Ewald Leppin, Michael Jung . . .). Inzwischen haben der AstA und die JUSOS Uni-Präsident Fischer-Appelt bzw. Innensenator Staak zum Rücktritt aufgefordert. delo

Hamburger Lehrzeitung 14/1979

**Verfassungsschutz auch am Studienseminar**

Bemerkenswert ist, dass der Verfassungsschutz nicht nur an der Universität ermittelte und spitzelte, sondern auch in den Gremien am Studienseminar, im Referendar-Ausschuss und dort sämtliche Veröffentlichungen des Referendar-Vorstandes sammelte, auch Kandidaturen und Mitteilungen. Betroffen waren davon auch die Kandidaturen aus dem Jahre 1972/73, wo eine Gruppe »SSG und Nichtorganisierte« für den Referendar-Vorstand kandidiert hatte und die sich zur SSG (Sozialistische Studentengruppe) bekennenden Peter Altenburg und Marita Hindemith ein Verfahren bekamen, das zu ihrer Entlassung aus dem Hamburger Schuldienst führte. In der HLZ 14 /1979 schrieb ich eine kleine Nachricht unter der Überschrift: »Schnüffeln als Amtshilfe«: (siehe links).

**Verfassungsschutz auch in der GEW?**

Ein ganz anderes Kapitel ist, dass es eine Akte des Landesamtes für Verfassungsschutz gibt, in der **GEW-interne Unterlagen** gesammelt wurden (136 – 3 127 GEW, 1972-1982). Im Mittelpunkt steht dabei besonders auch der »Junglehrer«-Bereich. Es ist die konsequente Fortsetzung dessen, was an der Universität und im Referendariat angefangen wurde, nachdem die erste Lehrer\*innenschwemme die Universität und das Studienseminar verlassen hatte. Aus den Junglehrer-Versammlungen in der GEW wurden Flugblätter gesammelt, aber z.B. auch Broschüren etwa des Ausschusses für Friedenserziehung im Referat B 1 der GEW, der Arbeitsgruppe Chile in der Fachgruppe Gymnasien, Anträge von den ordentlichen Hauptversammlungen, Anträge für Personalversammlungen, Aufrufe

der Betriebsgruppe Arbeitslose in der GEW, AjLE-Infos und Kandidatenaufstellungen. Und es gibt ein Flugblatt gegen den Unvereinbarkeitsbeschluss innerhalb der GEW, auf dem 33 Kolleginnen und Kollegen aufgezählt werden, die dieses Flugblatt unterzeichnet haben. Die Muster sind immer dieselben. Namen sind unterstrichen, mit K vermerkt, zum Teil mit groben Fehlern, wenn ähnliche oder gleiche Nachnamen fälschlicherweise zugeordnet werden. Und selbst die Kandidat\*innenliste der GEW zur Wahl der Lehrerkammer 1977 wurde ausgewertet. Nun gab es bei diesen GEW-Versammlungen ja Eingangskontrollen. Die Gewerkschaftsveranstaltungen und Personalversammlungen waren nur Mitgliedern oder Beschäftigten der jeweiligen Bereiche zugänglich – vielleicht wurde das bisweilen ja einfach nur zu lax gehandhabt. Aber nicht nur daraus ergibt sich die Frage, ob es nicht auch GEW-interne Zuträger gegeben hat. Dies ist insofern eine nicht ganz abwegige Vermutung, weil es in diesen Zeiten heftiger innergewerkschaftlicher Auseinandersetzungen von 1973 bis 1977 Gründe gegeben hat, zur Munitionierung in den internen Konflikten der GEW Material zu sammeln.

**Peter Schulz und die Regelanfrage beim Verfassungsschutz**

Die Politisierung der Hamburger Schüler\*innen und Studierenden in der antiautoritären Zeit seit 1967, verbunden mit erheblich steigenden Schüler\*innenzahlen in den Hamburger Schulen, hatte zu einer Verstärkung der Lehrer\*innenausbildung geführt. Seit 1972 waren viele der politisierten Lehramtsanwärter\*innen in das Studienseminar gekommen und auch in die GEW ein-



getreten. Die äußeren politischen Bedingungen in Hamburg waren dafür allerdings nicht günstig. Am 9. Juni 1971 wurde Peter Schulz als Nachfolger von Herbert Weichmann zum Ersten Bürgermeister in Hamburg gewählt. Der 41-jährige Jurist hatte seit 1970 die Hamburger Schulbehörde geleitet. Peter Schulz war mit der Familie nach der Absetzung seines Vaters als Oberbürgermeister von Rostock 1949 nach Hamburg gekommen, um hier Jura zu studieren und als Rechtsanwalt zu arbeiten. Seit 1961 war er SPD-Abgeordneter in der Hamburger Bürgerschaft. Bedauerlich ist, dass jemand, der erzählte, vor Stasi-Methoden und politischer Unterdrückung geflohen zu sein, in seinem Verantwortungsbereich später ebensolche Methoden verwendete. Als Bürgermeister in Hamburg war Peter Schulz verantwortlich für den Senatsbeschluss vom 23. November 1971, durch den die Tochter eines von den Nazis verfolgten Kommunisten und Widerstandskämpfers, die Lehrerin Heike Gohl, Mitglied der DKP und der SDAJ, nicht verbeamtet wurde. Und Peter Schulz war es auch, der kurz darauf maßgeblich dafür sorgte, dass die Ministerpräsidenten mit Bundeskanzler Willy Brandt am 28.1.1972 den Radikalerlass auf die ganze Bundesrepublik ausdehnten. Daraus entstanden in den nächsten Jahren behördliche Hetzjagden auf linke Berufseinsteiger\*innen, etwa 3,5 Millionen Regelanfragen beim Verfassungsschutz, 11.000 Berufsverbotsverfahren, 2200 Disziplinarverfahren. Als in Verantwortung von Peter Schulz im Januar 1972 ein Be-

rufungsverbot gegen die Hamburger Lehrerin Ilse Jacob eingeleitet wurde, schrieb der damalige

dies, angesichts des dem Landesamt für Verfassungsschutz bekannten Schicksals der Eltern der Frau Jacob während des Dritten Reiches, als ungewöhnliche persönliche und politische Taktlosigkeit bezeichnen. Als weitere Indizien nennt das Landesamt für Verfassungsschutz unter anderem die Zustimmung zu einer Erklärung gegen die Einführung der Vorbeugehaft aus dem März 1969 und die Unterzeichnung eines Aufrufes für eine Anti-NPD-Kundgebung. Auch hier soll mit aller Zurückhaltung beurteilt und lediglich in der Sprache des Landesamtes für Verfassungsschutz festgestellt werden, dass »erhebliche Bedenken« bestehen, ob es sich bei dieser Behörde tatsächlich um eine Einrichtung zum Schutze der derzeitigen Verfassung Hamburgs und der Bundesrepublik handelt«



**GEW-Landesvorsitzender Dietrich Lemke: »Hamburgs Lehrer vertrauen ihm«, der Verfassungsschutz nicht**

GEW-Bundesvorsitzende Erich Frister einen Brief an Hamburgs Bürgermeister Peter Schulz: »Unsere Bedenken richten sich gegen die an diesem Fall öffentlich gewordenen Verfahrensweisen und politischen Auffassungen des Landesamtes für Verfassungsschutz in Hamburg. In dem Schreiben des Landesamtes für Verfassungsschutz vom 26. Januar 1972 an die Behörde für Schule, Jugend und Berufsausbildung wird unter anderem eine Teilnahme der Frau Jacob als Delegierte am Bundeskongress der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes als Indiz für die Bedenken hinsichtlich der Bereitschaft der Frau Jacob aufgeführt, sich jederzeit für die freiheitlich-demokratische Grundordnung einzusetzen. Selbst bei zurückhaltender Beurteilung muss man

(abgedruckt in Berliner Lehrerzeitung 5/1972, S. 10). Erich Frister bezog sich dabei auf die Enthüllungen der Medien über die Vergangenheit des Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Hubert Schrübbers, der als NS-Staatsanwalt und vormaliges SA-Mitglied von 1938 bis 1941 als Oberstaatsanwalt für zahlreiche Verfahren gegen rassistisch, antisemitisch und politisch verfolgte des NS-Regimes verantwortlich war. Später hatte Schrübbers in einer Polizeieinheit der SS in Frankreich gedient. Nach dem Krieg war Schrübbers Bundesanwalt am Bundesgerichtshof, 1953 Generalstaatsanwalt beim Oberlandesgericht Düsseldorf und ab 1955 Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz. Ihm wurde vorgeworfen, ehemalige SS-Mitglieder beim Bundesamt

für Verfassungsschutz eingestell-  
 zu haben. Nach mehreren Medi-  
 enberichten am 30.4.1972 wurde  
 er wegen seiner Verstrickung in  
 die NS-Justiz in den Ruhestand  
 versetzt (Die ZEIT Nr. 6 vom  
 11.2.1972).

Erich Frister erinnerte daran,  
 dass der Vater von Ilse Jacob –  
 der ehemalige Hamburger KPD-  
 Abgeordnete Franz Jacob – 1933  
 von den Nazis verhaftet, bis  
 1940 im KZ Sachsenhausen ein-  
 gesperrt und als Mitglied einer  
 antifaschistischen Widerstands-  
 gruppe am 18. September 1944  
 ermordet worden war. Und auch  
 ihre Mutter Katharina Jacob war  
 von den Nazis verfolgt, verhaftet  
 und ins KZ Ravensbrück über-  
 stellt worden, wo sie erst am  
 30.4.1945 befreit werden konnte.  
 Als Erster Bürgermeister in  
 Hamburg war Peter Schulz die  
 treibende Kraft dabei, Berufs-  
 verbote zu exekutieren und dafür  
 die Regelanfrage beim Verfas-  
 sungsschutz und deren Ergeb-  
 nisse zu nutzen. In Hamburg  
 gab es in den Jahren von 1971  
 bis 1978 etwa 100.000 Anfragen  
 beim Verfassungsschutz und 88  
 Berufsverbote (siehe Alexandra  
 Jaeger: Auf der Suche nach  
 ›Verfassungsfeinden‹. Der Ra-  
 dikalenbeschluss in Hamburg  
 1971-1987, Göttingen: Wallstein  
 2019).

Unendlich viel ist zusammen-  
 getragen worden, mit mannig-  
 fältigen Absurditäten: Etwa bei  
 Hans-Werner Schäfer, dass er zur  
 Untermiete bei einer vom Berufs-  
 verbot Betroffenen wohnte. Oder  
 Ewald Leppin wurde vorgewor-  
 fen, »in einer Lehrer-Bildungs-  
 kommission des AMS Spartakus  
 mitgearbeitet zu haben«. Dabei  
 handelte es sich hier eigentlich  
 um eine vom Hamburger Senat  
 einberufene Kommission zur  
 Reform der Referendar\*innen-  
 und Lehrer\*innenausbildung, in  
 die Ewald Leppin 1970 als ge-  
 wählter studentischer Vertreter

vom Uni-Konzil entsandt wor-  
 den war.

Als die SPD Peter Schulz zum  
 Bürgermeister machte, ersetzte  
 Günter Apel ihn als Schulsenator,  
 ohne dass sich etwas änderte.  
 Aber was war das auch für eine  
 SPD-Bürgerschaftsfraktion? Da  
 behauptete der Gruppenseminar-  
 leiter am staatlichen Studiense-  
 minar und SPD-Bürgerschafts-  
 abgeordnete Wolfgang Duysen,  
 dass 100 Kommunisten gegen-  
 wärtig im staatlichen Studiense-  
 minar in Hamburg ausgebildet  
 würden. Und: »Diese Kommun-  
 isten wollen den demokrati-  
 schen Rechtsstaat zerstören und  
 die Schulkinder als ihre Kampf-  
 gefährten gewinnen« (Hamburger  
 Abendblatt vom 20.9.1973).  
 Duysen hätte beobachtet, dass  
 »in einem Hauptseminar mehr  
 als ein Drittel der 60 Teilnehmer  
 Mitglieder kommunistischer Or-  
 ganisationen« seien. Und sein  
 SPD-Bürgerschaftskollege, der  
 Politikdidaktiker Winfried Dö-  
 bertin, wusste über den »wach-  
 senden Einfluss Linksradikaler  
 im Fachbereich Erziehungswis-  
 senschaften der Uni Hamburg«  
 zu berichten: »Hier ist es schon  
 so weit, dass in Arbeiten der  
 Studenten Ideologie statt Wis-  
 senschaftlichkeit benotet wird«  
 (Hamburger Abendblatt vom  
 27.9.1973).

Da konnte Schulsenator Apel  
 in der Bürgerschaft erklären:  
 »Die Hamburger Eltern kön-  
 nen sich darauf verlassen, dass  
 wir nicht dulden, dass kommuni-  
 stische Lehrer ihre Kinder  
 politisch indoktrinieren.« Eine  
 Vorlage für Bürgermeister Peter  
 Schulz: »Wir im Senat sind kei-  
 ne Schwachmänner. An unserer  
 Haltung gegen Radikale im öf-  
 fentlichen Dienst kann es keinen  
 Zweifel geben und an der Praxis  
 der Anwendung des Ministerprä-  
 sidentenbeschlusses auch nicht.«  
 So nahm die Tragödie – oder  
 die Farce – ihren Lauf. Senator  
 Apel marschierte in das Studi-

enseminar an der Hohen Weide  
 und führte eine ›Seminarlei-  
 terkonferenz‹ durch, um die  
 Seminarleiter\*innen zu instrui-  
 ren, wie sie sich vor den vielen  
 ›Kommunisten‹ unter den ›Jung-  
 lehrern‹ schützen könnten und  
 wie sie sich verhalten sollten.

Ich erfuhr davon ein paar Tage  
 nach dem 14. September 1973.  
 Mein Gruppenseminarleiter  
 sprach mich an und fragte: »Was  
 sind Sie denn für einer? Auch  
 vor Ihnen wurde gewarnt. Sie  
 sind namentlich genannt wor-  
 den!«

Personalführung nach damaliger  
 Art des Hauses. »Wir sind kei-  
 ne Schwachmänner«, hatte sich  
 Bürgermeister Peter Schulz in  
 der Bürgerschaft gebrüstet. Aber  
 war das auch eine angemessene  
 und akzeptable Form der Perso-  
 nalführung gegenüber einer an-  
 gehenden Lehrer\*innenschaft?  
 Der damalige GEW-Landesvor-  
 sitzende Dieter Wunder setzte  
 sich in der HLZ mit der denk-  
 würdigen Seminarleiterkonfe-  
 renz und dem Verhalten der Lei-  
 tung der Schulbehörde kritisch  
 auseinander (siehe: Gefährliche  
 Eingriffe des Staates in die Re-  
 ferendarausbildung?, HLZ 2/1974,  
 S. 44ff.).

Es war auf der Seminarleiterkon-  
 ferenz auch die Forderung auf-  
 gestellt worden, die Examens-  
 arbeiten auf marxistische oder  
 linke Inhalte zu überprüfen.

### **Veränderte Positionen auch in der SPD**

Die GEW kämpfte gegen die  
 Berufsverbote, insbesondere  
 seitdem es 1975 einen Rich-  
 tungswechsel nach den Vor-  
 standswahlen gegeben hatte.  
 Und auch für die Wiedereinstel-  
 lung und Verbeamtung der Ent-  
 lassenen und Abgewiesenen war  
 es noch ein sehr langer Kampf.  
 Es wurde eine von Peter Dasch-  
 ner geleitete Kommission der  
 GEW gegen die Berufsverbote  
 eingerichtet.



Seit der Wahl von Udo Hergenröder zum Schriftleiter der HLZ erwies sich die Hamburger Lehrerzeitung als ein wichtiges Organ für den Kampf gegen die Berufsverbote. Wesentlich waren aber auch die Veränderungen innerhalb der SPD, nachdem nicht mehr Leute wie Wolfgang Duysen und Winfried Döberlin die innersozialdemokratische und öffentliche Diskussion bestimmten, sondern sich die GEW-Kollegen Wulf Damkowski, Bodo Schümann und Werner Löwe in der SPD-Fraktion in die Diskussion einmischten.

Hans-Ulrich Klose kam als neuer Bürgermeister und leitete mit Joist Grolle als Bildungssenator die Umkehr ein.

Auch hier spielte die HLZ eine wichtige Rolle. Die Interviews mit Joist Grolle (in HLZ 9-10/1978, S. 3ff. und in HLZ 15-16/1978, S. 3) spielten dabei eine wesentliche Rolle. Grolle sagte in einem Gespräch mit Karl Fisher und Udo Hergenröder nach 100 Tagen Amtszeit: »Entscheidend ist zunächst einmal, dass die Regelanfrage beim Verfassungsschutz künftig wegfallen soll. Damit ist gesichert, dass die Gefahr pauschaler Verdächtigung vom Tisch ist. Ob das Landesamt für Verfassungsschutz im Einzelfall auch ohne Anordnung Erkenntnisse an die Einstellungsbehörde gelangen lassen kann, ist im Senat bisher noch unerörterter Punkt. Ich gehe aber davon aus, dass eine Weitergabe solcher Erkenntnisse

in keinem Fall ohne ausdrückliche Billigung durch ein politisch verantwortliches Gremium geschehen dürfte« (HLZ 9/10-1978, S. 4).

Und er ergänzte: »Auch bei subjektiv friedlichem Vorsatz, die Überprüfungsverfahren rechtsstaatlich korrekt durchzuführen, war doch das politische Ergebnis eine immer mehr um sich greifende Verunsicherung, ja Verängstigung großer Teile in der jüngeren Generation. Für mich ist diese Entwicklung nicht nur persönlich eine wachsende Gewissensbelastung geworden, sondern ich sehe hier auch strukturelle Gefahren für unsere Demokratie, die folgenreicher sind, als wir ursprünglich haben wahrhaben wollen. Ich kann nur hoffen, dass der in der Sozialdemokratie spät genug in Gang gekommene Diskussionsprozess über diese Frage rasch zu rechtlich umsetzbaren Ergebnissen führt. Was an mir liegt, werde ich dazu beitragen« (HLZ 9/10-1978, S. 4).

1979 befragten Rainer Petersen und ich die beiden SPD-Linken, GEW-Mitglieder und Abgeordneten Wulf Damkowski und Bodo Schümann, die persönlich sehr engagiert an der Veränderung der Hamburger Richtlinien, aber auch an einem Beschluss des SPD-Bundesparteitages im Dezember 1978 beteiligt waren. Dort lautete es: »Eine Routineanfrage beim Verfassungsschutz findet nicht statt.« Und auch: »Grundlage für einen Ableh-

nungsbescheid darf nur konkretes Verhalten sein.« Also nicht einfach die bloße Mitgliedschaft in politischen Organisationen (HLZ 1/1979, S. 20).

Der neue Bürgermeister Hans-Ulrich Klose sagte damals: »Lieber stelle ich 20 Kommunisten ein, als dass ich 200.000 junge Menschen verunsichere.« Der vielzitierte öffentliche Satz leitete zwar eine Wende ein, aber wir wissen, dass es noch eine lange Zeit dauerte, bis Personen rehabilitiert wurden, Einstellungen erfolgten und Berufsverbote zurückgenommen wurden. Abgesehen von Artikulationen des Bedauerns und teils auch dem partiellen Eingestehen von Irrtümern hat es eine wirkliche öffentliche Entschuldigung der SPD bis heute nicht gegeben.

### The times they are a-changing

Als mein Seminarleiter mich 1973 nach der Seminarleiter-Konferenz mit Schulsenator Günter Apel ansprach, fragte er, was ich denn für einer sei – auch mein Name sei dort genannt worden. Viele Jahre später, als ich 1997 Hauptseminarleiter am Studiensseminar wurde, war er immer noch tätig und begleitete mich als Fachseminarleiter zu einigen Hospitationen und Prüfungen. Und wenn wir zusammen im Schulleitungsbüro eintrafen, wies er auf mich und sagte: »Den habe ich ausgebildet«. – So kann es kommen.

HANS-PETER DE LORENT

### Eigene Recherche in Verfassungsschutzakten

Im Internet kann man das Register einsehen: [recherche.staatsarchiv.hamburg.de](http://recherche.staatsarchiv.hamburg.de). Hier auf »Archivplansuche« gehen, die Schritte 1, dann 13, dann 136 und dann 136-3 wählen. Dort findet man massenweise Akten aller observierten Organisationen, Gruppen, Initiativen etc. Die kann man allerdings online nicht einsehen, man muss sie zur Einsicht im Staatsarchiv bestellen. Das

kann jeder machen: Mit einer Woche Vorlauftermin und Platz im Lesesaal des Staatsarchivs in Wandsbek, Kattunbleiche 19 beantragen (unter: [lesesaal@bkm.hamburg.de](mailto:lesesaal@bkm.hamburg.de)).

Dann nach der Bestätigung unter derselben Mailadresse einfach die gewünschten Akten bestellen – und der hlz-Redaktion gern von den erstaunlichen, erschreckenden oder irritierenden Funden berichten!

# Exakt neutral?

Ein GEW-Seminar als aufklärende Plattform zu pädagogischen und politischen Problemen des ›Neutralitätsgebots‹

Kann ich eigene politische Urteile in meinen Unterricht einfließen lassen? Muss ich alle, auch extremistische Positionen im Sinne der ›Neutralitätswahrung‹ im Unterricht zur Sprache kommen lassen? Darf ich als Lehrende\*r einen Pullover mit der Aufschrift ›Antifa‹ tragen? Muss ich mich auf Distanz halten, wenn Schüler\*innen meiner Klasse von Abschiebung betroffen sind? Das sind Fragen, die sich Lehrenden und anderen Pädagog\*innen alltäglich stellen – gerade auch jetzt, in Zeiten des Angriffskriegs der russischen Armee gegen die Ukraine. Im Umgang mit kontroversen Positionen können wir in pädagogischen Zusammenhängen immer wieder auf Unsicherheiten treffen, wenn es darum geht, ob man sich im Sinne eines ›Neutralitätsgebotes‹ eigener politischer Urteile enthalten sollte. Ein Online-Seminar des Bildungsreferenten der GEW Frank Hasenbein widmete sich diesen brisanten Fragestellungen und Unsicherheiten. Im Seminar konnten Fragen der Teilnehmenden gemeinsam diskutiert und der rechtliche Hintergrund geklärt werden.

Werfen wir aber zunächst einen Blick zurück in die Entstehungsgeschichte des sogenannten Neutralitätsgebotes. Im Zuge des Radikalenerlasses von 1972 versuchte die Bundesrepublik vermeintliche Verfassungsfeind\*innen aus dem Öffentlichen Dienst auszuschließen. In dieser Zeit trieb die politische ›Mitte‹ ein Schreckgespenst besonders um: der ›Links-

extremismus‹, dessen Einzug in den Öffentlichen Dienst man behördlicherseits dringend zu verhindern versuchte. Bildungspolitisch fanden rege Diskussionen statt, wie man den Bereich der politischen Bildung so gestalten könne, dass »politische Einflussnahmen« auf die Lernenden ausgeschlossen seien (das ›andere Extrem‹ war ja meist in Amt und Würden geblieben). Ein Ergebnis stellte dann der Beutelsbacher Konsens aus dem Jahr 1976 dar, der drei wesentliche Richtlinien vorgab: das Überwältigungsverbot, das Gebot zur Kontroversität und die Befähigung der Schüler\*innen zur Erkenntnis eigener Interessen im Sinne

ben hin vertreten!

Im Anschluss an den Beutelsbacher Konsens ergaben sich allerdings, wie das Seminar zeigte, für die folgenden Jahrzehnte keineswegs klare didaktisch-pädagogische Leitlinien für den Umgang mit den kontroversen Fragestellungen unserer Zeit. Das führte dazu, dass sich das Neutralitätsgebot auch heute noch bei Lehrer\*innen nicht selten in die Frage übersetzt, ob man denn im Unterricht einen exakt neutralen Standpunkt zu jedweder Kontroverse einnehmen solle. Die vorweggenommene Antwort lautet: Nein!

## Neutralität im Sinne einer Distanzierung kann es bei Diskriminierungen nicht geben...

der Mündigkeit. Das Überwältigungsverbot zielt darauf ab, zu verhindern, dass Schüler\*innen zur Übernahme der Positionen und Meinungen von Lehrenden gedrängt werden. Das Gebot zur Kontroversität soll darüber hinaus vor einer Überwältigung schützen, indem den Lernenden die Umstrittenheit bestimmter politischer Fragestellungen angezeigt wird, so dass ein Feld gegenseitiger Argumentationen eröffnet werden kann. Zudem sollen Schüler\*innen in die Lage versetzt werden, sich selbst aufzuklären und zu mündigen Bürger\*innen heranzureifen, die sich ihrer eigenen Interessen bewusst sind – und diese nach au-

Dieses ›Nein‹ kann man nun allerdings sehr unterschiedlich begründen. Zunächst kann man sich ganz im Sinne dieses Konsenses auf die demokratische Werteerziehung berufen. Das Ideal dieser Werteerziehung ist dem Grundgesetz zu entnehmen,

allen voran Artikel 3, der darauf hinweist, dass niemand in der Gesellschaft aufgrund seiner genuinen Persönlichkeitsmerkmale benachteiligt werden darf. Ganz praktisch bedeutet dies, dass ein\*e Lehrende\*r in seinem solchen Fall zum Eingreifen aufgefordert ist. Neutralität im Sinne einer Distanzierung kann es also bei Diskriminierungen nicht geben; es war eben nicht *bloß* ein Witz oder so eine Bemerkung.

Im Seminar wurden dazu aktuelle Fälle diskutiert: Verschwörungsfantasien etwa sind gerade in Corona-Zeiten ähnlich aktuell wie nun auch im Zusammenhang des russischen Angriffs-



krieges. In gesellschaftlichen Krisen treten derartige »Theorien« deutlicher hervor als in Friedenszeiten. Dabei kommen solche Meinungen über unseren gesellschaftlichen Zustand nicht selten wie eine beliebige andere, vermeintlich sachliche Behauptung über den Weltzustand daher, so dass ihr diskriminierender Inhalt nicht immer sofort ersichtlich ist. Genau hier beginnt dann ein Graubereich im Urteilen darüber, inwiefern man solche Meinungen als legitime Kontroverse im Unterrichtsgeschehen »durchgehen« lassen kann – ganz im Sinne des Kontroversitätsgebotes.

Eine gangbare pädagogische Praxis besteht dann darin, die Argumentationsstruktur solcher »Theorien« selbst aufzugreifen, so dass deren oftmals antisemitischer Kern offengelegt wird: Eine kleine verschworene Minderheit beherrsche die Staatenwelt und die Konzerne, verfolgen einen »bösen« Plan – mit Viren, Echsenmenschen oder dem Wendler. So demaskiert man hier ganz im Sinne des »Beutelsbacher Konsenses« eine als »kontrovers« daher kommende Meinung derart, dass deren Widerspruch zum Grundgesetz offen zutage tritt. Es bedarf einer engagierten und sich auf der Höhe der Zeit haltenden pädagogischen Praxis, um überhaupt im Sinne des verabredeten Konsenses wirken zu können. Wichtig ist dabei auch ein inhaltliches KnowHow. Die gute Nachricht ist: Dieses Wissen kann angeeignet werden – beispielsweise im Austausch mit Kolleg\*innen, in Seminaren und Fortbildungen. Die schlechte Nachricht ist: Hier ist immer auch Engagement gefragt, das über den »Dienst nach Vorschrift« hinaus geht und daher

auf zusätzliche Zeit und Energie angewiesen ist – Ressourcen, die in Zeiten von Mehrfachbelastungen und Arbeitsverdichtungen im Bildungsbereich nicht ein-

## Ideologisch gefärbt ist allerdings auch die Vorstellung politischer Neutralität selbst

fach mal so verfügbar sind. Ein anderes Argument, das gegen die Vorstellung der »Neutralität« spricht, ist ein logisches: Ein neutraler Standpunkt ist immer prekär. Wir alle treffen täglich Entscheidungen. Diese Entscheidungen sind nicht einfach neutral oder objektiv – nicht einmal die Überlegungen, welche Unterrichtsinhalte und welche Methoden angewandt werden sollen. Diese Entscheidungen sind allerdings auch nicht rein subjektiv gewählt, sondern stehen in einem gesellschaftlichen Zusammenhang, der durch ein Geflecht von Diskursen geprägt ist, die als Zusammenhang unsere gesellschaftliche Praxis bilden. So wandelt sich beispielsweise innerhalb der Gesellschaft – und das erleben wir durch die Geschichte hindurch immer wieder – die Sprache, mit der wir überhaupt Gegenstände aufgreifen und thematisieren, wie also neutral scheinende Begriffe oder Wörter in ihrem diskriminierenden Wirken kritisiert werden. Auch die Aufbereitung von Schulbüchern steht in diesem Zusammenhang – sie sind nun mal nicht die neutrale, objektive Betrachtung der ihnen zugrunde liegenden Inhalte, sondern zeigen gerade im Altern ihre politische Parteilichkeit. Das lässt sich besonders anschaulich nachvollziehen, wenn man sich einmal

Schulbücher aus den 1970er oder 80er Jahren anschaut. Die ideologische Färbung ist den Perspektiven, die sich damals als neutral präsentierten, mittlerweile deutlicher abzulesen.

Ideologisch gefärbt ist allerdings auch die Vorstellung politischer Neutralität selbst. So wird das Gebot der Neutralität gern durch den Verweis auf die »neutrale« Position einer »politischen Mitte« jenseits »extremer Ränder« begründet. Diese Mitte allerdings gab es nicht einmal zu den Hochzeiten der »Volksparteien«, mit denen sie gemeinhin verbunden wird. So wurde beispielsweise im Wahlkampf 1982 über die Rückführung der so genannten »Gastarbeiter\*innen« von der späteren Kohl-Regierung zu laut nachgedacht (die dann im Jahr 1983 durch eine „Rückkehrprämie“ in politische Praxis überführt wurde) – eine Position, die heute wohl am ehesten die »extreme« Rechte vertreten würde (Stichwort »Remigration«). Das Beispiel zeigt, wie sich im gesellschaftlichen Diskurs politisch Sagbares verschieben kann. Weil sie dies ignorieren, führen Vorstellungen einer politischen »Neutralität« oder »politischen Mitte« immer auch Momente einer Geschichtsvergessenheit mit sich – das macht sie nicht nur problematisch, sondern mitunter sogar gefährlich. Von daher ist es unsere Aufgabe, genau dann Partei zu ergreifen, wenn im pädagogischen Alltag Diskriminierungen auftauchen, auch und gerade wenn diese verschleierte als »kontrovers« Position daher kommen. Und wer zieht jetzt nochmal wem den Antifa-Pulli aus?

MARK LÜCKHOF

# Dem Döner verfallen

Eberhard Seidel weckt unsere Liebe zur türkisch-deutschen Kulturgeschichte des Döners

»Mein Gott, ich bin total dem Döner Kebab verfallen. Hoffentlich gibt es die bald in unserer Hälfte, sonst gebe ich meine ganzen 200 DM für Döner aus«, stöhnte ein junger Mann im März 1990 verzweifelt vor einer Imbissbude. Was machten DDR-Bürger mit den 200 Westmark, die sie Anfang 1990 aus dem Reisedevisenfond für 600 Mark Ost kaufen durften? Natürlich im Westen auf den Kopf hauen und Döner essen. DDR-Bürger belagerten die Dönerbuden mit einer Begeisterung, dass der Journalist Markstein besorgt fragte: »Schmeckt ein Kebab für umgerechnet 20 Ostmark?« Kebab und Ostdeutsche, das war eine Begegnung der dritten Art. [...]

Noch heute, 30 Jahre nach dem Fall der Mauer, gehört in der ostdeutschen Provinz ein Ausflug zum nächstgelegenen Dönerstand zum Vergnügen allerer, die sich sonst nur wenig leisten können. Sich für vier, fünf Euro die Düfte des Orients um die Nase wehen lassen, gleichzeitig den Magen vollschlagen – was darf man in harten, kapitalistischen Zeiten, in denen das Geld knapp ist, mehr vom Leben verlangen?«

In seiner *türkisch-deutschen Kulturgeschichte des Döners* ist Eberhard Seidel etwas gelungen, was zu den schwersten Dingen überhaupt gehört: Er hat einen Thriller der Aufklärung geschrieben, der kenntnis- und detailreich den ganzen Kosmos des Döners – seiner Produzent\*innen, Unternehmer\*innen, Logistiker\*innen, Konsument\*innen – entfaltet, in einer bewundernswert unterhalt-samen und leichtfüßigen Weise. Ob man dabei als Leser\*in Döner schätzt oder nicht, Fleischkonsum

verurteilt oder nicht, ist unerheblich. Im ersten Fall treibt es einem bei der Lektüre all der sinnlichen Beschreibungen des Dönergenusses und derjenigen Zubereitungsweisen, die ihn garantieren, ohnehin in die Dönerlust. Wer es dann nicht mehr aushält, könnte sich unter Anleitung von Seidels Aufzeichnungen einiger kanonischer Zubereitungsweisen womöglich sogar selbst einen solchen Drehspieß basteln. Aber Achtung vor der Hybris, ist das doch, was die Schichttechnik betrifft, eine jahrhundertelange, und was die Geschmacksnuancierung betrifft, eine mindestens jahrzehntelange verfeinerte Kulturtechnik. Im zweiten, fleischkonsumkritischen Fall kann man auf Seidels Entschuldigung bei seinen »vegetarischen und veganen Freundinnen und Freunden« vertrauen und sich auf sein Versprechen einlassen, dass den »soziokulturellen und migrationsgeschichtlichen Aspekten« einer Auseinandersetzung mit dem Döner trotz alledem eine Menge abgewonnen werden kann.

## Der Döner als Objekt des Begehrens und der Tücke

Nun ist der Döner allerdings zweierlei nicht: Er ist keine »Ware« wie jede andere, nicht einfach nur Nahrungsmittel. Er ist ein *Genussmittel* – und damit ein Objekt des Begehrens. Gleichzeitig ist der Döner aber auch kein Buchgegenstand wie jeder andere, sondern ein tückisches Objekt. Seidel versteht es, die verführerischen Seiten des Döners unserer Sinnlichkeit, die gefährlichen Seiten des Schreibens über ihn unserem Verstand zuzuführen.

Nicht ohne Grund leitet er uns ja mit dieser Liebeserklärung, die von einem jungen ostdeutschen Mann an einem westdeutschen Dönerimbiss gestöhnt wird, in ein Kapitel namens *Kebab-Träume im wilden Osten* hinein. Spätestens an dieser Stelle, so etwa in der Mitte des Buches, weiß man aber ohnehin: Diese Liebeserklärung ist eine Spiegelung von Seidels Schreiben und mindestens ebenso sehr der atmosphärischen Illustrationen der Gestalterin Laura Fronterré. Dieses Buch ist also selbst eine Liebeserklärung an den Döner – wenngleich eine der besonderen Art: Seidel mei-



det alle liebeslyrischen Fahrwasser des Roman-tischen, Sentimentalen und Verklärenden. Das kommt daher, dass er ein Liebhaber ist, der sich auf eine Weise mit seiner Stellung in diesem ganzen verwickelten sinnlich-kulinarische, türkisch-deutschen, politisch-sozialen Beziehungsgefüge auseinandergesetzt hat, wie wir es uns für zeitgemäße, aufklärte Formen des Liebens – also auch Schreibens und Lesens – nur wünschen können. Fallstricke birgt das Schreiben über den Döner nämlich haufenweise.

Da wäre der Fallstrick der *Exotisierung*: »Der Junge muss nun völlig abgedriftet sein! Gibt es denn keine wichtigeren Themen? Damit verpasst der uns Türken doch wieder nur dieses glitschig-fette Döner- und exotische Bauchtanz-Image«, so die Befürchtungen, als Seidel in den Achtziger- und Neunzigerjahren mit seinen »Dönerrecherchen« begann. Da wäre der mit allerlei Gründungsmythen verbundene Fallstrick der *Personalisierung*: Wer hat nicht alles für sich reklamiert, »Erfinder« des Döner Kebabs zu sein! Oder, damit zusammenhängend: der Fallstrick des *Lokalpatriotismus*. So behaupten manche, der Dönerimbiss sei aus der Berliner Rost-, Brat- und Currywurst-Tradition entstanden: »Neue Wellenläufe entstehen, wenn Berliner sie interpretieren«, witzelt Seidel, und stellt klar: »[H]ier wird an keinem neuen Berliner Mythos gestrickt«. Fadenscheinige *Werbung* wäre ein weiterer Fallstrick: Aber Seidel verzichtet konsequent auf Tipps, wo der beste Döner Kebab zu finden sei – wie auch »angesichts von 18.500 Döner-Verkaufsstellen in Deutschland« eine »nur halbwegs gerechte Auswahl treffen?«

Damit steht nun aber eine Zahl im Raum, deren enorme Größe den nächsten Fallstrick auslegt: 18.500! Die Döner-Zahlen sprechen eine Sprache des Erfolgs: 550 Tonnen Döner werden täglich in Deutschland einverleibt – 200.000 Tonnen im Jahr! Das macht einen jährlichen Umsatz von fünf bis acht Milliarden Euro – »genau so viel Umsatz wie die zehn Größten der Systemgastronomie in Deutschland zusammen«. Nur zum Vergleich: Die deutschen Filialen von McDonalds kommen dagegen zusammengenommen auf »läppische« 3,15 Milliarden. Das sind nun Zahlen, die zur Glorifizierung des Döners und seiner Pro-

duktionsstätten geradezu einladen. Da wiederum könnte sich dann nur zu schnell der Fallstrick der *Idealisierung* zuziehen: Aus unternehmerischer Perspektive sind diese Zahlen der Wahnsinn! Aus Lohnarbeiter\*innenperspektive auch – aber auf andere Weise. Die Umsatzzahlen sprechen eben nicht nur die Sprache von Expansionsdrang, sondern auch Expansionszwang, und zwar dorthin, wo mickrige, tarifungebundene Löhne möglich sind. Diese Orte liegen aber nicht nur in Polen, sie sind auch in Deutschland zu finden, wo die Lohnhöhen als Dönerstecker und in den Döner-Imbissen deutscher (Klein-)Städte zu »niedrig für ein anständiges Leben« sind. Ungeachtet dessen könnten diese erstaunlichen

## 550 Tonnen Döner werden täglich in Deutschland einverleibt – 200.000 Tonnen im Jahr! Das macht einen jährlichen Umsatz von fünf bis acht Milliarden Euro

Zahlen manche zu *chauvinistischen Erzählungen* verleiten: »Seht her, was hier auf »deutschem Boden« für ein Wunderwerk entstanden ist! Bei »uns« kann es jeder, wenn er nur geschäftstüchtig, fleißig und sauber ist, zu etwas bringen!« – Ha, das würde Euch so passen, Kartoffeln! Wenn Ihr schon nicht richtig hinzuschauen versteht, dann lasst Euch von Seidel die Augen öffnen!

Denn ob diese Fallstricke stolpern machen oder nicht, hat viel damit zu tun, wer vor welchem Hintergrund diese Kulturgeschichte des Döners erzählt, und vor allem: *wie* sie erzählt wird. Kulturgeschichtsschreibungen – davon sind jene der Alltagskultur nicht ausgenommen – erzählen schließlich stets die Geschichte einer bestimmten Kultur aus einer bestimmten Perspektive. So fragt und kritisiert Seidel: »Wer spricht warum, und mit welcher Absicht? In Deutschland gibt es keine Tradition, dass Autoren sich verorten. Das ist ein großes Versäumnis. Vor allem in der Berichterstattung über Migration hat sich dieses Muster in den vergangenen Jahren etabliert: Migranten werden in aller Öffentlichkeit seziert, sie sollen bereitwillig Auskunft geben über ihr Leben, über ihre Familiengeschichten, kulturellen Traditionen, über ihre Akkulturation in die Moderne. Die deutschen Gesprächspartner dagegen verharren in vöyeuristischer Neugier, wenn sie sich »dem Fremden«, den »Anderen« annähern, aber nur selten legen sie offen, wer sie selbst sind. Nur so konnte vor allem bezüglich der Einwanderer aus der Türkei der irre Eindruck entstehen, diese kämen aus rückständigen, patriarchalen und bäuerlichen Familien und

ihre Gegenüber, die bei näherer Betrachtung doch recht provinziellen, ungelenken und gehemmtten Kartoffeldeutschen, seien als Linke, Liberale, Gebildete und polyglotte Großstädter auf die Welt gekommen.«

Für all jene, die Seidel nicht ohnehin schon kennen – wie unsere schulisch beschäftigten hlz-Leser\*innen, die ihn als engagierten Geschäftsführer der Initiative *Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage* einzuordnen wissen – verortet er sich mit wenigen, uneitlen Hinweisen: Bildungsaufsteiger aus handwerklich-bäuerlichem Milieu, aufgewachsen in den 50er- und 60er Jahren in unterfränkischer Provinz, Landflucht nach Berlin (wer mehr wissen will, kann es ja nachlesen in seinem Buch *Unsere Türken. Annäherung an ein gespaltenes Verhältnis*). Er spricht von seinem Lebensweg in Umkehrung gängiger Perspektiven kurzerhand von einer »Akkulturation in das Einwanderungsland Deutschland«, begreift also Identitätsbildung als Prozess stetiger Veränderung. Dies gilt, weil ja auch die Formen des Essens und seiner Zubereitung eine nicht zu unterschätzende Bedeutung für unsere »Identitätskonstruktion« haben, dann auch für Seidels Perspektive auf die Geschichte des Döners: Er erzählt sie nicht als die oft gehörte, eitel schiefe Geschichte ignoranter Tourist\*innen – »Ei ohne uns Deutsche würdte die in der Türkei des Döner gar net kenne«. Vielmehr entfaltet Seidel diese Geschichte so, dass deutlich wird, »wie tiefgreifend der Döner Kebab dieses Land und uns Deutsche verändert hat«. Dazu gehört dann aber auch – eben in Vermeidung der von Seidel selbst angeführten Gefahr des *Voyerismus* – all jenen Tribut zu zollen, die in den letzten Jahrzehnten nicht nur innerhalb der gesellschaftliche Imageproduktion des Döners zu seiner kulinarischen Aufwertung beigetragen haben. Dabei würdigt er auch all jene, die in den 90er Jahren ihre Stimme in den gesamtgesellschaftlichen Diskurs *über* Migration und türkisch-deutsches Leben so hineingekämpft haben, dass dieser *auch* zu einem Diskurs *von* Migrant\*innen werden konnte. Erinnerung sei hier an Feridun Zaimoğlu, Kanak Attak oder Shermin Langhoff und ihre Mitwirkenden am Maxim-Gorki-Theater. Sie zeigten die rassifizierenden und identitätspolitischen Züge des von der (bio-)deutschen gesellschaftlichen Mehrheit bestimmten Diskurses um »Einwanderung« auf. Sie eigneten sich die Produktion der Bilder über migrantisches Leben an, um sie umzuwenden und zu differenzieren, deren Rassismus und Dummheit zurückzuspiegeln und anzugreifen.

»Rassismus« ist das Stichwort und der Grund, warum die Rubrik dieser hlz-Seiten nicht wie in all den Jahren zuvor »Lesespaß« heißen kann. Denn trotz

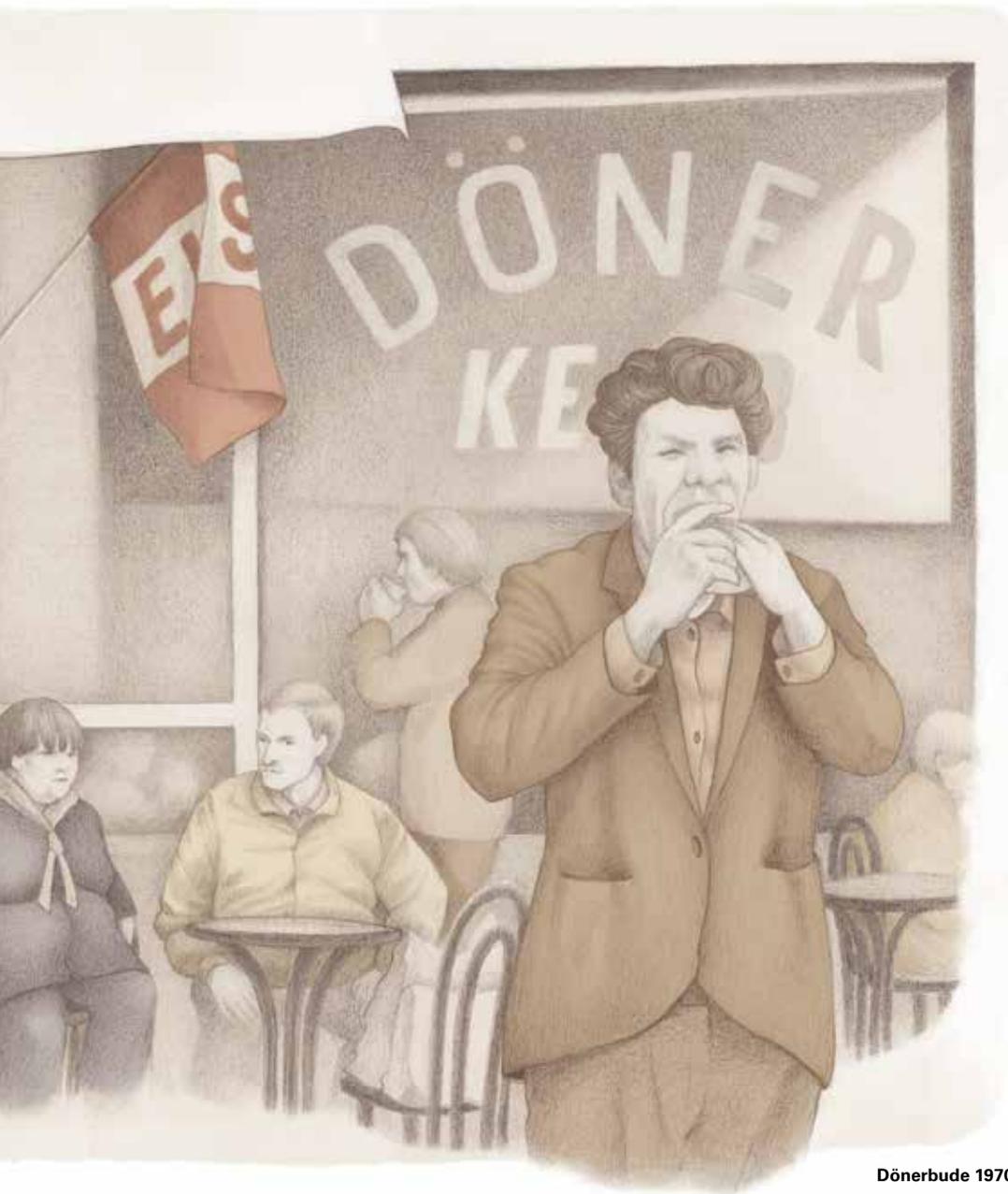
Seidels herzlichem Humor sollten sich vor allem (bio-)deutsche Leser\*innen nicht vorschnell der Unbeschwertheit überlassen. Wenn die türkisch-deutsche Geschichte des Döners etwas nicht ist, dann eine Geschichte der Gastfreundschaft und Gastlichkeit der alten und neuen bundesrepublikanischen Deutschen. Die Geburtshelfer\*innen des Döners sind eben nicht nur die Pioniere der ersten



»Gastarbeiter\*innengeneration«. Sondern die Geburtshelfer des Döners – lassen wir das Böse ruhig mal generisch männlich sein – kommen auch aus dem rassistischen Ressentiment.

Überhaupt: Seidel zeigt deutlich auf die rassistischen Täter\*innen und Strukturen. So zeichnet er beispielsweise die verhängnisvolle Wirksam-

keit des von medialen Aufmerksamkeitsregimen dankbar aufgegriffenen institutionellen Rassismus der Polizei nach, die daran arbeitete, »den rassistischen Gehalt der Anschläge des NSU« mithilfe der »Legende einer türkischen Mafia« zu verdecken. Das zeigte sich nicht zuletzt in ihrer Prägung des Unworts »Dönermorde«. Seidel erinnert an das böartige Märchen einer bundesdeutschen Polizei



Illustrationen: Laura Frontié

**Dönerbude 1970**

und Presse, die den ›urdeutschen‹, ab 2005 ›aufgedeckten‹ Gammelfleischskandal als Phantasmagorie einer ›Döner-Mafia‹ verbreiteten. Er lässt an keiner Stelle einen Zweifel daran, dass angesichts dessen »ein unbeschwertes Reden über den Döner Kebab nicht mehr möglich ist«. Nie aber passiviert er dabei seine Protagonist\*innen zu bloßen Opfern. So stockt einem angesichts einer im Buch wie ein Memorial angelegten, nicht enden wollenden Chronologie von rechter Gewalt auf Imbissbuden in Brandenburg der Atem. Es erscheint irrsinnig, dass es keine systematischen Erhebungen der gewaltsamen Übergriffe auf Dönerimbisse, migrantische Restaurants und deren Betreiber\*innen gibt. Nach wie vor werden diese Formen rassistischer Gewalt kaum erforscht. Und das, obwohl – so Seidel – in »konservativer Schätzung« allein für die »zurückliegenden Jahre von mindestens 1000 Angriffen auf Dönerimbisse allein in Ostdeutschland« auszugehen ist.

Und doch: Die türkisch-deutsche Kulturgeschichte des Döners ist ein Zeugnis des kulinarischen und technischen Erfindungsgeists, der Beharrlichkeit, der Widerstandskraft und des Durchhaltewillens seiner Produzent\*innen. Seidel lässt sie vielfach selbst zu Wort kommen, um ihre Geschichte(n) zu erzählen. Auch ist seine Perspektive egalitär: So hierarchisiert er die Tätigkeitsbereiche der Dönerfabrikation nicht, wir lernen nicht nur die Unternehmer\*innen der technologisierten Döner-Industrie oder der Döner-Imbisse, sondern auch die Dönerstecker, Brötchenbäcker oder Imbissgestellten mit Namen kennen. Ihnen allen zollt Seidels Buch Anerkennung. Es rückt jene, die oft ungesehen und ungehört bleiben, in unser Sichtfeld und zeigt zugleich unseren unrühmlichen Anteil an den Miseren ihrer gesellschaftlichen Situation auf.

Der Döner als kulturgeschichtlicher Gegenstand ist bei Seidel als *Kippbild* angelegt: als Erfolgsgeschichte (post-)migrantischer Akteur\*innen, welche aber den Döner nicht fetischisiert, sondern die gesellschaftlichen – kapitalistischen und rassistischen – Verhältnisse sichtbar macht, die an der Produktion der Ware ›Döner‹ beteiligt sind. Als Kippbild zeichnet Seidel den Döner als Genuss- und kulturelles Verständigungsmittel, als kreative Überlebensstrategie, als Ermöglichungsgrund

für Bildungsaufstiege innerhalb der Familien von Imbissbetreiber\*innen, als Produkt eines bewundernswerten technischen und logistischen Erfindungsgeists einerseits, als Produkt eines gesellschaftlichen Ausbeutungszusammenhangs, eines legislativen, medialen und institutionellen Rassismus sowie als allgemeine rassistische und klassistische Projektionsfläche andererseits.

### **Die Kollektivgeburt des German Döner**

Aber wie ist er denn nun entstanden, der ›German Döner‹? Seine Geschichte ist verwickelt, und es lohnt, Seidel in all diese verwobenen Traditionslinien zu folgen. Wiedergegeben – in alter ›hlz-Lesepaß-Tradition‹, auch mal längere Textstellen zu präsentieren – sei hier ein Ausschnitt von Seidels

Version. Dass wir übrigens in diesem Jahr nicht so wie sonst kapitelweise Buchauszüge plündern, hat auch etwas damit zu tun, dass dieses Buch Bestandteil des unterstützenswerten Startprogramms des wiederauferstandenen März-Verlages ist – die Älteren unter Euch erinnern sich: der Verlag, dessen leuchtend gelbe Bände mit der fetten roten Coverschrift in keiner

linken WG der 70er Jahre fehlten! Nun also, folgen wir einen Moment Seidels Geburtsgeschichte, in welcher der ›deutsche Döner‹ aus einer kollektiven Leistung und einem kollektiven Traum hervorgeht:

»Ende der Sechzigerjahre registrieren Gastarbeiter bei Heimaturlauben Veränderungen des Speisezettels entlang der Route in ihre Heimatdörfer. Der an einigen Büfes angebotene Döner, in einem halbierten länglichen Weißbrot mit etwas Zwiebeln und Tomaten serviert, wurde gern angenommen. Er schonte die strapazierte Reisekasse, ließ sich sprichwörtlich im Vorbeifahren einnehmen, und sparte somit wichtige Minuten und Stunden beim waghalsigen Rennen ›Berlin – Erzurum – Berlin‹. Auch die Tagträume und Gedanken während der eintönigen Fahrt entlang der E 5 und durch die weiten Ebenen Anatoliens wandelten sich. In den Sechziger- und frühen Siebzigerjahren herrschte der Stolz über das in Deutschland Erreichte vor. Die Vorfreude auf die bewundernden Blicke der zurückgebliebenen Verwandten angesichts des erworbenen und zur Schau gestellten Wohlstands erwärmte das Herz. Sie entschädigte für Strapazen

## **Ohne die Sozialversicherungsbeiträge und Steuern der vierzehn Millionen ›Gastarbeiter‹ zwischen 1955 und 1973 wären viele ehrgeizige Projekte der sozialliberalen Bildungs- und Reformoffensive nicht finanzierbar gewesen**

und das Heimweh.

Bis 1974, als die Beschäftigung von Arbeiterinnen und Arbeitnehmern in der Türkei mit 617531 ihren historischen Höchststand erreichte, war kaum einer der Reisenden daran interessiert, einen Imbiss oder Gemüseladen zu eröffnen. Sich zu verschulden, über Jahre an einen Kleinkrämerladen zu ketten, war keine erstrebenswerte Perspektive. Garantierte Tariflöhne, gesetzliche Urlaubsansprüche, Krankheits- und Altersvorsorge – was wollte man mehr? [...] Eine selbstständige Erwerbstätigkeit passt nicht in die vorherrschende Lebensplanung. Und die lautete damals: Ein paar Jahre in der Fabrik arbeiten, möglichst viel Geld auf die hohe Kante legen und dann als gemachter Mann oder Frau in die Heimat zur Familie zurückkehren.

Aber mit der Rezession der Wirtschaft infolge der Ölpreiskrise von 1974/75 wurde die Hoffnung auf schnellen Wohlstand in Deutschland erschüttert. Die Arbeitslosenzahlen schnellten in die Höhe. [...] Plötzlich wurde die Gefahr, vom Betrieb vor die Tür gesetzt zu werden, greifbar. In wie vielen Daimlern und Ford Transits in der zweiten Hälfte der Siebzigerjahre solche Gedanken während der Fahrt ins Heimatdorf oder in die Gecekondu, den Armensiedlungen der Großstädte, durch die Köpfe geisterten, ist nicht mehr zu ermitteln. Auf alle Fälle verunsicherten der im November 1973 verhängte Anwerbestopp und die 1975 erfolgte diskriminierende Kürzung der Kindergeldsätze für Kinder, die im Heimatland geblieben waren, die Menschen zusätzlich. Nun waren sie zu einer Entscheidung gezwungen: Bleiben wir in Deutschland, dann müssen wir jetzt unsere Familien nachholen, oder kehren wir für immer in die Türkei zurück?

Wie vielen Familienvätern beim Zwischenstopp am Büfe in Anatolien der rettende Gedanke kam: »Das ist es! Ich eröffne einen Döner-Laden in Berlin!«, auch das wissen wir nicht mit letzter Sicherheit. Klar ist nur, dass in dieser Zeit der Dönerkult geboren wurde.«

Das war natürlich erst der Anfang. Bis zum Dönerimbiss, wie wir ihn kennen, und seiner Verbreitung sollte es noch eine ganze – extrem spannend nachzulesende – Weile dauern. Das hatte nicht nur technische Gründe. Die »schnellere Entwicklung der türkischen Nischenökonomie« wurde auch durch rassistisch diskriminierende »ausländerrechtliche Bestimmungen« aufgehalten, deren Absurdität Seidel differenziert nachzeichnet. Dennoch: Auch hier widersteht Seidel einer einseitigen Erzählung, indem er auf etwas hinweist, was gemeinhin aus dem kollektiven Gedächtnis gestrichen wurde. Holen wir es, unsere Leseempfehlung abschließend, mit Seidel in dieses zurück: »Die »Gastarbeiter« finanzierten in den Sechziger- und Siebzigerjahren

den sozialen Aufstieg von Teilen der deutschen Arbeiterklasse. Denn ohne die Sozialversicherungsbeiträge und Steuern der vierzehn Millionen »Gastarbeiter«, die zwischen 1955 und 1973 angeworben wurden, wären viele ehrgeizige Projekte der sozialliberalen Bildungs- und Reformoffensive nicht finanzierbar gewesen. Die historisch einmalige Situation der Sechziger- und Siebzigerjahre – Millionen junger, unverbraucherter Arbeitskräfte füllen die Kassen, ohne (zunächst) entsprechende Leistungen im Gesundheits-, Familienfürsorge-, Bildungs- und Rentenwesen zurückzuerhalten, ermöglichen den deutschen Rentnern Mallorca zu übernehmen, den Kinder aus Arbeiter- und Bauernfamilien den Besuch von weiterführenden Schulen und den Studierenden aus finanziell schwächer gestellten Familien mittels BAföG ein sorgenfreies Studium. Auch dies ist eine kulturelle Leistung und ein gesellschaftlicher Beitrag der Arbeitsmigranten, der nur selten gewürdigt wird.«

ANTJE GÉRA



**Eberhard Seidel: Döner. Eine türkisch-deutsche Kulturgeschichte, März: Berlin 2022, 258 Seiten, mit zahlreichen Abbildungen von Laura Fronterré, ISBN: 978-3-7550-0004-4.**



# Das HLZ-Rätzel

## Feuchter als feucht

Geneigte Leser\*innen, hier ist die Antwort auf die vielfach geäußerte Sorge, die neue Redaktion könnte das beliebte hlz-Rätzel wegrationalisieren. Mitnichten! Am hlz-Service, Euren arbeitsermüdeten Geist mit Fangfragen zu revitalisieren, halten wir selbstverständlich fest. Und los geht's: Für die Lösung unseres Ferienrätsels suchen wir nach **vier fäkalhumoristischen Bandnamen einer Festivalankündigung der besonderen Art**.

Nun wollen wir mal nicht so sein – zum Einstand gibt's von uns etwas Recherchehilfe: Die gesuchte Festivalankündigung verwandelt die Angst vor dem Pöbel in ironische Pöbelei. Sie interveniert in einen gesellschaftlichen Diskurs, der – gossenmedial angeheizt – wieder einmal Bilder der Überflutung, Stürmung, Überwältigung nutzt, um die sozial Immobilen vorsorglich auch diskursiv an ihrem Platz zu halten: Mit der Einführung des ›9-Euro-Tickets‹ könnten nun alle – ja, auch diejenigen, die es sich sonst nicht leisten können – fahren, wann und wohin sie wollen... nicht auszumalen!

Und, so wird weiter fantasiert, von welchem Ort träumt denn der Pöbel schon seit Jahren in seinen feuchten Kellerlöchern? – Richtig! Dem Land, wo man einer anderen – krankenkassenlizenziierten – Feuchtigkeit mit hochgestellten Kragen, Schampusflüssen und Kaviarbergen zu begegnen weiß: Sylt! Dessen ›Eingeborenen‹ soll nun der Angstschweiß kollektiver Erinnerung auf die Stirn getrieben werden... – an das Inferno von 1995: das Ticket zum Schönen Wochenende für alle, für nur 15 Mark!

Man muss der Bild-Zeitung fast dankbar sein, gelang doch der in ihren Schlagzeilen evozierten ›Syltokalypse‹, woran all die quälend trockenen Aufrufe und Anrufungen



Im Trockenen, noch ohne Fahne der Anarchie: Westerland um 1900

# - Sommeredition



derzeit zu scheitern scheinen: Die sich am russischen Angriffskrieg auf die Ukraine diskursiv zerlegende Linke wenigstens in der Produktion sozial-medialer Memes zu einen; sie als eine ernstzunehmende, furchteinflößende politische Kraft erstehen zu lassen, die es sogar ins Frühstücksfernsehen der Bezahlsender schafft! Das schalen Filterkaffee elektrisierende Geraune, ›linke Gruppen hätten angekündigt, Sylt zu stürmen‹, ist dabei eine interessante Rückübersetzung dessen, was sich unsere gesuchte Festivalankündigung in Kritik einer bestimmten diskursiven Bildproduktion subversiv angeeignet hat: der Behauptung, dass ein gleicher Zugang zu Mobilität die feste Ordnung von ›Oben‹ und ›Unten‹, von ›reich‹ und ›arm‹, von ›Leistungsträger\*innen‹ und ›Leistungsbezieher\*innen‹, von ›Reetdach‹ und ›Kellerwohnung‹, von ›gehobenem Niveau‹ und, na ja, ›Fäkalhumor‹, ins Chaos stürze.

Unter allen richtigen Einsendungen der vier Lösungswörter bis zum 31.08.2022 an [hlz@gew-hamburg.de](mailto:hlz@gew-hamburg.de) verlosen wir ein Exemplar von Eberhard Seidels *Döner. Eine türkisch-deutsche Kulturgeschichte*, Berlin: März 2022 (siehe S. 60-65).

## Fehlender als fehlend

Obacht, liebe Rätselfreund\*innen!  
Die Menge an Lösungs-Einsendungen zum letzten hlz-Rätsel (hlz 5-6/22) lässt noch kein faires Losverfahren zu. Da dieses Rätsel ja eine Art Erbeschenkung der ehemaligen hlz-Redaktion ist, das wir uns nicht entgehen lassen wollen, gewähren wir eine Verlängerung der Einsendefrist bis zum 31.08.2022. So schwer ist es dann ja auch gar nicht. Es bedarf allenfalls einer S-Bahnfahrt oder eines Toilettengangs an Zeit, und schon seid Ihr dem Glück eines Buchgutscheins nahe! Also, hier noch einmal Manni Heedes und Michael Kratz' Abschiedsfrage an Euch und uns:

**Welche Rätselfrage fehlt noch in der hlz?**

In allen Fällen gilt:  
Der Rechtsweg ist ausgeschlossen!



# Wohnen als Privileg?

Steigende Mieten, Spekulationen mit Stadt- und Wohnraum  
– Initiativen gegen Hamburgs unsoziale Wohnungspolitik

Wer in Hamburg bei der Suche nach einer neuen Mietwohnung auf den freien Wohnungsmarkt angewiesen ist, hat Probleme. In den meisten Stadtteilen sind die verlangten Monatsmieten kaum noch bezahlbar. Laut Mietenspiegel lag die durchschnittliche »ortsübliche Vergleichsmiete« (netto kalt) in Hamburg 2009 bei 6,76 € pro Quadratmeter; bis

April 2021 stieg sie auf 9,29 €, also um 37,4%.<sup>1</sup> Die allgemeine Inflationsrate lag derzeit bei 17% – also nicht einmal halb so hoch. Nach Ermittlungen des privaten Immobilienportals wohnungsboerse.net sind die Angebotsmieten, bei denen die Wohnungsinserate ausgewertet werden, für 100 qm-Wohnungen 2011-2021 durchschnittlich von 10,79 € auf

14,25 €, also um ca. 32,1 % gestiegen. Bei 30 qm-Wohnungen betrug der Anstieg sogar 62,5 % (von 11,19 € auf 18,18 €).<sup>2</sup> Seither sind die Mieten weiter geklettert. Da der 2021 erschienene Mietenspiegel seit 2019 eine durchschnittliche Zunahme um 7,3 % ausweist (in einigen Bereichen sogar über 20 %), stehen für 2022/23 in Hamburg fast



Das haben Haie nicht verdient

flächendeckend beträchtliche Mieterhöhungen an.<sup>3</sup>

Besonders hart ist die Lage für Menschen mit niedrigem Einkommen. 332.000 Haushalte in Hamburg (also ca. 36 % aller Haushalte) hatten laut Mikrozensus 2019 ein so geringes Einkommen, dass sie Anspruch auf eine Sozialwohnung des 1. Förderwegs besaßen. Zur Verfügung standen aber nur etwa 80.000. Mitte der 1970er Jahre gab es in Hamburg etwa 400.000 Sozialwohnungen. Im Jahr 2000 waren es noch etwa 157.000 und im Ende 2020 nur noch ca. 77.700.<sup>4</sup> Der Grund besteht darin, dass bei sehr vielen Wohnungen die Mietpreis- und Belegungsbindungen auslaufen. Dies hat trotz des umfangreichen Neubaus dazu geführt, dass es für Geringverdiener immer weniger Angebote geförderter Wohnungen gibt.

Um dieser Entwicklung zu begegnen, hat die SPD-geführte Regierung seit 2011 den Wohnungsbau in Hamburg stark ausgeweitet. Ein *Bündnis für das Wohnen* mit der Wohnungswirtschaft soll das umfangreiche Bauen absichern. Dabei hat man darauf gesetzt, dass sich durch zusätzlichen Wohnraum der Markt entspannen wird. Von 2011 bis 2021 wurden in Hamburg ca. 84.300 neue Wohneinheiten geschaffen.<sup>5</sup> Nach dem ›Drittelmix‹ sollen je ein Drittel Eigentumswohnungen, ein Drittel frei vermietete Wohnungen und ein Drittel geförderte Wohneinheiten errichtet werden. Tatsächlich betrug der Sozialwohnungsbau (1. Förderweg) meist nur etwa ein Viertel. Mehr als zwei Drittel der neuen Wohnungen waren und sind für Normal- und Geringverdiener erheblich

zu teuer. Nicht geförderte Wohnungen gibt es in Hamburg kaum unter 12-13 €/qm. Das heißt: eine 90 qm-Wohnung kostet über 1000 € Kaltmiete!

Das Kalkül der Hamburger Stadtplaner\*innen ging also

## **Die Folgen sind an vielen Stellen zu sehen – Vernachlässigung von Wohnungen, Abriss von günstigen und stattdessen Bau von teuren Wohnungen, Wohnungsleerstand, um auf Wertsteigerung zu spekulieren und anderes**

nicht auf. Die Wohnungspreise stiegen und stiegen. Die wichtigsten Gründe:

- \* Die Stadt ist zum internationalen Tummelplatz der Spekulation mit Boden und Wohnraum geworden. Die Folgen sind an vielen Stellen zu sehen – Vernachlässigung von Wohnungen, Abriss von günstigen und stattdessen Bau von teuren Wohnungen, Wohnungsleerstand, um auf Wertsteigerung zu spekulieren und anderes. Zu dieser Entwicklung hat nicht zuletzt die Privatisierung eines großen Teils der ehemals städtischen Wohnungen beigetragen.
- \* Vermieter nutzen Lücken im Mieterschutz und fordern extrem hohe Mieten, z.B. nach Luxusmodernisierungen oder wegen Möblierung.
- \* Die Zahl der Sozialwohnungen nimmt laufend ab.
- \* Mit der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen lassen sich große Gewinne erzielen.
- \* Die Baukosten sind stark ge-

stiegen.

\* Die Einwohnerzahl Hamburgs nimmt zu.

Die Hamburger Bevölkerung ist 2011-2020 von ca. 1,72 Millionen auf ca. 1,85 Millionen gewachsen – ein Zunahme um ca. 134.300 Menschen. Diese Zahl ist viel höher, als die Stadtplaner\*innen es noch vor wenigen Jahren für möglich hielten; 2011 rechnete man noch mit einer Zuwanderung von 50.000 bis maximal 100.000 Menschen bis zum Jahr 2030.<sup>6</sup> Berücksichtigt man, dass die durchschnittliche Haushaltsgröße in Hamburg bei 1,8 Personen liegt, dann waren für diesen Zuwachs ca. 74.600 Wohnungen erforderlich. Im selben Zeitraum wurden in

der Stadt ca. 76.800 Wohnungen neu errichtet. So gesehen hat der Senat mit seiner Baupolitik also kaum mehr erreicht, als dass Wohnungen im Umfang des Netto-Zuzugs gebaut wurden.

### **Was lässt sich gegen die Preisentwicklung tun?**

Um die Fehlentwicklungen zu bekämpfen, gründeten die beiden Hamburger Mietervereine und mehrere andere Initiativen und Personen Anfang 2020 unter dem Titel *Keine Profite mit Boden und Miete* zwei zusammengehörige Volksinitiativen (es wurden zwei Initiativen gegründet, weil in Hamburg für eine Volksinitiative nur eine Forderung zulässig ist). Die GEW gehörte zu den ersten Unterstützerinnen.

Die Initiativen fordern: **Volksinitiative 1 zu Grund und Boden:** Um die Bodenspekulation und den Ausverkauf städtischer Flächen zu verhindern, verkauft die Stadt Hamburg keine Grundstücke und Wohnungen mehr. Boden ist nicht beliebig

vermehrbar. Er sollte nur noch in Erbpacht vergeben werden. Über Ausnahmen entscheidet die Bürgerschaft.

### Volksinitiative 2 zu Mieten:

Auf städtischem Grund und Boden werden nur Wohnungen errichtet, die wirklich bezahlbar sind. Die Anfangsmieten sollen nicht höher liegen als die von Sozialwohnungen (seit 1.1.2022: 6,90 € pro Quadratmeter). Erhöhungen dürfen max. 2 % pro Jahr betragen. Die Mietpreisbindung für geförderte Wohnungen gilt auf Dauer, nicht nur 20 oder 30 Jahre.

Die beiden Volksinitiativen haben 2020 mit je 14.400 Unterschriften die erste Stufe der Volksgesetzgebung geschafft. Zur Zeit laufen Verhandlungen mit den Senatsfraktionen, die möglicherweise in einem Kompromiss enden. Falls sie erfolglos bleiben, kommt voraussichtlich im Herbst 2022 die zweite Stufe: das Volksbegehren. Das wird sehr viel schwieriger werden: Es

müssen innerhalb von drei Wochen ca. 65.000 Unterschriften gesammelt werden, also mehr als 3000 pro Tag. Sollte es dazu kommen, werden wir in der hlz zur Unterstützung aufrufen.

Es gibt auch weitere Initiativen. Zu einer effektiven Begrenzung des Mietanstiegs hätte ein Mietendeckel wie in Berlin geführt. Dieser Weg ist leider durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts verbaut. Die Kampagne **Mietenstopp**, getragen vom Deutschen Mieterbund, vom DBG, vom Paritätischen Gesamtverband und anderen fordert trotzdem weitere Maßnahmen, um den Anstieg der Mieten zu bekämpfen, z.B. ein bundesweites Einfrieren der Mieten für mehrere Jahre, ausgenommen Neubauten. Die Initiative **Hamburg Enteignet** verlangt ähnlich wie die erfolgreiche Berliner Initiative, private profitorientierte Wohnungsunternehmen zu enteignen.

Die Volksinitiative **Rettet Hamburgs Grün** will dagegen alle Grün- und Landwirtschaftsflächen ab einem Hektar vor Bebauung und Versiegelung schützen. Dies wäre das Ende großer Neubauprojekte. Auch der Hamburger *Klimabeirat*, NABU und BUND fordern eine starke Reduzierung des Wohnungsbaus. Doch solange kein direkter Weg in Sicht ist, den starken Mietpreisanstieg zu stoppen, ist die Einschränkung der Bautätigkeit der falsche Weg. Der *Klimabeirat* berief sich in einer Erklärung im Dezember 2021 auf eine Prognose des Statistikamts Nord, derzufolge die Einwohnerzahl Hamburgs bis 2035 um ca. 146.000 auf ca. 2,031 Millionen wachsen wird, wofür insgesamt ca. 74.000 neue Wohnungen, also ca. 5300 pro Jahr, erforderlich wären. Also seien so viele neue Wohnungen genug. Doch Wohnungsbau im Umfang des Bevölkerungswachstums löst das Problem nur partiell. Wenn man davon ausgeht, dass gegen-



wärtig in Hamburg über 100.000 günstige Wohnungen fehlen, dann sollte die Gesamtzahl der Neuerrichtungen nicht nennenswert unter 10.000 Wohnungen pro Jahr liegen.

Die umfangreiche Bautätigkeit in Hamburg mag manchen irritieren. Doch gegen das Bevölkerungswachstum der Stadt ist anders wenig auszurichten. Analysen zeigen, dass der Zugang überwiegend nicht aus dem norddeutschen Umland, sondern aus weiter entfernten Gebieten, vor allem aus dem Ausland erfolgt.<sup>7</sup>

Der Wohnungsbau sollte allerdings insgesamt stärker auf ökologische Grundsätze ausgerichtet werden, insbesondere:

- \* möglichst wenig neue versiegelte Flächen,
- \* Bauweisen mit niedrigem CO<sub>2</sub>-Ausstoß,
- \* langlebiges Bauen mit flexiblen Nutzungsmöglichkeiten,
- \* umbauen statt neu bauen,
- \* Schonung von Baumbeständen und Grünflächen.

Sozialwissenschaftler\*innen betonen, dass nicht nur Wohnungsmengen, sondern auch andere städtebaulich relevante Faktoren betrachtet werden sollten, z.B. die Altersstruktur, die Haushaltsgrößen, die Formen des Zusammenlebens, klimapolitische Anforderungen und der individuelle ökologische Fußabdruck. Zum Beispiel leben in den deutschen Großstädten meist in über 50% der Haushalte Singles, aber es gibt maximal ca. 25% kleine Wohnungen (unter 45 qm). Umgekehrt fehlen für Familien bezahlbare Wohnungen in ausreichender Größe. Daher könnte durch Umverteilung ein Teil der Wohnungsmisere gelöst werden. Allerdings hat sich gezeigt, dass dies meist schwierig ist, weil niemand gern von einer größeren in eine kleinere Wohnung zieht, wenn diese teurer ist. Bei Neubauten sollten in besonders hohem Maße Wohnungen für

Singles errichtet werden. Auch Programme zur gezielten Förderung gemeinschaftlichen Wohnformen könnten einen spürbaren Effekt auf die Wohnversorgung haben.<sup>8</sup>

Zusammenfassend ist festzuhalten: Vor allem auf den Markt zu setzen, wie es bisher in Hamburg geschah, hat keine Lösung für das Wohnungsproblem gebracht. Der Wohnungsbau hat in etwa für das Bevölkerungswachstum ausgereicht. Währenddessen sind die Wohnungspreise weiter gestiegen. Benötigt werden viel mehr günstige Wohnungen. Die Neubauwohnungen des freien Wohnungsmarkts, die zur Zeit ca. 70 % der Neubauten ausmachen, sind für niedrige und mittlere Einkommen viel zu teuer. Die Zahl der Sozialwohnungen ist in den vergangenen Jahrzehnten wegen des Auslaufens der Bindungsfristen immer weiter

gesunken. Um diesen Trend umzukehren, sollte die Anzahl der geförderten Wohnungen massiv erhöht (mindestens verdoppelt) werden. Dafür könnte der Bau teurer Wohnungen stark verringert werden. Hamburg braucht weit mehr preisgebundenen Wohnungsbau, möglichst durch gemeinnützige Träger auf günstigen städtischen Grundstücken und mit dauerhafter Mietpreisbindung. Dabei sollten ökologische Gesichtspunkte sehr viel stärker als bisher berücksichtigt werden. Auch durch Umverteilung von Wohnungen, durch neue Wohnformen und durch flexibles Bauen, bei dem die Wohnungsgröße leicht veränderbar ist, kann die Situation etwas entschärft werden.

HERMANN KAIENBURG

---

1 Der Mietenspiegel ist Ergebnis der Bundesgesetzgebung. Was unter einer „ortsüblichen Vergleichsmiete“ zu verstehen ist, ist im BGB festgelegt: Mietentgelte, die in den letzten Jahren neu vereinbart oder verändert wurden. Ausgenommen von der Erfassung sind preisgebundene Wohnungen. Der Begriff „Mietenspiegel“ ist also eigentlich irreführend; denn die Mieten, die unverändert blieben, werden nicht einbezogen. Da Veränderung meist Erhöhung bedeutet, werden durch die regelmäßige Neufestsetzung der ortsüblichen Vergleichsmieten die Mietpreiserhöhungen festgeschrieben und zum Standard für alle Mieten erhoben. Indirekt tragen also die Mietenspiegel zu den Mietpreissteigerungen bei. Vgl. BGB, § 558, Absatz 2.

2 Stand 18.5.22. Vgl. blob:<https://www.wohnungsboerse.net/83722c3e-4c5b-4beb-9714-0f25a3ca7227>. Der Unterschied zum städtischen Mietenspiegel ist daraus zu erklären, dass die Immobilienportale nur Inserate auswerten. Viele freie Wohnungen werden jedoch gar nicht inseriert, zum Beispiel die meisten Genossenschaftswohnungen. Die jährlichen Ermittlungen des Gymnasiums Ohmoor (Oberstufenkurs) weisen ähnliche Ergebnisse auf. Vgl. <https://gymnasium-ohmoor.hamburg.de/mietenentwicklung-in-hamburg/>.

3 Qualifizierter Mietenspiegel für nicht preisgebundenen Wohnraum in der Freien und Hansestadt Hamburg, Stand Dezember 2021, Hamburg 2021; Pressemitteilung der Senatspressestelle vom 13.12.21.

4 Vgl. Bürgerschaftsdrucksache Nr. 22/6523.

5 Vgl. Wohnungsbaubericht 2020 der Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen; Hamburger Abendblatt vom 17.5.2022.

6 Diese Annahme wurde 2014 in einer Publikation der Stadt vertreten. Vgl. Grüne, gerechte, wachsende Stadt am Wasser. Perspektiven der Stadtentwicklung für Hamburg, Hrsg.: Freie und Hansestadt Hamburg, Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Hamburg Mai 2014, S. 8f., <https://www.hamburg.de/contentblob/4309812/72bbf7e42477706605e49ed206a8e7a2/data/broschuere-perspektiven.pdf>.

7 Vgl. [https://www.statistik-nord.de/fileadmin/Dokumente/Statistische\\_Berichte/bevoelkerung/A\\_1\\_1\\_j\\_H/A\\_1\\_1\\_j20\\_HH.pdf](https://www.statistik-nord.de/fileadmin/Dokumente/Statistische_Berichte/bevoelkerung/A_1_1_j_H/A_1_1_j20_HH.pdf).

8 Vgl. Andrej Holm u.a.: Die Verfestigung sozialer Wohnungsprobleme. Entwicklung der Wohnverhältnisse und der sozialen Wohnversorgung von 2006 bis 2018 in 77 deutschen Großstädten. Working Paper der Forschungsförderung der Hans-Böckler-Stiftung Nr. 217, Juni 2021.

# Knockout für Adler – Hoffnung für das Holstenareal

Der Kampf um eine partizipative, solidarische und klimagerechte Stadtentwicklung in Hamburg

Lange schien es ausgemachte Sache zu sein: Eines der größten Neubauvorhaben Hamburgs drohte zum Spielball des Im-

mobiliemonopolys zu werden: Es handelt sich um das Gelände der ehemaligen Holstenbrauerei in Altona, auf dem 1.240 neue

Wohnungen entstehen sollen. Nachdem Olaf Scholz 2016 auf das Vorkaufsrecht verzichtet hatte, wechselte das Gelände vier-



Bestimmt keine ›Flasche leer‹: Die Aktion ›Wir verkaufen Holsten‹

mal den Besitzer. Ohne dass ein Spatenstich getan wurde, erfuhr die Immobilie eine enorme Wertsteigerung von ursprünglich 55 Millionen – so der Wert des Industriegeländes – auf zuletzt 364 Millionen. Um die Renditeerwartungen des Investors zu erfüllen, war von Mietpreisen von 23 Euro netto kalt pro qm für die frei finanzierten Wohnungen die Rede. So würde ein Viertel entstehen, wo Wohnen nur noch für Gutverdienende erschwinglich wäre, verbunden mit Gentrifizierungseffekten auch in den umlie-

genden Quartieren. Für eine solidarische Stadtentwicklung wäre das Holstenareal damit unwiederbringlich verloren gewesen. Doch dann kam es anders: Im Oktober 2021 platzte mit dem Bericht des britischen Hedgefondsmanagers Fraser Perring, der bereits den Wirecard-Skandal aufgedeckt hatte, eine veritable mediale Bombe: Er warf dem neuen Eigentümer des Geländes, der Adler Group, Bilanzbetrug, intransparente Transaktionen und ein ans Kriminelle grenzendes Geschäftsgebaren vor. Die Vorwürfe konnten auch von der Wirtschaftsprüfungsfirma KPMG nicht widerlegt werden, die dem Konzern das Testat für den Jahresabschluss 2021 verweigerte. Auch die Bafin und die Staatsanwaltschaft Frankfurt leitete Ermittlungen ein. Damit scheint die »Methode Adler« an ihr Ende gekommen.

Dies führte zu einer Kehrtwende der Hamburger Politik, die bislang entgegen aller Kritik stur an dem städtebaulichen Vertrag mit dem Investor festgehalten hatte. Nun wurde die Finanzierungszusage für das gesamte Bauvorhaben gefordert und das Verfahren schließlich auf Eis gelegt. Jüngst unterbreitete die Stadt Hamburg Adler ein Kaufangebot, um das Gelände zu übernehmen. Ausgang ungewiss.

Die Holstenareal-Initiative »knallt am dollsten« fordert von der Stadt Hamburg und dem Bezirk Altona konsequentes Handeln: Die Verhandlungen mit dem Immobilienkonzern müssen für gescheitert erklärt werden und alle notwendigen Schritte für die Kommunalisierung des Holstenareals unverzüglich eingeleitet werden. Das Baugesetzbuch bietet dazu Möglichkeiten wie z.B. eine städtebauliche Entwicklungsmaßnahme, die als Ultima Ratio auch eine Enteignung erlaubt.

Das exemplarische Desaster einer renditeorientierten Stadtentwicklung öffnet ein Fenster der Hoffnung für das umkämpfte Areal. Es gibt die historische Chance, einen ganzen Stadtteil dem Imperativ hemmungsloser Profitmaximierung zu entziehen und für eine soziale und solidarische Stadtentwicklung zu retten. Dies verlangt von den verantwortlichen Politiker\*innen Mut und politischen Gestaltungswillen.

Der städtebauliche Vertrag und der begleitende Bebauungsplanentwurf waren auf die Interessen des Investors zugeschnitten. Beide gehören in den Schredder, um einen Neustart und eine alternative Planung für das Holstenareal zu ermöglichen. Im Bündnis mit gemeinwohlorientierten Wohnungsunternehmen und Trägern könnte so doch noch ein Quartier entstehen, das über Hamburg hinaus als Modell eines sozialen, inklusiven, klimagerechten und lebendigen Stadtteils Strahlkraft besäße. Erschwingliche Mieten könnten sichergestellt werden. Die Herstellung gesunder Wohnverhältnisse bekäme ebenso eine Chance wie eine Bauweise und Grünflächengestaltung, die den Herausforderungen des Klimawandels gerecht würden.

Die zukünftigen Bewohner\*innen und die Nachbarschaft könnten tatsächlich an der Planung beteiligt werden, statt sie wie bisher mit hohlen und vorgestanzten Formaten der Scheinpartizipation abzuspeisen. Eine Altonaer Bezirksversammlung von unten lieferte dazu am 25. Mai bereits erste Ideen.

THEO BRUNS

Weitere Infos unter: <https://www.knallt-am-dollsten.de/>



# Die polizeiliche Eskalation der Migrationspolitik

Interview mit dem Rechtsanwalt und Aktivist Achim Rollhäuser zur ›Pushback‹-Praxis an der griechischen EU-Außengrenze

Am 6. Mai 2022 hat Achim Rollhäuser im Curio-Haus über die Situation der Geflüchteten an der griechischen EU-Außengrenze berichtet. Rollhäuser ist Mitglied der Vereinigung Europäischer Demokratischer Anwält\*innen und lebt seit 1990 abwechselnd in Deutschland und Griechenland. Nach der von der AG Flucht der GEW Hamburg mitorganisierten Veranstaltung hat Burkhard Plempner, Moderator des Abends, noch einmal für uns mit ihm gesprochen.

## Herr Rollhäuser, woher stammen Ihre Informationen?

Es sind keine eigenen Beobachtungen, sie sind im Wesentlichen den Medien entnommen, bekräftigt durch viele Zeugenaussagen, die wir hier in Athen und insgesamt in Griechenland gesammelt haben. Es gibt Veröffentlichungen, z. B. der Iranerin Parvin A., die sechsmal zurückgeschoben, ›gepushbackt‹ worden ist an der türkisch-griechischen Grenze, einmal auf den Inseln und fünfmal über den Evros-Fluss. Es ist ihr geglückt, ihr Handy zu verstecken, und so konnte sie aufzeichnen, was sie da erlebt hat, auch die illegale Lager, in denen die Leute, die zurückgeschoben werden sollen, misshandelt werden, psychisch und körperlich. Frauen wurden auch sexuell attackiert. Mit diesen Informationen hat sie sich an das *European Center for Constitutional and Human Rights*, eine NGO in Berlin gewandt (DER SPIEGEL hat über Parvin A. am 04.02.2022 berichtet). Es gibt auch mehrere

Verfahren beim *Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte*, es gibt von verschiedenen NGOs wie *Amnesty* und *Human Rights Watch* kleine Filme der Geflüchteten, die über die Organisationen selbst wie auch zum Beispiel das *Alarm-Phone* an die Öffentlichkeit gekommen sind. Man weiß aufgrund der GPS-Daten sehr genau, wo die Geflüchteten sich aufgehalten haben, als sie von der Polizei festgenommen worden sind.

Wenn sie auf den Inseln waren, sind sie aufs Meer zurück verfrachtet worden, in Rettungsflöße gesetzt, die dann durch Wind und Strömung auf die türkische Küste zurückgetrieben sind. Oder am Evros-Fluss im Norden Griechenlands sind sie in Boote gesetzt worden, die dann maskierte Männer auf die türkische Seite zurückgefahren haben. Unklar ist, ob es Polizei, Armee oder einfach Banden waren, die mit der Polizei zusammengearbeitet haben.

Die Informationen sind so reichhaltig und durch Unterlagen gedeckt, dass es eigentlich keinen Zweifel mehr geben kann. Das ist auch der Grund, weshalb der Chef von *FRONTEX*, Fabrice Leggeri, Ende April zurücktreten musste. Durch ein Auskunftersuchen bei der EU-Kommission war bekanntgeworden, dass *FRONTEX* bei einer Vielzahl von Fällen bei diesen *Pushbacks* mitgeholfen, sie direkt unterstützt hat. Das ist illegal, es verstößt gegen Artikel 33 der *Genfer Flüchtlingskonvention*.

Dieser Artikel gilt und ist bisher

Artikel 33 Abs. 1 des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge vom 28. Juli 1951, kurz Genfer Flüchtlingskonvention:

Keiner der vertragsschließenden Staaten wird einen Flüchtling auf irgendeine Weise über die Grenzen von Gebieten ausweisen oder zurückweisen, in denen sein Leben oder seine Freiheit wegen seiner Rasse, Religion, Staatsangehörigkeit, seiner Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen seiner politischen Überzeugung bedroht sein würde.

noch nie für einzelne Geflüchtete infrage gestellt worden: Kein Signatarstaat darf einen Flüchtling, der Flucht- und Asylgründe geltend macht oder geltend machen möchte, zurückweisen. Er ist gehalten, die Asylgründe zu prüfen!

## Kann man dem Staat vorhalten, dass es seine Bediensteten waren, wenn die maskiert und nicht identifizierbar gewesen sind?

Die Maskierten sind im Auftrag des Staates tätig. Die Sachlage am Evros ist, dass die Geflüchteten, bevor sie auf diese Boote gesetzt werden und von maskierten Männern zurück in die Türkei gesteuert werden, in Lagern untergebracht sind, die vom griechischen Staat betrieben werden.

Ob es nun die Armee oder die Polizei ist, wissen wir im Einzelfall nicht; das spielt aber auch keine Rolle: Auf jeden Fall sind es die griechischen Behörden. Dasselbe gilt, wenn die Rückschiebungen auf See passieren, denn die Geflüchteten werden auf Booten der griechischen Küstenwache auf die Seegrenze zwischen Griechenland und der Türkei gebracht und dort in Rettungsflößen ausgesetzt. Wer sollte Boote der griechischen Küstenwache steuern, wenn nicht die Küstenwache?

### **Wir hören viel über die Lage der Geflüchteten in den Lagern. Was passiert mit denen, die als Geflüchtete anerkannt sind?**

Das sind Zehntausende. Früher durften sie noch drei Monate nach der Anerkennung im Lager bleiben – das galt auch bei einer endgültigen Ablehnung. Jetzt dürfen sie nur noch einen Monat nach der Anerkennung oder

Ablehnung im Lager bleiben und müssen dann raus. Sie sind dann in einer Situation, in der sie nichts haben – kein Geld, keine Arbeit, keine Unterkunft. Einige leben auf den Plätzen hier in der Stadt (Athen), die regelmäßig von der Polizei geräumt werden. Wenn sie nicht anerkannte Geflüchtete sind, werden sie in geschlossene Lager verfrachtet, dort ein paar Monate unter schlimmsten Bedingungen *verwahrt*, muss man wohl sagen, bevor sie freigelassen werden – in dieselbe Situation. Wir haben Fälle, in denen Geflüchteten das zehnmals passiert ist: für ein paar Monate festgehalten und dann wieder raus. Dann irgendwo bei einer Kontrolle wieder aufgegriffen, wieder in das Lager und nach ein paar Monaten wieder raus.

Bei den Anerkannten können sie das nicht machen, aber die haben halt nichts, womit sie über die Runden kommen. Was machen die in dieser Situation? Sie bean-

tragen, dass ihnen Reisepapiere zur Verfügung gestellt werden, darauf haben sie einen Anspruch und dann dürfen sie innerhalb der Europäischen Union reisen. Was zu dem Ergebnis geführt hat, dass Zigtausende allein aus Griechenland gekommen sind. Herr Seehofer hat das fuchsteufelswild gemacht. Er hat gesagt, Griechenland müsse endlich mal dafür sorgen, dass den Geflüchteten das Notwendige zum Leben geboten wird. Denn eigentlich ist es so, dass sie nach den Dublin Regulations nach Griechenland zurückgeschoben werden könnten. Aber die Gerichte in Deutschland sagen – völlig zu Recht – wir können niemanden nach Griechenland zurückverfrachten, denn dort wird er unter menschenunwürdigen Bedingungen sein Leben fristen müssen.

### **Gibt es keine Unterstützung?**

Nein, die gibt es übrigens für Griechen auch nicht. Man ist



Fotos: h/z

dann auf Almosen angewiesen. Vielleicht kann man zur Kirche gehen, aber die unterstützt selten jemanden, der muslimischen Glaubens ist.

### **Was für eine Perspektive haben diese Menschen?**

Die Flucht nach Deutschland oder in andere europäische Länder, in denen es so etwas wie eine soziale Unterstützung gibt. Die Situation hier in Griechenland wird sich nicht ändern in absehbarer Zeit. Der Staat ist bekanntlich seit 2010 so gut wie bankrott und hat kein Geld, um Programme wie *Hartz 4* aufzulegen. Die müssten dann natürlich für Alle gelten – man stelle sich vor, die würden nur für Geflüchtete gelten, das wäre Wasser auf die Mühlen der Faschist\*innen; das kommt natürlich nicht infrage. Insofern gibt es für dort anerkannte Geflüchtete keine andere Wahl. Das ist der Grund, dass die EU diese völlig strikte

Grenzpolitik, die Griechenland betreibt, befördert und vollständig unterstützt. Nicht nur durch *FRONTEX*, die Grenzagentur, sondern auch verbal. Das konnte man vor zwei Jahren im März sehen, als Erdogan gesagt hat: ›Jetzt machen wir mal die Grenze auf zu Griechenland und die Geflüchteten dürfen alle rüber‹. Da hat Griechenland die Grenze militärisch verbarrikadiert und Frau von der Leyen ist mit dem Hubschrauber über die *Evros*-Grenze geflogen und hat gesagt ›Ihr Griechen macht das gut, ihr seid der Schutzschild Europas‹ (selbst die konservative *WELT* musste am 29. Mai vermelden, dass der Grenzzaun um 80 km verlängert werden soll).

### **Gibt es eine Möglichkeit für Geflüchtete, die sich legal aufhalten, zu arbeiten?**

Ja, wenn sie Arbeit finden, können sie arbeiten. Aber die Situation ist in Griechenland ex-

trem schwierig, insbesondere für Leute, die die Sprache nicht sprechen. Natürlich können die in der Landwirtschaft versuchen, Arbeit zu finden, aber die Bezahlung ist sehr bescheiden. Die Leute leben dann zum größten Teil in Zelten oder in Schuppen; sie müssen ihre Gaskocher betreiben, sie müssen Geld ausgeben für die Handy-Verbindung, wenn sie sich mit ihren Familien zuhause verständigen wollen usw., da bleibt kaum was übrig. Das ist auf die Dauer keine Lösung. Angenommen jemand ist Arzt oder Ärztin\*, dann findet er\*sie vielleicht irgendwo in einem Krankenhaus Unterschlupf. Aber gesichert ist das auch nicht; wir wissen, dass jede Menge Ärzt\*innen Griechenland verlassen, weil sie keine Arbeit finden.

**Was ist mit denen, die versuchen, den Geflüchteten zu helfen? Wir hören von Gerichtsverfahren in Italien,**



## **gibt es so etwas auch in Griechenland, dass man versucht, die Helfer\*innen an ihrem Tun zu hindern?**

Wir haben bislang noch kein Gerichtsverfahren. Es gibt aber seit über zwei Jahren ein Ermittlungsverfahren gegen *Alarm-Phone*, *Mare Liberum*, eine norwegische und eine weitere NGO. Gegen die wird ermittelt wegen Spionage und Beihilfe zu illegaler Einreise nach Griechenland. Dieses Verfahren ist hier über alle Kanäle der Presse gelaufen, liegt seitdem bei den Ermittlungsbehörden und wird nicht weiter betrieben. Weil die natürlich genau wissen, da ist nichts dran. Es dient allein der Einschüchterung.

Ein Gesetz schreibt NGOs vor, sich registrieren zu lassen. Es muss nicht nur die einzelne NGO registriert werden, sondern jeder einzelne Beschäftigte, auch Freiwillige, mit allen Daten. Er muss unbescholten sein, d. h. er darf sich nie irgendwas haben zuschulden kommen lassen. Und diese ganze Prozedur für eine NGO, die sich neu anmelden will, kann bis zu 25.000 Euro kosten. Da werden Fesseln angelegt. Das befindet sich im Augenblick bei der Europäischen Kommission, die überprüft, ob solch starke Einschränkungen überhaupt rechters sind.

Eine andere Sache ist, dass die NGOs nur noch ein Boot hier in Griechenland hatten, das die Grenze überwacht hat, das war die *Mare Liberum*. Im September des vergangenen Jahres wurde angeordnet, dass solche Boote nur noch mit Genehmigung der Küstenwache auslaufen dürfen. Diese Genehmigungen werden nicht erteilt, was zum Ergebnis hatte, dass *Mare Liberum* im Februar gesagt hat, wir stellen unsere Arbeit ein; sie hat ja kei-

nen Zweck, wir können unserer Arbeit nicht nachgehen. Es gibt jetzt keine Überwachung der Grenze mehr. Es gibt dort nur *FRONTEX*, die türkische und die griechische Küstenwache und die Marine beider Länder.

## **Es muss eine größere Öffentlichkeit für die unmenschlichen und verbrecherischen Methoden, die die EU anwendet, hergestellt werden**

### **Was können und müssen wir hier in Deutschland tun – oder können wir gar nichts tun?**

In Deutschland kann viel getan werden: Es muss einfach eine größere Öffentlichkeit für die unmenschlichen, illegalen, verbrecherischen Methoden, die die EU anwendet, hergestellt werden. Griechenland ist da ausführendes Organ. Es muss angeprangert werden, um Druck auf die deutsche Regierung auszuüben, so dass die wiederum ihren verdammten Verpflichtungen nachkommt, die sie innerhalb der EU hat, und dort für einen Stopp dieser Praktiken sorgt. Das ist das, was in Deutschland gemacht werden müsste.

Ich finde auch, es sollte sich niemand in Deutschland damit rausreden, dass er nichts gewusst habe. Das hatten wir schon mal. Die Leute sollten nicht drumrumkommen dürfen, sich zu informieren über diese Verbrechen. Es sind Verbrechen: Allein an der Evros-Grenze haben wir drei dokumentierte Todesfälle in den letzten zwei Monaten. Wir

haben die Namen derer, denen einfach die Hilfeleistung verweigert worden ist. Eine Eriträerin ist glatt erschossen worden, die hat einen Schuss in die Brust gekriegt und war tot! (Am 16. April 2022, am Tag darauf gemeldet.)

Wir haben Anfang des Jahres Fälle gehabt, in denen die griechische Küstenwache eine Gruppe von drei Menschen, die schon auf den griechischen Inseln waren, bis an die türkische Küste gebracht und da ins Wasser geworfen hat! Der eine hat gesagt: »Ich kann nicht schwimmen!« Das hat die nicht gehindert. – Das ist Mord! Man muss einfach mal klar sagen, dass sowas an den EU-Außengrenzen mit Billigung der EU,

mit Billigung – ja, das muss man so sagen – mit Billigung der Bundesregierung stattfindet. Der Mann ist ertrunken!

Das sind jetzt nicht die massenhaften Fälle. Es sterben viel mehr auf der zentralen Mittelmeer-Route zwischen Libyen und Malta, Libyen und Italien. Jede\*r Tote ist eine\*r zu viel! Das muss man anprangern, da muss man drüber reden, da muss man sich Klarheit drüber verschaffen. Und auch wenn in der Ukraine dieser fürchterliche verbrecherische Angriffskrieg von Putin stattfindet, bedeutet das nicht, dass man die Geflüchteten im Mittelmeer einfach sich selbst überlassen darf. Zumal die Bundesrepublik und andere europäische Länder gezeigt haben, wie es gehen kann – mit den ukrainischen Flüchtlingen. Und dass das mit den nicht-europäischen Flüchtlingen nicht passiert, ist blanker Rassismus! Das muss man auch so sagen.

Interview  
BURKHARD PLEMPER

# Lichtblicke im zunehmenden Dunkel

Nach ihrer Machtübernahme arbeiten die Taliban weiterhin an der Verdrängung und Unterdrückung von Frauen – doch es regt sich Widerstand

Seit dem Erscheinen meines letzten Berichtes über unsere Projekte im Norden Afghanistans hat sich das Vorgehen der Taliban gegen die Frauen und Mädchen weiter verschärft (siehe hlz 3-4/22). Es scheint das wichtigste und zumindest zurzeit einzige Regierungsziel zu sein, die Frauen vollständig aus der Sichtbarkeit zu verdrängen. Alle sind gezwungen, außer Haus die Burka oder den Vollsleier zu tragen und sich von einem männlichen Verwandten begleiten zu

not breathe the fresh air.« Aber: »They [the Taliban] are making the situation tough for us, but we are tougher and are ready to face these difficulties. We continue and never stop working and being active. I hope one day I write a report on good days and freedom.«

Sie sind aktiv und mutig und in ihnen brodeln ein Vulkan, der auch irgendwann ausbrechen wird. Ende Mai gingen mehrfach kleine Gruppen von wütenden Frauen und Mädchen in Kabul

hielt der es aus, dann war es ihm doch zu unbequem!

## Mazar-e-Sharif

In Mazar-e-Sharif konnten trotz dieser Provokationen alle Projekte bisher gut weiterlaufen. Die Seminare für Schulleitungen und Schulentwicklungscommittees wurden mit großem Interesse fortgeführt. Viele Schulen beteiligten sich an Aktionen gegen den Klimawandel. Vor allem nahmen sie sich anlässlich der aktuellen Dürre auch in Afghanistan des Themas »Wasser« an. Viele Schulen erhielten neue Bücher für ihre Schulbibliotheken, die von Bibliothekar\*innen geleitet werden.

Auch die von uns eingerichteten Schullabore werden gut genutzt. Eine Schule wird gerade renoviert, eine andere bekommt einen Zusatzbau, und der Antrag für einen solchen Bau für eine weitere Schule ist gestellt.

Gut 300 bedürftige Familien aus vier Flüchtlingslagern erhielten große Nahrungsmittelpakete.

## Andkhoi

In Andkhoi laufen gerade die letzten Tests vor den dreimonatigen Sommerferien. Nach der in der letzten hlz berichteten kurzen Zwangspause gingen alle Schülerinnen der staatlichen Schulen wieder zur Schule. Hier beginnt das neue Schuljahr nach dem heißen Sommer im September. Allerdings haben die Lehrkräfte der staatlichen Schulen seit März wieder kein Gehalt mehr bekommen. Wovon sie leben sollen – darüber macht sich das



ب heißt Wasser. Auch der Wasserbehälter auf dem Schulhof sensibilisiert für dieses Thema

lassen. In dörflichen, sehr konservativen Gegenden taten das viele traditionelle Frauen zwar schon seit Jahrzehnten. Aber in den Städten sah das in den letzten 20 Jahren ganz anders aus. Unsere Mitarbeiterinnen in Mazar-e-Sharif gingen noch vor wenigen Monaten nur mit einem Kopftuch zur Arbeit. Jetzt berichten sie uns: »You know I love colored dresses, I love red, blue, and yellow.... But now I have to wear just a black Hijab in this season which is too hot; and being with a mask makes me feel so uncomfortable and I can-

auf die Straße und forderten, die Schulen endlich wieder zu öffnen und das Burka-Gebot zurückzunehmen. Auch unter den Taliban rumort es, nicht jeder ist mit solchen Gesetzen einverstanden. Man könnte doch nicht die Hälfte der Bevölkerung aus dem Blickfeld rücken. Bei einer Diskussion eines afghanischen Privatsenders in Kabul trugen mutige Männer aus Protest gegen das Schleiergebot für alle Frauen der Medien selbst den Gesichtssleier und baten auch den teilnehmenden Talib, diesen zu tragen. Ganze drei Minuten

Taliban-Regime in Kabul keinerlei Gedanken.

In den Ferien werden wie üblich mehrere Seminare zur Lehrer\*innenfortbildung stattfinden, die nur wegen Corona 2020 und wegen der Kämpfe 2021 ausgefallen waren. Unsere Mitarbeiter\*innen arbeiten an den Plänen zusammen mit den Schulleitungen und der Schulbehörde.

Die Kurse im Ausbildungszentrum laufen für Mädchen und Jungen auch in den Ferien weiter – wegen der Hitze allerdings zu erträglichen Uhrzeiten.

Auch die Arbeit in den Frauenzentren kennt keine Ferien. Die Frauen sind froh, dass sie sich hier jederzeit treffen können. Die örtlichen Taliban sind nach wie vor sehr angetan von unseren Projekten. Der Distriktgouverneur von Qurghan, westlich von Andkhoi, bittet sogar um die Aufnahme einiger Familienmitglieder in die Frauenkurse, und in dem nördlich gelegenen Distrikt möchte der Schulrat seine Frau gern in den Englischkurs des dortigen Frauenzentrums anmelden. Mal sehen, was machbar ist.



Fotos: Afghanistan-Schulen

Fortbildungen für Schulleitungen fanden auch in Andkhoi statt und wurden begeistert angenommen. Wie man auf den Bildern sieht, konnten auch hier Frauen und Männer sehr gut zusammenarbeiten. Mehrere Schulen müssen in den Ferien von uns renoviert werden, wegen Verfall und Kriegsschäden.

Alles das benötigt noch viel finanzielle Unterstützung. Sollte jemand von euch Lust haben, an ihrer oder seiner Schule eine

Aktion dafür zu starten, würden wir uns sehr freuen. Trotz Corona und Ukraine-Krieg haben in diesem Jahr schon zwei Schulen in Hamburg sehr erfolgreiche Aktionen für die afghanischen Kinder unternommen. Ihnen sei auch hier herzlich gedankt! Ihr könnt euch gern an mich wenden, wenn ihr mehr darüber erfahren möchtet!

TANJA KHORRAMI  
Khorrami@Afghanistan-Schulen.de



Fortbildung für Schulleitungen: es wird intensiv und offensichtlich gleichberechtigt diskutiert

# Geduld gefordert

Über die Schwierigkeiten, nachhaltige Strukturen gegen Kinderarbeit zu schaffen

„Für Bildung statt Kinderarbeit“ war das diesjährige Motto der diesjährigen GEW-Jahrestagung im Februar d. J. Gewerkschafter\*innen aus Simbabwe und Burundi informierten die Teilnehmenden über ihre Erfahrungen und die erzielten Resultate, die sie in den Projekten ihrer Gewerkschaften zur Einrichtung kinderarbeitsfreier Gebiete vorweisen können.

Burundi und Simbabwe gehören wie Malawi und Niger zu den vier afrikanischen Staaten, die am stärksten unter dem Klimawandel leiden. Nach Wetterextremen fallen Ernten aus oder werden vernichtet, und in der

Bevölkerung wächst die Zahl der Hungernden. Die Armut der Menschen trägt erheblich dazu bei, dass sie die Einschreibgebühren für den Schulunterricht ihrer Kinder oder die Prüfungsgebühren zu Schulabschlüssen nicht aufbringen können. Seit März 2020 hat die CORONAPandemie die Situation gerade für die arme Bevölkerung noch weiter verschlechtert.

## Simbabwe

Die bei der Online-Tagung zugeschalteten Kolleginnen von der Progressive Teachers Union of Zimbabwe und der ZIMbabwean Teachers Association

berichteten unter anderem über die neuen Programme der Schulen im seit 2015 durchgeführten Projekt im Chipinge-Bezirk (Grenze zu Mosambik). Mit diesen Programmen generieren sie Einkünfte für ihre Schulgemeinschaft.

Dabei erlangen die Schüler\*innen Kenntnisse und Fertigkeiten über das übliche schulische Lernen hinaus, z. B. ganz praktisch bei der Aufzucht von Hühnerküken und Schweinen, bei der Honigproduktion in einer schulischen Bienenfarm, im Gemüse- und Getreideanbau oder in der Fischzucht. »Die so erworbenen Fähigkeiten helfen



ihnen später bei der Berufswahl und der Arbeitssuche nach dem Schulabschluss«, betont die PTUZ-Kollegin. Die aus den Programmen resultierenden Einkünfte werden dafür verwendet, Schulmaterialien für bedürftige Schulkinder zu kaufen oder ihnen Zuschüsse für die Schul- und Prüfungsgebühren zu geben.

In einer weiteren ländlichen Region, Muzurabani, in der viele arbeitende Kinder in der Landwirtschaft, vornehmlich im Tabakanbau anzutreffen sind, sollte im vergangenen Jahr ein vergleichbares Projekt starten. Wegen der lang andauernden Schulschließungen durch COVID 19, bei denen viele Lehrkräfte sich nicht mehr an ihrem Dienort aufhalten konnten, waren die Schüler\*innen sich selbst überlassen. Es häuften sich daraufhin Frühehen und Schwangerschaften, was die Arbeit nicht erleichterte. Aber die Lehrkräfte ließen sich nicht entmutigen und nahmen an Fortbildungen teil, um die Arbeit an einem neuen Projekt aufnehmen zu können.

### Burundi

Beeindruckend berichtete Rémy Nsenyumva, Vorsitzender der Gewerkschaft Syndicat des Travailleurs de l'Enseignement du Burundi (STEB). Er ist maßgeblich dafür verantwortlich, dass die STEB im Pandemiejahr 2021 mit Anschubfinanzierung aus der Fair Childhood-Stiftung das erste Projekt Burundis überhaupt zur Einrichtung einer kinderarbeitsfreien Zone in der Region Rukaramu starten konnte.

Da die Aktivist\*innen vorher nicht ähnliche Projekte in anderen Ländern besuchen und mit

den Gewerkschafter\*innen dort Erfahrungen austauschen konnten, begannen sie die Arbeit im

## Die Schüler\*innen erlangen Kenntnisse und Fertigkeiten über das übliche schulische Lernen hinaus, ganz praktisch bei der Aufzucht von Hühnerküken und Schweinen, bei der Honigproduktion in einer schulischen Bienenfarm...

engen digitalen Austausch mit der Kontaktperson von GEW und Bildung internationale, Samuel Grumiau, in Brüssel.

Sie suchten die Haushalte im Projektgebiet auf, um zunächst einmal das Ausmaß von Kinderarbeit zu bestimmen.

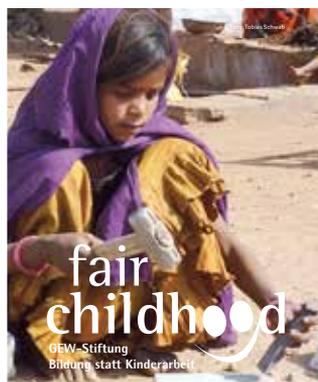
Sie starteten Fortbildungen, nicht nur für Lehrkräfte, sondern bezogen auch traditionelle und religiöse Autoritäten und Schulleitungen mit ein und besprachen mit ihnen die negativen Auswirkungen von Kinderarbeit und die Richtlinien im Kampf dagegen. Regionale Kontrollkomitees wurden gegründet, die auch während der Abwesenheit der STEB-Verantwortlichen das Ziel im Auge behalten sollen, und Schulclubs, deren Mitglieder außerhalb der Unterrichtszeit arbeitende Kinder in den Arbeitsstätten aufsuchen sollen, um sie zur Rückkehr in die Schule zu bewegen.

Im Kontakt mit staatlichen Behördenvertreter\*innen ent-

wickelt STEB eine Strategie, um die Wirkung des Projekts zu verbessern, um auf Dauer Dropout zu verhindern und um bei Unternehmen dem Gesetz gegen Kinderarbeit Geltung zu verschaffen.

»Das Ansehen meiner Gewerkschaft in der Öffentlichkeit und bei staatlichen Behörden steigt durch dieses Projekt. Die STEB zeigt, dass sie nicht nur Forderungen im eigenen Interesse der Lehrkräfte stellt, sondern sich verantwortungsvoll am Aufbau der Gesellschaft beteiligt«, bekräftigt der STEB-Vorsitzende.

BRUNI RÖMER  
FAIR CHILDHOOD



### Kindern eine Kindheit geben

Mach mit! Unterstütze die Projekte der GEW-Stiftung fair childhood. Spendenkonto: Bank für Sozialwirtschaft, IBAN: DE16 7002 0500 0009 8400 00 BIC: BFSWDE33MUE

[www.fair-childhood.de](http://www.fair-childhood.de)

fair childhood ist eine Treuhandschiffung unter Treuhänderschaft der Stiftung Kinderfonds

Ja, ich möchte mehr Informationen fair childhood. Bitte sendet mir weitere Informationen zu. Ausgabe

Name, Vorname \_\_\_\_\_

Straße, Hausnummer \_\_\_\_\_

PLZ, Ort \_\_\_\_\_

E-Mail \_\_\_\_\_

Datum, Unterschrift \_\_\_\_\_

Bitte sende diesen Coupon in einem ausreichend frankierten Umschlag an:

fair childhood  
GEW-Stiftung „Bildung statt Kinderarbeit“  
Reifenberger Straße 21  
60489 Frankfurt am Main

fair childhood  
www.fair-childhood.de  
GEW-Stiftung

## GEW TERMINE – GESCHÄFTSSTELLE – JUNI/JULI/AUGUST 2022

<b>Referat B/C Bildungspolitik, -finanzierung</b>	In der Geschäftsstelle nachfragen
<b>Referat F / Gruppe Gewerkschaftliche Bildung</b>	Wir treffen uns unregelmäßig aber effektiv. Wir freuen uns über die Teilnahme von Interessierten. Info: Wolfgang Szepansky, mailto: info@szepansky.de
<b>GEW Studies</b>	In der Geschäftsstelle nachfragen
<b>Junge GEW</b>	23.08.2022, 18.00-22.00 Uhr, GBW
<b>FG Grundschule</b>	In der Geschäftsstelle nachfragen
<b>AG Vorschule</b>	In der Geschäftsstelle nachfragen
<b>FG Stadtteilschulen</b>	In der Geschäftsstelle nachfragen
<b>FG Berufliche Schulen</b>	In der Geschäftsstelle nachfragen
<b>FG Gymnasien</b>	In der Geschäftsstelle nachfragen
<b>FG Kinder- und Jugendhilfe</b>	In der Geschäftsstelle nachfragen
<b>Kita Netzwerk</b>	In der Geschäftsstelle nachfragen
<b>FG Sonderpädagogik</b>	30.06.2022, 17.00-21.00 Uhr, Raum AB
<b>FG Hochschule u. Forschung</b>	In der Geschäftsstelle nachfragen
<b>AfGG Gleichstellungs- u. Genderpolitik</b>	In der Geschäftsstelle nachfragen
<b>LAMBDA – Landesausschuss für Migration, Bleiberecht, Diversität und Antirassismus</b>	In der Geschäftsstelle nachfragen
<b>AG Bildung statt Kinderarbeit</b>	23.08.2022, 16.00-18.00 Uhr
<b>Ausschuss für Friedensbildung</b>	27.07.2022, 18.00-21.00 Uhr, Raum A
<b>Mittelamerikagruppe</b>	In der Geschäftsstelle nachfragen
<b>Ruheständler*innen</b>	06.07.2022, 10.15-13.00 Uhr, Raum A
<b>FG PTF soz.-päd. Personal an Schulen</b>	In der Geschäftsstelle nachfragen
<b>AG Schulleitungen</b>	29.08.2022, 18.00-20.00 Uhr, GBW
<b>Sportausschuss</b>	23.06.2022, 19.00-22.00 Uhr, Raum AB
<b>AG Kindheitspädagogik</b>	In der Geschäftsstelle nachfragen
<b>AJuM – AG Jugendliteratur u. Medien</b>	22.08.2022, 18.30-21.30 Uhr, Raum A christoph.janzen@ajum.de
<b>Bildungsclub</b>	In der Geschäftsstelle nachfragen
<b>AG Queere Lehrer*innen</b>	In der Geschäftsstelle nachfragen

Für aktuelle Termine bitte auf unsere website gehen, unter <https://www.gew-hamburg.de/mitmachen/termine> gucken und evtl. die Kontaktpersonen ansprechen, da aufgrund der Corona-Situation manche Termine nur mit Voranmeldung geplant werden bzw. ausfallen.

**Herausgeber:** Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Landesverband Hamburg, Rothenbaumchaussee 15, 20148 Hamburg, Tel. 41 46 33-0, Fax 44 08 77, Homepage [www.gew-hamburg.de](http://www.gew-hamburg.de), E-Mail: [meents@gew-hamburg.de](mailto:meents@gew-hamburg.de)

**Redaktionsleitung:** Antje Géra, E-Mail: [hlz@gew-hamburg.de](mailto:hlz@gew-hamburg.de)

**Redaktion:** Sebastian Schreull, Mark Lückhof

**Mitarbeiter dieser Ausgabe:** Joachim Geffers, Manni Heede

**Titel und Rückseite:** Collage mit Abbildung eines Skriptoriums (klösterliche Schreibstube) aus dem Buch der Spiele des Alfonso X de León y Castilla von 1283.

[https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Libro\\_de\\_los\\_juegos.jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Libro_de_los_juegos.jpg)

**Cover:** Antje Géra, Umsetzung: Jason Tsiakas

**Anschrift der Redaktion:** Rothenbaumchaussee 15, 20148 Hamburg, Tel. 41 46 33-20 (mittw. ab 17 Uhr), Fax 4 50 46 58, sonst GEW, Tel. 41 46 33-22, Annette Meents, bzw. -0, Fax 44 08 77, E-Mail: [hlz@gew-hamburg.de](mailto:hlz@gew-hamburg.de)

**Satz und Gestaltung:** albersdesign, [ca@albers.design](mailto:ca@albers.design)

**Druck:** drucktechnik-altona

**Anzeigen:** albersdesign, [ca@albers.design](mailto:ca@albers.design),

Die hlz wird ohne gesonderte Berechnung an die Mitglieder der GEW Hamburg verteilt. Bezugspreis im Monatsbeitrag enthalten.

Die hlz erscheint sieben Mal im Jahr. Die in der hlz veröffentlichten Artikel geben die Auffassung der Autor\*innen wieder. Stellungnahmen der GEW sind ausdrücklich als solche gekennzeichnet. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Bücher (Rezensionsexemplare) wird keine Gewähr übernommen.

**Red.-Schluss hlz 9-10/2022:** 31.8.2022



## Gesundwerden in freundlicher Umgebung!

Hier erwarten Sie motivierte Mitarbeiter, die Sie auf Ihrem Weg in Richtung Gesundheit engagiert unterstützen. Wir behandeln die gängigen Indikationen wie Depressionen, Burn-Out, Ängste etc. in einem intensiven und persönlichen Rahmen, Krisen werden sicher aufgefangen.

**Kostenübernahme:** Private Krankenversicherungen und Beihilfe

**Info-Telefon 02861/80000**

Pröbstinger Allee 14, 46325 Borken (Münsterland)

**www.schlossklinik.de**



# albersdesign

Media-Agentur

Mediengestaltung

+ Druckproduktion

DTP . Layout . Reinzeichnung

Grafik . Anzeigenverwaltung

Horn 33 . 25421 Pinneberg

ca@albers.design

**www.albers.design**

*Haben Sie weitere  
Anliegen – sprechen Sie  
mich gerne an!*

Das Redaktionsteam der hIz wünscht allen Leser\*innen

# sonnige Ferien



## HAMBURGER LEHRER-FEUERKASSE

VERSICHERUNGSVEREIN AUF GEGENSEITIGKEIT / GEGRÜNDET 1897

**Für alle pädagogisch  
Tätigen sowie  
deren Angehörige**

Die **preisgünstige Hausratversicherung in der Metropolregion Hamburg** für alle pädagogisch Tätigen sowie deren Angehörige. Wir versichern Ihren Hausrat zu 1,20 € je 1.000 € Versicherungssumme (inkl. Versicherungssteuer) unverändert seit 1996.

**2017 bis 2022 haben unsere Mitglieder eine Beitragsrückerstattung von 10 % erhalten.**

Ihr **Hausrat** ist gegen Schäden durch Brand, Explosion, Implosion, Blitzschlag und Überspannung, Einbruchdiebstahl, Raub, Leitungswasser, Sturm, Hagel, Glasbruch (Einfachverglasung) versichert. Außerdem u. a. beitragsfrei eingeschlossen: Hotelkosten bis zu 100 Tagen, Diebstahl von Hausrat aus Krankenzimmern und Kraftfahrzeugen, Diebstahl von Fahrrädern und Kinderwagen bis 260 €. Fahrräder bis 4.000 € (8.000 € bei zwei Rädern) können gesondert versichert werden.

Zusätzlich versichern wir Ihre Ferienwohnung ebenfalls zu 1,20 € je 1.000 € Versicherungssumme. Die HLF verzichtet auf den Einwand der groben Fahrlässigkeit bei Schäden bis 5.000 €.

**Informationen und Unterlagen bitte anfordern unter:**

040 333 505 14 (Tobias Mittag)

040 796 128 25 (Georg Plicht)

040 679 571 93 (Sibylle Brockmann)

**www.h-l-f.de** (mit Beitragsrechner) / **info@h-l-f.de**



GEW, LV Hamburg, Rothenbaumchaussee 15, 20148 Hamburg, Postvertriebsstück DPAG Entgelt bezahlt

